

Freie
Demokraten

FDP



Kommunalpolitisches Konzept 2016-2021

Offenbach kann mehr!

#LasstEsUnsAnpacken

Lasst es uns anpacken

Kommunalpolitisches Konzept der Offenbacher FDP für die Legislaturperiode 2016-2021

Offenbach kann mehr!

Offenbach liegt in einer der wirtschaftlich stärksten Regionen der Welt. Hier im Rhein-Main-Gebiet, mitten im Herzen Europas, hat unsere Großstadt alle Chancen. Hier ist die Anbindung durch bedeutende Verkehrsknotenpunkte gut. Hier entstehen besonders viele Firmen und suchen eine Adresse. Und gerade im Osten unseres größeren Nachbarn ist die Entwicklung sichtbar. Mit der Europäischen Zentralbank vor unserer Tür entsteht ein neues Zentrum. Und die Hanauer Landstraße – früher eher Adresse von Industriebrachen und Gebrauchtgüterhändlern – brummt wirtschaftlich.

Doch bei uns bleibt die Dynamik weit hinter dem Durchschnitt zurück. Offenbach hat eine der höchsten Arbeitslosenquoten, darunter viele Menschen, die schon lange auf Transfers angewiesen sind. Es gibt relativ geringe Einnahmen aus der Gewerbesteuer, die aber Kommunen hauptsächlich finanzieren sollen. Folglich hat unsere Stadt die dritthöchste Verschuldung, gerechnet pro Einwohner. Und zu viele Jugendliche verlassen die Schule ohne Abschluss.

Nicht alles ist vergleichbar, nicht alles kann Kommunalpolitik leisten. Aber einiges schon. Doch in Offenbach beschäftigte sich die Rathauskoalition aus SPD, Grünen und Freien Wählern viel mit sich selbst. Oder mit Nebensächlichkeiten: Da ging es um die Frauenquote bei Straßennamen, weibliche Ampelmännchen und ökologisches Beschaffungswesen, aber nicht um Stadtstrategie, Wirtschaftsförderung und die Situation der City als Einkaufszentrum. Und die Bildungsoffensive der Stadt litt unter dem Finanzdesaster beim Klinikum.

Wir Freie Demokraten wollen dazu beitragen, dass sich die Politik auf das Wesentliche konzentriert und unsere Stärken für eine Stadtentwicklung zielstrebig nutzt. Es reicht nicht aus, sich über Wohnbauinvestitionen zu freuen, die derzeit im Ballungsraum überall stattfinden. Finanziell kommt die Stadt nur auf die Beine, wenn die Gewerbeansiedlung in Schwung kommt. Wir haben hierfür attraktive Flächen. Das hat der von Experten jüngst erarbeitete Masterplan verdeutlicht. Wir haben durch die Kunsthochschule und ihr Umfeld großes Potenzial für Kreativwirtschaft. Wir haben eine überschaubare City der kurzen Wege, die mit dem richtigen Warenmix und guter Erreichbarkeit wieder punkten könnte. Und wir haben in unserer Stadt junge Menschen, die ihre Chancen suchen. Dafür brauchen sie beste Bildung. Denn jeder kann etwas bewegen und jeder soll von seinen Talenten profitieren können.

Kommunalpolitik ist für uns Sachpolitik, die nicht von Ideologie dominiert werden darf. Aber Freie Demokraten haben nicht nur Leute mit fachlicher Kompetenz, sie haben auch Werte und Ziele. Für eine freiheitliche und offene Gesellschaft: Wir wollen beste Bildung für alle, weil wir dem einzelnen Menschen etwas zutrauen und nur Bildung ihm die Chancen eröffnet. Wir wollen, dass jeder durch eigene Leistung vorankommen kann. Wir wollen, dass die Menschen ein selbstbestimmtes Leben in allen Lebenslagen führen können. Wir wollen eine Politik, die rechnen kann und nachfolgenden Generationen keine Schulden aufbürdet. Wir wollen einen Staat, der es seinen Bürgern so einfach wie möglich macht und sie von unnötiger Bürokratie befreit. Und wir wollen ein weltoffenes Gemeinwesen, das sich für Menschenrechte einsetzt – hier und anderswo. Dafür stehen die Freien Demokraten. Auch in Offenbach.

Inhalt

I. Politik, die rechnen kann.....	7
A. Analyse und Ziele	7
Die Verwaltung neu justieren, interkommunale Zusammenarbeit stärken	8
Bevölkerungsmix steuern, Gewerbe ansiedeln	8
Sparsam wirtschaften	8
Städtische Wirtschaft entstaatlichen, entpolitisieren und effizient aufstellen	8
Die Stadt qualitativ entwickeln	9
Investitionen mit Multiplikatoreffekt	10
B. Was wir anpacken wollen	10
Stadtkonzern effizient steuern.....	10
Verwaltungsmodernisierung kontinuierlich voranbringen.....	13
Grundsätzliche Reform der Gemeindefinanzen.....	13
Regionale Zusammenarbeit stärken	14
Für eine Regionalreform	15
Gerechte und niedrige Steuern und Gebühren	18
Bevölkerungsentwicklung mit Konzept steuern	19
Für eine intelligentere Haushaltssteuerung und Finanzpolitik.....	20
Mit treffsicherer Sozialpolitik den Schwachen helfen.	20
II. Neue Firmen willkommen heißen – sonst gehen sie woanders hin	23
A. Analyse und Ziele	23
B. Was wir anpacken wollen	25
Das Primat der Wirtschaftsförderung umsetzen: Eine Willkommenskultur für Unternehmen leben	25
Gewerbegebiete gezielt entwickeln.....	27
Mit Wirtschaftsförderung den Einzelhandel stärken.....	27
Offenbachs Image verbessern: Eine Lederstadt kann auch Kreativstadt werden	28
Mit Kultur den Kreativstandort stärken	29
III. Offenbach hat Potenzial.....	31
A. Analyse und Ziele	31
B. Was wir anpacken wollen	31
Bildung zuerst.....	31
Genügend Raum – moderne Ausstattung – intakte Gebäude.....	31
Bildungsmanagement als kommunale Aufgabe	32
Bildungsberatung und Weiterbildung.....	32

Ganztägige Schule mit Qualität.....	33
Mehrsprachige Schulen und Schwerpunktschulen.....	33
Schulfreiheit und Wahlfreiheit.....	33
Förderung der deutschen Sprache und Herkunftssprachen.....	34
Der Offenbacher Brückenschlag	34
Frühkindliche Bildung – in der Kita fängt es an.....	34
Inklusive Schule.....	35
Bildung gesamtstaatlich finanzieren.....	35
Selbstständige Schulen	35
Weltbeste Lehrer für weltbeste Bildung.....	35
C. Integration aktiv gestalten	36
Bildung als Schlüssel.....	36
Beteiligung und Bestandsaufnahme	36
Fördern und fordern	37
Aktuelle Flüchtlingssituation.....	37
IV. Gutes Leben in der Stadt.....	39
A. Analyse und Ziele	39
Die Qualität des Standorts steigern	39
Das Leitbild der Stadt der kurzen Wege.....	40
B. Was wir anpacken wollen	41
Masterplan umsetzen	41
Hier geht mehr als leer – nur billig ist nicht genug: Abwärtsspirale der Innenstadt stoppen – Offenbacher Plätze schöner gestalten	41
Lebensumfeld Innenstadt stärken	43
Offenbachs Staus beginnen im Rathaus	43
Fahrradfahren weiter fördern.....	44
Günstiges Parken	45
Öffentlichen Nahverkehr attraktiv gestalten	46
Qualitativ hochwertiges, ökologisches Wohnen & Arbeiten schaffen, Denkmäler erhalten	47
Eine Stadt braucht Luft zum Atmen und Grün zur Erholung.	48
Für mehr Lebensqualität und bessere Stadtentwicklung: Fluglärmbelastung reduzieren	49
Lärmquellen reduzieren.....	50
Attraktive Freizeitmöglichkeiten schaffen	51
V. Damit wir uns in Offenbach wohlfühlen	52
A. Analyse und Ziele	52
B. Was wir anpacken wollen	52

Prävention	52
Zusammenarbeit mit Polizei und Förderverein	52
Stadtpolizei.....	53
Sauberkeit	53
Illegaler Müll	53
Saubere Straßen und Parks.....	53
„Graffitis“	54
Besser Leben in Offenbach	54
VI. Die Bürger aktiv beteiligen	55
A. Analyse und Ziele	55
Wir stärken den Bürger gegenüber der Verwaltung.....	55
Wir schaffen neue Formen der Bürgerbeteiligung	55
Wir verbessern den städtischen Service	56
B. Was wir anpacken wollen	56
Lokale Demokratiebilanz einführen	56
Mehr Bürgernähe durch ein transparentes Stadtparlament	56
Neue Formen direkter Demokratie anwenden.....	56
Neue Beteiligungsforen und -formen schaffen.....	57
Jugend besser beteiligen.....	58
Bürgerengagement besser honorieren – Vereine fördern	59
Bürokratie abbauen	59
C. Bürgerbüro und Verwaltung weiterentwickeln	60
Erweiterung der Dienstleistungen	60
Bürgeramt vor Ort.....	60
Virtuelles Bürgeramt: Digitales Rathaus 2020 – Papier war gestern	61
Hotline Frankfurt & Offenbach	62
Gezielter Einsatz der ehrenamtlichen Magistratsmitglieder	62
Anlaufstelle für Verbraucherschutz	62
VII. Die Vororte nicht außen vor lassen.....	63
A. Analyse und Ziele	63
Identität stärken.....	63
Vereinsleben und Umgebung fördern	63
B. Was wir anpacken wollen	63
Die alten Ortsteile pflegen	63
Ortsbeiräte für Bieber, Bürgel und Rumpenheim.....	64

Stadteilbegehren.....	64
Stadtteile besser informieren.....	64
Dezentrales Bürgeramt	64
Selbstkehren weiter ermöglichen	64
Kompetenz für Bieber	65
Kompetenz für Bürgel	66
Kompetenz für Rumpenheim.....	67
Kompetenz für Waldheim	68
Die Identität der neuen Stadtteile stärken: Kompetenz für Tempelsee, Rosenhöhe und Lauterborn	68

I. Politik, die rechnen kann

Offenbach als eigenständige Gemeinde mit Perspektive sichern: Stadtfinanzen konsolidieren, Stadt entwickeln, Stadt- und Sozialstruktur steuern.

A. Analyse und Ziele

Obwohl inmitten der prosperierenden Rhein-Main-Region gelegen, ist Offenbach, pro Kopf gerechnet, die Stadt mit den dritthöchsten Schulden in Deutschland. Dabei hat das Land Hessen im Rahmen des Schutzschirms die Stadt kräftig entschuldet – immerhin mit rund 211 Millionen Euro!

Offenbach hat mit dem Haushalt 2016 einen Schuldenstand von fast einer Milliarde Euro erreicht.

- Im 27. Jahr der so genannten Haushaltssanierung legt die Stadt Offenbach den 24. defizitären Haushalt vor.
- Offenbach war noch nie so groß, aber bot noch nie so wenig Beschäftigung wie in der Jetzt-Zeit.
- Mit 12,7 Prozent hat Offenbach die höchste Arbeitslosigkeit in Hessen.

Im Vergleich mit den anderen hessischen Großstädten kämpft Offenbach mit einigen spezifischen Problemen. Offenbach hat eine SGBII-Quote von 19,3 % (2013) während der Durchschnitt in Hessen bei 8,4% liegt und z.B. in Darmstadt bei 10,5%. Hieraus resultieren besonders hohe soziale Lasten, die sich nicht nur bei der Sozialhilfe widerspiegeln, sondern auch in vielen anderen Kostenblöcken wie der Erziehungshilfe.

Gleichzeitig hat Offenbach überdurchschnittlich viele Geringverdiener (Offenbach 51,5 % unter 20.000 Euro p.a. [2014] die übrigen Großstädte liegen im Hessenschnitt von ca. 43%) und unterdurchschnittlich wenige Gutverdiener (Offenbach 14% über 50.000 €/p.a. Hessenschnitt 20%). Daraus folgt, dass der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer pro Kopf ebenfalls weit unterdurchschnittlich ist (353 € gegenüber 479 € im Bereich des RP Darmstadt [2013]).

Die Gewerbeertragssteuereinnahmen verharren meist deutlich unter dem Niveau der 80er Jahre.

Die Folgen des hohen Schuldenniveaus auf die Handlungsfähigkeit der Stadt werden nur durch die historisch niedrigen Zinsen begrenzt.

Steigen die Zinsen oder geht es im Modus „business as usual“ weiter, wird die Stadt Offenbach bald die Schutzschirmbedingungen reißen. Die Selbständigkeit der Stadt Offenbach vor allem aber die Abgabe der kommunalen Selbstverwaltung an den Regierungspräsidenten wäre die Folge – mit Konsequenzen für alle freiwilligen Leistungen der Stadt.

Die Freien Demokraten halten daher an dem Ziel fest, die Finanzen der Stadt Offenbach langfristig aus eigener Kraft zu gesunden. So wie es in dieser Situation unseriös wäre, den Haushaltsausgleich für die nächsten Jahre zu versprechen, wäre es im höchsten Grade mutlos, ihn nicht mit aller Kraft anzustreben. Und es wäre verantwortungslos, nicht all unser politisches Handeln darauf auszurichten, die Situation des Stadthaushaltes zu verbessern – durch sparsames Wirtschaften, einen auf Effizienz getrimmten Stadtkonzern und kluge stadtstrategische Weichenstellungen für eine qualitative Stadtentwicklung.

Die 08-15-Finanzpolitik der Stadt Offenbach ist hingegen gescheitert. Nicht im Klein-Klein kann die Stadt erfolgreicher wirtschaften. Sie muss an den strategischen Stellschrauben drehen. Unsere Strategie:

Die Verwaltung neu justieren, interkommunale Zusammenarbeit stärken

Rund 20 Jahre nach der Einführung der neuen kommunalen Verwaltungssteuerung und der ersten Ausgründungen ist in der Verwaltung eine „tabulose und wirklich umfassende Umsetzung von Einsparungen“ erforderlich. Während die Vertriebsabteilung der Stadt, die Wirtschaftsförderung auf Sparflamme kocht, ist in anderen Bereichen kein Sparwille zu erkennen. Sparpotenziale gibt es beispielsweise in der Verwaltung, etwa im Umwelt- und dem Personalamt sowie an den Schnittstellen zu den stadteigenen Betrieben. Die Ergebnisse einer Organisationsprüfung der Stadt Offenbach sollten veröffentlicht und um eine integrierte Organisationsprüfung unter Beteiligung des Stadtkonzerns erweitert werden. Die interkommunale Zusammenarbeit sollte strategisch gestärkt werden.

Bevölkerungsmix steuern, Gewerbe ansiedeln

Auch aus finanzpolitischen Gründen ist es wichtig, dass sich der Bevölkerungsmix dem Landesdurchschnitt annähert. Gleichzeitig muss auch die Gewerbeansiedlung vorangetrieben werden. Nur wenn es Fortschritte in beiden Bereichen gibt, wird Offenbach auf eigenen Füßen stehen können und nicht so stark wie bisher vom kommunalen Finanzausgleich abhängig sein.

Sparsam wirtschaften

Um die Stadtfinanzen zu gesunden, müssen wir städtische Ressourcen weiter sparsam einsetzen.

Um die Grundlage für spätere ausgeglichene Haushalte zu legen

- sichern wir, dass jede einzelnen Maßnahme sparsam und effizient umgesetzt wird,
- überprüfen wir städtische Aufgaben und Ausgaben kontinuierlich,
- beenden wir den Substanzverlust durch unterlassene Erhaltungsinvestitionen, vor allem bei Schulen und Straßen,
- halten wir den Stadtkonzern ständig zu wirtschaftlichem Handeln an.

Mit einer Politik des sparsamen Konsums legen wir die Basis für wirtschaftliche Gesundheit der Stadt.

Städtische Wirtschaft entstaatlichen, entpolitisieren und effizient aufstellen

Die eigentliche Haushaltssanierungspolitik muss heute beim Stadtkonzern stattfinden.

Natürlich gibt es auch in der Kernverwaltung noch mögliche Einsparungen. Dabei sind auch kleine Beiträge wichtig: So könnte sie etwa – mittelstandsfreundlich – stärker mit lizenzfreier Software/Open Source arbeiten. Doch der größte Sanierungsbeitrag wird durch marktfähigere Leistungserbringung, bessere Kontrolle und mehr Sparsamkeit der Stadttöchter geleistet werden. Eine Gesundung des Stadthaushalts kann nur dann funktionieren, wenn die städtischen Unternehmen effizient arbeiten, dem Wettbewerb ausgesetzt sind und dabei nachhaltig betriebswirtschaftlich agieren. Aus Sicht der Liberalen sind Unternehmen prinzipiell privatwirtschaftlich zu organisieren. Dies spart Kosten und sichert Qualität. Denn nur privatwirtschaftliche Unternehmen müssen sich uneingeschränkt im Wettbewerb behaupten und agieren deshalb effizient und leistungsorientiert. Reine Staatsunternehmen behindern den Wettbewerb durch Quersubventionierungen, Begünstigung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, partielle steuerliche Vorteile, gesicherte Zahlungsfähigkeit und rechtlich manifestierte oder traditionell bedingte Unantastbarkeit als Quasi-Monopol. Der Verstaatlichung von Unternehmen und Aufgaben, dem Wunsch nach Rekommunalisierung, setzen wir unser Credo einer Entstaatlichung und einer Entpolitisierung entgegen. Wo private Initiative die Aufgaben ebenso gut erfüllen kann, ist es nicht Aufgabe der Stadt Offenbach, unternehmerisch tätig zu sein. Aus dem Primat des Privaten folgt der Grundsatz: Nicht derjenige, der Unternehmen und Aufgaben privatisieren will, muss dies begründen, sondern diejenigen müssen es, die an Beteiligungen der Stadt oder wirtschaftlichen Tätigkeiten der Stadt festhalten wollen. Diesen in den letzten Jahren eingeschlagenen Weg stärkerer Erbringung öffentlicher Leistungen durch Private wollen wir weiter gehen und dabei Sorge tragen, dass städtische Gesellschaften wettbewerbsneutral tätig sind.

Die Stadt qualitativ entwickeln

Es genügt aber nicht, Offenbach gesund sparen zu wollen. Wir müssen Offenbach auf der anderen Seite auch qualitativ weiter entwickeln – nicht nur mit Geld, sondern auch mit Ideen und mit einer klaren Strategie. Sonst fällt der Standort im Wettbewerb der Region zurück. Sonst verlegen gerade jene ihren Unternehmens- und Wohnsitz, die wir für eine gesunde Balance brauchen.

Dazu gehört es:

- den Standort so attraktiv zu gestalten und die Standortqualität so zu steigern, dass Offenbach im Wettbewerb um Einkommens- und Gewerbesteuerzahler erfolgreich sein kann,
- Offenbach gezielt mit Investitionen dort zu stärken, wo es den Menschen hilft, sich positiv zu entwickeln – etwa in Bildungseinrichtungen,
- in den öffentlichen Raum dort zu investieren, wo es am meisten für das Stadtimage bringt, die markantesten Defizite beseitigt und für zusätzliche private Investitionen Anreize setzt,
- die weichen Standortfaktoren (z.B. Kultur, Sport, Vereinsleben, Sauberkeit, Sicherheit) zu stärken sowie
- die Wirtschaftsförderung auszubauen und
- den Schwachen gezielt zu helfen, ein aktives Leben zu führen und sich selbst zu helfen.

Investitionen mit Multiplikatoreffekt

Bei der Auswahl der Investitionen gilt die Formel: Wie erreiche ich mit jedem eingesetzten städtischen Cent möglichst viel Nutzen für die Stadt. Zuschüsse von Land, Bund oder EU dürfen nicht dazu verführen, unsinnige Investitionen zu tätigen. Denn jede Investition zieht auch Folgekosten nach.

Die Investitionen müssen in einer Qualität erfolgen, die Bestand hat. Qualität geht vor Quantität! Bei den Investitionen sollte sich die Stadt auf bestandserhaltende Maßnahmen und Bildungsinvestitionen konzentrieren, Orchideenthemen wie eine völlig überflüssige Luxus-Maindamm-Sanierung, eine Umsetzung des überzogenen Klimakonzeptes der Stadt, eine über das Notwendige hinausgehende Ausweitung des Radwegenetzes und das Engagement in Elektromobilität (Leitstelle) sind der Finanzsituation der Stadt nicht angemessen. Schon vor Ausschreibungen sollten Lebenszyklusmodelle gerechnet werden, weil die Folgekosten oft höher sind als die Investitionen

B. Was wir anpacken wollen

Stadtkonzern effizient steuern

Grundsätze und Stadtwerke Offenbach Holding (SOH)

Wirtschaftliche Betätigung der Stadt oder des Stadtkonzerns darf es nur in begründeten Fällen geben, insbesondere wenn die Leistung auch durch Private erbracht werden könnte. Das zeigt der Fall des Klinikums:

- Wäre die Stadt 2003 dem Vorschlag der FDP gefolgt, das Klinikum zu privatisieren, hätte sie heute um rund eine halbe Milliarde Euro weniger Schulden.
- Allein die Verschleppung der Privatisierung in 2011 und der Abbruch des Markterkundungsverfahrens die Stadt 100-120 Millionen Euro gekostet.

Es ist auch nicht Aufgabe der Stadt Eigenheime zu bauen und zu vermarkten, wie dies seinerzeit in Rumpenheim durch die stadteigene EEG geschah. Wie zu erwarten war: Statt Gewinn gab es Verlust. In den städtischen „Neben Haushalten“, also bei den Stadttöchtern, ist in besonderem Maße Sparsamkeit angesagt. Wir werden weiter darauf achten, dass die SOH und ihre Töchter ebenso wie die Stadt Offenbach jeden Euro mehrfach umdrehen. Auch bei der SOH ist das Geld knapp. Wir werden weiter die politische und auch parlamentarische Rückkopplung von Entscheidungen der Töchter einfordern.

Die SOH ist durch das Beteiligungsdezernat zu steuern. Dem Beteiligungsdezernat obliegt in Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Aufsichtsratsvorsitzenden die Steuerung des Konzerns. Wir werden mit Argusaugen darauf achten, dass im Stadtkonzern die Kompetenz und Praxiserfahrung der Stadt-Töchter angemessen mit einbezogen werden und sich die Holding nicht selbst neue Aufgaben schafft oder neue Risiken jenseits bestehender Beschlüsse eingeht. Wir wollen die Holding als Finanzholding, Controlling-Institution und als strategischen Steuerer. Wir wollen die Töchter der Holding als selbstbewusste Unternehmen, die das operative Geschäft komplett erledigen – nicht als Abteilungen der Holding.

Wir wollen eine unternehmerisch agierende SOH und unternehmerisch agierende SOH-Töchter, deren Manager den Konzern gemeinsam mit den Mitarbeitern im Sinne der Ziele der Stadt voranbringen. Wir erwarten von den Managern, dass sie selbstbewusst der Politik sagen, welche der politischen Vorstellungen wirtschaftlich umsetzbar sind und welche nicht. Das Management agiert in einem politisch vorgegebenen Zielkorridor, ist aber nicht nur Erfüllungsgehilfe einzelner Politiker. Für alle Stellen gilt das Leistungsprinzip. Wir treten ein für eine leistungsgerechte Bezahlung. Mit den Töchtern sind einvernehmlich „Zielvereinbarungen“ im Wirtschaftsplan zu treffen und damit Strategie und Ziele festzulegen. Diese sind in geeigneter Form parlamentarisch vorzustellen.

Nicht alle Leistungsangebote, die wünschenswert sind, müssen von der Stadt selbst erbracht werden. Wir werden weiter bei allen öffentlich wahrgenommenen Aufgaben überprüfen, ob sie in kommunaler Trägerschaft erfüllt werden müssen. Nur wenn eine gewünschte Leistung nicht effizient von Privaten erbracht werden kann, ist die Stadt gefordert. Die Kommune darf in ihrer wirtschaftlichen Betätigung nicht in Konkurrenz zu privaten Firmen treten.

Bei dringend notwendigen Investitionen in großem Umfang soll auch die Zusammenarbeit mit Privaten als „Public Private Partnership“ erwogen werden. Dabei ist auf besonders sorgfältige Ausschreibung und Vergabe mit erfahrenen Experten zu achten, ebenso wie auf ein professionelles Projekt-Controlling. Der dadurch entstehende Zusatzaufwand kann dadurch gerechtfertigt sein, dass wichtige Investitionen viel früher realisiert werden können als im Alleingang, noch dazu unter Sparzwang.

Wettbewerb um den Markt bleibt eine Möglichkeit zur effizienten Leistungserbringung. Beispiel: Prinzipiell begrüßen es die Liberalen, dass private Betreiber die City-Feste und den Weihnachtsmarkt organisieren, weil Private dies effizient können und nicht ein ganzes Jahr Kapazitäten vorhalten müssen. Trotzdem bleibt aber ein solcher Markt im öffentlichen Interesse und deshalb Aufgabe der Stadt. Ziel ist es, eine hohe Qualität der Feste zu gewährleisten. Hier muss die Stadt strenge Spielregeln für den Wettbewerb setzen, Qualitätssicherung betreiben und Wettbewerb organisieren.

Für die Aufsichtsräte wünschen wir uns neben den politischen Vertretern als Vertreter der Bürgerschaft auch reine Fachexperten, die sowohl von Fraktionen als auch Magistrat zu benennen sind. Es ist zu sichern, dass möglichst alle Fraktionen im Aufsichtsrat der SOH Vertretung finden.

Gemeinnützige Baugesellschaft Offenbach

Die Gemeinnützige Baugesellschaft (GBO) ist aufgefordert, den Kurs der qualitätssteigernden und energetischen Sanierungen ihres Bestands fortzusetzen und auf dem Markt verstärkt als Verkäufer eigener Wohnungen aufzutreten. Dabei müssen geeignete Verträge den Substanzerhalt sicherstellen.

Wir wollen verstärkt die Möglichkeit bieten, GBO-Wohnungen als Eigentumswohnung zu erwerben. Eigentumsbildung ist für viele Mieter auch ein Aspekt der Vorsorge.

Die FDP wird dafür Sorge tragen, dass die Stadt nicht ihre Geschäftsbereiche immer weiter ausdehnt und nur reinvestiert bzw. investiert, was von Bund und Land an Geld kommt.

Energieversorgung Offenbach (EVO)

Eine Veräußerung der noch bei der Stadt verbliebenen EVO-Anteile bleibt für die FDP auf der Agenda, soweit es betriebswirtschaftlich sinnvoll ist.

Derzeitiges Ziel der Stadtpolitik muss es sein, dass die EVO vollwertig am Standort Offenbach erhalten bleibt, sich in Konkurrenz mit anderen Energieanbietern wettbewerbsfähig aufstellt und verstärkt wettbewerbsfähige Strompreise anbieten kann. Nur so können Arbeitsplätze gesichert werden.

Im Zuge der Konzessionsvergabe 2016 muss es Verhandlungsziel der Stadt sein, dass bei allen die EVO betreffenden wirtschaftlichen Entscheidungen der MVV Aufsichtsrat und der Konsortialausschuss zustimmen müssen. Eine Re-Kommunalisierung ist nicht Ziel der Liberalen. Dies käme die Stadt und über höhere Strompreise auch den Stromkunden teuer zu stehen und ist von der Stadt nicht zu stemmen.

Öffentlicher Nahverkehr OVB/NIO/LNO/RMV

Der Subventionsbedarf des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) wird auch zukünftig vorhanden sein, muss aber durch effiziente, kostengünstige und kundenorientierte Arbeitsweise, eine Senkung des Krankenstandes, eine marktorientierte Bezahlung sowie öffentliche Ausschreibungen verringert werden. Die Offenbacher Nahverkehrsgesellschaften sollten zudem vom Vorbild von Städten wie London lernen. Dort gehen die Gesellschaften systematisch in Schulen und beraten Kinder, wie sie ohne „Eltern-Taxi“ in die Schule kommen.

Die FDP will keinerlei Neueinstellungen von Fahrern bei der OVB, damit der Personalbestand sich schnell so weit reduziert, dass Ausschreibungen für das ganze Streckennetz möglich werden.

Wir fordern den Ausstieg aus der Eigenleistung hin zum Bestellerprinzip mit Ausschreibung der Leistung. Dies soll in Schritten erfolgen, so dass sinnvolle weitere Lose ausgeschrieben werden können. Wettbewerb kann hier zu besseren Leistungen und geringerem Zuschussbedarf führen. So sind in Frankfurt Kosten stark gesunken. Bei den öffentlichen Ausschreibungen der Stadt und des Stadtkonzerns sollten Losgrößen gewählt werden, die auch von mittelständischen Betreibern bespielt werden können.

Alternativ ist der Verkauf der OVB nach Pforzheimer Modell zu überprüfen. Vorteil: Der Verkauf an ein größeres Unternehmen ermöglicht etwa, den Fuhrpark, die Betriebsstoffe und die Reparaturstunden billiger einzukaufen als durch die OVB. Dabei wären betriebsbedingte Kündigungen auszuschließen. Pforzheim hat seinen Nahverkehrsdienstleister verkauft und sich dabei im Rahmen eines umfänglichen Verkehrsvertrags Leistung, Umfang und Qualität garantieren lassen. Durch den neuen

Investor konnte der bestehende Busfahrplan deutlich preiswerter für die Stadt erbracht werden, gleichzeitig wurden erstmals den Fahrgästen auch Rechte eingeräumt, so z.B. Pünktlichkeits- und Sauberkeitsstandards. Der Verkauf wurde sogar vom ökologisch orientierten Verkehrsclub Deutschland (VCD) begrüßt.

Verwaltungsmodernisierung kontinuierlich voranbringen

Die Verwaltungsmodernisierung ist ein kontinuierlicher Prozess, der weitergehen muss. Sie ermöglicht einen bedarfsgerechten Stellenplan. Allerdings ist angesichts des hohen Stellenabbaus in den letzten Jahren die einst angestrebte Abbaurate von einem Prozent nicht mehr zu erreichen. Die Liberalen sprechen sich für eine leistungsgerechte Vergütung mit Leistungsanreizen aus. Die kompetente und engagierte Arbeit der Bediensteten der Stadtverwaltung wird oft unterschätzt. Neue Aufgaben sind zunächst durch Umschichtungen im Stellenplan abzudecken. Die Online-Aktivitäten der Stadt sind auszubauen. Dies spart langfristig auch Kosten.

Grundsätzliche Reform der Gemeindefinanzen

Die derzeitige Finanzausstattung der Gemeinden reicht insgesamt für die Bewältigung der ihnen obliegenden Aufgaben nicht aus. Offenbach leidet unter den starken Schwankungen der Steuereinnahmen. Um die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen zukünftig noch sicherstellen zu können, ist eine grundlegende Gemeindefinanzreform erforderlich. Hoch problematisch ist die hohe Konjunkturabhängigkeit der Kommunalfinanzen. Außerdem geht durch das komplizierte Umverteilungs- und Ausgleichssystem der Steuern zwischen Land und den Kommunen fast jeder Zusammenhang zwischen politischem Handeln vor Ort und den eigenen Einnahmen verloren. Wir fordern daher ein System, das dem Bürger klar macht, dass örtliche Entscheidungen, die zu höheren Kosten führen, auch direkte Folgen für die Höhe von Steuern und Abgaben haben. Sparsames Wirtschaften und geringere Ansprüche sollen dann direkte Entlastungen der Bürger zur Folge haben.

Das Grundprinzip muss sein: Entstehen durch eine Entscheidung des Landtags oder des Bundestags Kosten in Offenbach, dann müssen diese Kosten auch von Land oder Bund getragen werden. Das so genannte Konnexitätsprinzip, das bereits in der hessischen Verfassung verankert wurde, ist daher unbedingt auch ins Grundgesetz aufzunehmen. Es besagt vereinfacht: „Wer bestellt, bezahlt“.

Alle möglichen politischen und rechtlichen Mittel müssen ausgeschöpft werden, damit die Stadt für Aufgaben, die ihr Bund oder Land auferlegen, eine angemessene Kompensation erhält. Dies gilt vor allem für die Kosten aus sozialer Sicherung. Ihre weitgehende Übernahme durch die Kommunen wirkt brennpunktverschärfend und ist damit auch volkswirtschaftlich nicht sinnvoll.

Die starke Abhängigkeit von der Gewerbesteuer sorgt für viel zu große Einnahmeschwankungen, die in Städten mit hohen Überschüssen in Boom-Zeiten (wie etwa Frankfurt) dann zu einem ungebremsten Ausgabeverhalten führen. Die Kommunen brauchen stattdessen Berechenbarkeit. Die Liberalen favorisieren einen Ersatz der Gewerbesteuer durch einen deutlich erhöhten Anteil der Gemeinden an der Umsatzsteuer

sowie eine Kommunalsteuer mit eigenem Hebesatzrecht. Das Interesse der Kommunen an Wirtschaftsförderung soll durch Koppelung des Umsatzsteueranteils an die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze vor Ort gewahrt bleiben.

Der neugestaltete Kommunale Finanzausgleich (KFA) ist kommunalfeindlich. Bei der Bemessung der Kosten für Pflichtleistungen wurden keine realistischen und wirklich auskömmlichen Werte angenommen (Thüringer Modell), so dass automatisch ein Defizit entsteht, dem die Stadt aus eigener Kraft (landes- und bundesgesetzliche Leistungen) gar nicht entgehen kann. Daneben sind auch keine ausreichenden Leistungsanreize im System vorgesehen. Mehreinnahmen z.B. durch Gewerbeansiedlung oder eben höhere Anteile an der Einkommensteuer führen auf der anderen Seite automatisch zu geringeren Leistungen aus dem KFA. Daher gibt es aus Sicht der Liberalen in dem nun neuen System zwar einige positive Aspekte, die Reform löst jedoch nicht die spezifischen strukturellen Probleme der Stadt Offenbach. Ferner muss aus Sicht der Freien Demokraten auch darüber nachgedacht werden, wie die Kommunen von der stark konjunkturabhängigen Gewerbesteuer unabhängiger gemacht werden können. Die FDP unterstützt daher die Überlegungen, den Kommunen ein eigenes Hebesatzrecht auf die Einkommens- und Körperschaftsteuer zu geben. Dies könnte auch mittelfristig den Wettbewerbsgedanken zwischen den Kommunen fördern und zu mehr Effizienz beitragen.

Kritisch sehen die Freien Demokraten auch, dass das Land keine dem Standort angemessenen Gewerbesteuersatz erlaubt. Während die Gemeinden im Frankfurter Umland von Eschborn bis Neu-Isenburg mit signifikant niedrigeren Gewerbesteuersätzen erfolgreich Unternehmen ansiedeln und halten können, positioniert sich Offenbach zu Lasten der Gesamteinnahmen bei der Gewerbesteuer als „Hochsteuergebiet“ und „zweites Frankfurt“. Im Vergleich zur Stadt Frankfurt ist der Abstand zu gering, im Vergleich zum Landkreis Offenbach der Unterschied des Hebesatzes zu groß. Hier sind faire Differenzierungen sinnvoll, die einerseits Dumping verhindern, aber andererseits marktgerecht sind. Die Stadt ist daher aufgefordert, das Land zu Regelungen zu bewegen, die der Offenbacher Sondersituation gerecht würden und eine Differenzierung in der Gewerbesteuer zu Frankfurt möglich werden lässt.

Regionale Zusammenarbeit stärken

Offenbach ist zentraler Kernbestandteil der Rhein-Main-Region. Die Region ist eine Region der Möglichkeiten und Chancen. Daran sollte auch Offenbach stärker teilhaben. Für die Zukunft der Metropolregion ist eine stärkere Vernetzung und Zusammenarbeit sinnvoll. Aus diesem Grund hält es die FDP für notwendig, dass sich Offenbach intensiv an den regionalen Strukturen beteiligt und sie auch für sich nutzt. Positives Beispiel ist hierfür der Regionalpark Rhein-Main. Aber auch an der Beteiligung an den regionalen Kulturgesellschaften und dem Standortmarketing muss Offenbach stärker partizipieren. So muss sich insbesondere die Ansiedlungspolitik verstärkt dem regionalen Standortmarketing widmen und hier das Cluster Kreativwirtschaft ausbauen. Die Offenbacher Museumslandschaft muss sich stärker in der Region verzahnen. Ziel müssen gemeinsame Veranstaltungsreihen für alle Orte entlang der Route der Industriekultur und ein gemeinsames Museumsticket sein. Es bietet sich zudem eine engere Zusammenarbeit vor allem mit der Stadt Frankfurt in unterschiedlichen Bereichen an – von den Querschnittsämtern bis zu den Beschaffungen.

Für eine Regionalreform

Die Region Frankfurt Rhein-Main ist eine der spannendsten Regionen Europas, ob ökonomisch, infrastrukturell, kulturell, touristisch oder geographisch. Frankfurt ist dabei die unumstrittene, globale Premium-Marke. Aber ohne die Region ist – im globalen Kontext – Frankfurt nichts. Nur gemeinsam hat die Region eine Chance, im Wettbewerb der Metropolregionen zu reüssieren. Doch statt Aufbruch und Dynamik bestimmen provinzielles Denken auf der einen Seite und Furcht vor einer starken Region auf der anderen Seite die Strukturdebatte. Die Integration der Rhein-Main-Region bleibt jedoch deutlich hinter der Integration anderer Metropolregionen zurück. Damit bleibt die Sichtbarkeit im Wettbewerb der Regionen begrenzt. Es fehlen politischer Mut, politisches Bewusstsein, Regionalbewusstsein, regionales Selbstbewusstsein und regionales Sendungsbewusstsein. Und es fehlt ein gemeinsames Gesicht.

Ein regionales Gesicht lässt sich nicht durch Imagekampagnen schaffen. Die Region kann nur gelingen, wenn sie ihre Entsprechung in einer staatsrechtlichen, politischen Gliederung findet und eine regionale Verwaltungsspitze durch Wahlen legitimiert wird. Stattdessen sind die politische Struktur und die Verwaltungsstruktur der Region aber größtmöglich zersplittert und unübersichtlich. Insgesamt schaffen sie keine Identifizierung, sondern sind Sinnbild des zerfaserten Images der Region.

Den geschaffenen regionalen Gremien fehlen derzeit eine wirkliche demokratische Legitimation und eine wirksame Kontrolle. Ihr Nebeneinander ist selbst engagierten Kommunal- und Landespolitikern oder Medienvertretern oft fremd. Von den Bürgern kann dies überhaupt nicht mehr nachvollzogen werden. Wo organisierte Kontrolle aber nicht stattfindet, ist organisierte Verantwortungslosigkeit nicht fern.

Verfasste Strukturen und freiwillige Kooperationen haben sich nicht als ausreichend und vor allem nicht als effizient erwiesen um die erforderliche Dynamik in der Entwicklung der Region entstehen zu lassen. Im Gegenteil: Die verfassten Strukturen des Planungsverbands bzw. der heutigen Metropolregion haben zu erhöhtem Abstimmungsbedarf zwischen Kommunen und Verband sowie Verband und Regionalversammlung sowie zu einem aufgeblähten bürokratischen Apparat ohne ausreichende Auslastung geführt. Die Regionalstruktur zeichnet sich damit durch Ineffizienzen, Doppelarbeiten und langatmige politische Prozesse und Blockaden aus. Dies ist haushaltspolitisch schwer erträglich und regionalpolitisch nicht zielführend.

Die um diese Struktur herumgruppierten, freiwilligen Kooperationen haben keine wirklich sichtbaren Erfolge gezeitigt. Eine Ausnahme bildet lediglich der Regionalpark – vor allem durch die massive finanzielle Mitfinanzierung durch Dritte. Das Nebeneinander einer kaum überschaubaren Anzahl von GmbHs macht Entscheidungen schwer kontrollierbar, macht sie anfällig für Pöstchenschieberei großer Koalitionen und birgt die Gefahr eines Gemauschels mit beschränkter Haftung.

Die Finanzierung der regionalen Gremien und GmbHs erfolgt in der Regel durch pro-Kopf-Umlagen. Sie führt daher nicht zum gerechten Ausgleich der Einnahmen- und Ausgabenseite in der Region. Mangels demokratischer Kontrolle birgt sie die Gefahr eines ungebremsten

Ausgabeverhaltens. Das Verhältnis von Mitteleinsatz und Output ist nur schwer nachvollziehbar. Die unterschiedlichen Gesellschafterstrukturen und regionalen Zuschnitte tragen zur Unübersichtlichkeit und fehlenden Kontrolle bei.

Eine funktionierende Region braucht natürliche, nachvollziehbare Grenzen. Unnatürliche Grenzen quer durch Landkreise erlauben kein effizientes System der Verwaltungssteuerung und verhindern die Identifizierung mit der Region. Die Abgrenzung des durch das Metropolgesetz bestimmten Raumes bleibt zudem deutlich hinter den tatsächlichen wirtschaftlichen Verflechtungen der regionalen Kernstädte mit ihrem Umland zurück und ist daher unzureichend.

Unklare und widersprüchliche Zuständigkeiten lassen Verwerfungen und ungesunde Konkurrenzsituationen innerhalb der Region entstehen oder verhindern sie zumindest nicht. Eine wirklich konsistente und wirksame regionale Wirtschaftsförderungs- und Ansiedlungspolitik kann so nicht entstehen. Dauerhafte ‚Leuchttürme‘ etwa im kulturellen Bereich haben so keine Chance.

Der Zuschnitt einer arbeitsfähigen und identitätsstiftenden Metropolregion sollte sich sinnadäquat an der Lebenswirklichkeit der Menschen und an aus gutem Grund gewählte, bestehende regionale Strukturen anlehnen. Daher bildet eine am Regierungsbezirk Darmstadt angelegte Definition der Metropolregion zumindest für den hessischen Teil der Region die realen Lebensbezüge und sozialen Gegebenheiten (z.B. Verkehrsbeziehung Wohnort – Arbeitsplatz – Freizeitgestaltung) am ehesten ab. Damit entspricht die Metropolregion auch dem Geltungsbereich der Regionalplanung und vermeidet Abgrenzungsprobleme.

Für die angestrebte Verwaltungsvereinfachung ist eine Fusion der Aufgaben der Regionalplanung des Regierungspräsidiums (mit dem kommunalen Verbandsrat der Regionalversammlung) mit den Aufgaben und Gremien des Regionalverbands erforderlich. Das bisherige Zusammenspiel ist hochgradig ineffizient und die Entscheidungsprozesse dauern zu lange. Unterschiedliche personelle und finanzielle Ausstattungen erschweren die Situation zusätzlich. Durch die Zusammenlegung kann eine Funktionsebene vollkommen entfallen.

Die Metropolregion sollte folgende Aufgaben übernehmen:

- Regionalplanung inkl. planerische Umsetzung für die Nutzung regenerativer Energien
- Standortmarketing, Wirtschaftsförderung, Regionalmarketing
- Trägerschaft überörtlicher Einrichtungen wie Regionalpark, überörtliche Freizeiteinrichtungen¹, KulturRegionRheinMain sowie Kliniken
- Sozialhilfeträgerschaft.

Es ist erforderlich, dass ein Konzept erstellt wird, wie die Region eine eigene, ausreichend bemessene kommunale Finanzierungsquelle zur Verfügung gestellt werden kann – im Gegenzug für die Übertragung der Aufgabenträgerschaft für große kommunale

¹ *Ausschließlich Übernahme vorhandener Einrichtungen zum Zwecke einer gerechten Finanzierung. Keine Neuentwicklung von Liegenschaften.*

Einrichtungen und die Sozialhilfekosten. Die Region muss so finanziell ausgestattet werden, dass sie sich ohne weitere Umlagen bei den großen Ausgabeposten (vor allem im sozialen Bereich) selbst finanziert. Die bisherige Finanzierung der verschiedenen regionalen Einrichtungen führt weder aufgrund der Bemessungsgrundlage noch aufgrund ihres Umfangs zu einem gerechten finanziellen Ausgleich in der Region. Teils findet auch wie bei der Regionalplanung eine direkte Landesfinanzierung statt, die strukturell nicht zu einer kommunalen Aufgabe passt. Alle übrigen Aufgaben wie die Flächennutzungsplanung werden an die Städte und Gemeinden ggf. die Landkreise rückübertragen, die freiwillig zur Aufstellung örtlicher Pläne diese Aufgabe an die Verwaltung des Verbands delegieren können.

Der neue Verband integriert die in der Region im Zuge des Ballungsraumgesetzes gebildeten Gesellschaften. Sie werden in der Regel aufgelöst und die Aufgaben direkt durch den Verband übernommen und über diesen finanziert.

Zur Akzeptanz der Metropolebene und zur Sicherung des Subsidiaritätsprinzips ist festzulegen, dass der Verband gegen den Willen der Kommunen keine Aufgaben von diesen abziehen bzw. kostenträchtige Parallelstrukturen aufbauen kann. Der Verband darf sich daher keine neuen Aufgaben selbst geben, da dies wiederum zu Doppelstrukturen mit den Kommunen führen kann und aufgrund der indirekten Finanzierung immer ein Streitpunkt zwischen Verband und Kommunen sein würde. Ein abschließender Aufgabenkatalog ist im Gesetz zu formulieren.

Um auch die Gremien übersichtlich zu gestalten, wird als direkt gewähltes Gremium eine Regionalversammlung gebildet, sowie mit gleicher Amtszeit ein überschaubares, 7-köpfiges Regionalpräsidium, das keine geborenen Mitglieder kennt, sondern von der Versammlung gewählt wird. Hierbei erscheint es aus Kostengründen ausreichend, wenn nur der Vorsitzende des Präsidiums und sein Stellvertreter die Funktion hauptamtlich ausüben. Hierbei könnte analog der Landräte der Regionalpräsident auch direkt gewählt werden.

Neben der Verschlankung der Gremien in der Region müssen die Kommunen untereinander stärker kooperieren. Mit dem Gesetz über die Kommunale Gemeinschaftsarbeit gibt es hierfür die geeigneten Instrumente. Leider wurden sie bisher auch aus kommunalen Egoismen heraus nicht ausreichend genutzt. Gerade bei räumlich naheliegenden Städten (z.B. Frankfurt und Offenbach), die eine ähnliche Struktur haben, bietet es sich an, Aufgaben, die gesetzlich definiert sind, gemeinsam zu verwalten. Daneben ergeben sich durch die Zusammenlegung von personellen Ressourcen bessere Möglichkeiten bei der Personalsteuerung sowie der Urlaubs- und Vertretungsplanung.

Die Kommunen sollten in diesem Zusammenhang auch verstärkt die Beratungsangebote des Landes Hessen annehmen. Das Kompetenzzentrum für Interkommunale Zusammenarbeit beim Hessischen Innenminister ist hierfür eine gute Grundlage.

In Einzelfällen sollte der Landesgesetzgeber weitere Überlegungen anstellen, inwieweit Einzelgesetze, die Kommunen Aufgaben zuweisen mit Experimentierklauseln versehen werden müssen, damit effiziente Strukturen der Zusammenarbeit erprobt werden können.

Die heute schon guten Beispiele (z.B. gemeinsamer Ordnungsamtsbezirk, gemeinsame Personalkostenabrechnung und weitere Backofficebereiche, gemeinsamer Betrieb größerer Anlagen wie Kläranlagen, etc.) sollten ausgebaut werden.

Gerechte und niedrige Steuern und Gebühren

Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Offenbacher Steuern mit kommunalem Hebesatzrecht (Grundsteuer, Gewerbesteuer) auf einem möglichst niedrigen Niveau gehalten werden, um im Vergleich zum Umland wettbewerbsfähig zu bleiben. Dabei ist sowohl auf eine Distanz zu Frankfurt zu achten als auch auf eine möglichst geringe Distanz zu den umliegenden Kreisgemeinden. Zu hohe Hebesätze gefährden den Wettbewerbsvorteil gegenüber Frankfurt und lassen die Umlandgemeinden attraktiver erscheinen. Sie erschweren damit die Strategie, neue Gewerbesteuerzahler und anzuziehen.

Wir Liberalen fordern eine Änderung der Erlasse der Hessischen Landesregierung, die Gemeinden mit einem Haushaltsdefizit ihre Hebesätze deutlich über dem Schnitt der jeweiligen „Größenklasse“ (d.h.: Großstädte) festsetzen müssen. Dadurch entsteht eine Steuererhöhungsspirale. Stattdessen fordern wir eine Berücksichtigung der Komponente des regionalen Wettbewerbs. Die Stadt Offenbach soll ggf. eine Ausnahme für einen deutlich niedrigeren Gewerbesteuersatz anstreben, der Offenbach im Vergleich zu Frankfurt als „Niedrigsteuergbiet“ positionieren lässt, um neue Gewerbesteuerzahler anzuziehen und insgesamt Mehreinnahmen zu generieren.

Bagatellsteuern sind höchstens akzeptabel, wenn sie einen gewünschten, lenkenden Effekt mit sich bringen. Ansonsten sind sie ungerecht, weil sie bestimmte Berufs- oder Bevölkerungsgruppen über Gebühr betreffen.

Die FDP fordert daher die Neuordnung der Bagatellsteuern. So wollen wir die existenzgründungsfeindliche Gaststättenerlaubnissteuer abschaffen. Sie bringt der Stadt zwar 100.000 Euro ein, verhindert aber Existenzgründungen und etwa die Hinzunahme eines neuen Mitinhabers, weil dann auch die Steuer anfällt. Ebenso wollen wir die von der Koalition neu eingeführte Zweitwohnsitzsteuer, ein studentenfeindliches, bürokratisches Monstrum wieder abschaffen.

Die FDP kritisiert die Erhöhung der Hundesteuer durch die Koalition in der vergangenen Legislaturperiode. Nach Auffassung der Freien Demokraten sollen die Besitzer von Hunden nach dem Wiener Modell zumindest bei der Hundesteuer entlastet werden, wenn sie einen so genannten Hundeführerschein ablegen. Damit kann ein Anreiz für mehr Sicherheit und Sauberkeit gegeben und sukzessive die Steuerbelastung der Bürger reduziert werden. Alternativ ist eine Ermäßigung nach Raunheimer Modell zu prüfen. Danach ermäßigt die Stadt die Hundesteuer auf Antrag um die Hälfte, wenn der Hund die Begleitprüfung bestanden hat. Als Nachweis hierfür ist die Leistungsurkunde eines anerkannten Vereins (dhr – Deutscher Hundesportverein e.V.) vorzulegen. Die Steuervergünstigung wird dann für drei Jahre gewährt. Eine weitere Steuervergünstigung muss durch erneute Vorlage eines Prüfungszeugnisses nachgewiesen werden. Die Prüfung darf zum Zeitpunkt der Verlängerung nicht länger als ein Jahr her sein. Danach gilt die Steuervergünstigung für die Lebenszeit des Hundes. Für den Zweithund ist zudem die gleiche Steuer wie für den Ersthund zu zahlen.

Die FDP wird eine Wiedereinführung der von CDU und SPD eingeführten und auf Druck der FDP abgeschafften Getränkesteuer verhindern. Die Einführung einer „Bettensteuer“ nach Weimarer bzw. Darmstädter Vorbild haben die Freien Demokraten in der Opposition verhindert und lehnen sie weiter ab.

Gebühren und Beiträge sind – mit Ausnahme von Kitagebühren – kostendeckend zu erheben, damit keine Quersubventionierung durch die Steuerzahler erfolgt. Bei Investitionen oder Maßnahmen, die Gebühren- oder Beitragspflicht hervorrufen, sind die betroffenen Bürger zuvor am Prozess angemessen zu beteiligen.

Bevölkerungsentwicklung mit Konzept steuern

Offenbach ist eine junge Stadt mit einer herausfordernden Sozialstruktur. Die Stadtpolitik ist aufgefordert, die außerordentlichen menschlichen Potenziale zu heben und sie für die Produktivität des Standortes zu nutzen.

Für einen gesunden Bevölkerungsmix bauen wir neue Wohnviertel. Wir verringern unser Strukturproblem, indem wir die grünen Lungen Buchrain und Buchhügel erhalten, Innenstadt, Nordend und Mathildenviertel für Studenten attraktiv machen und neue Wohngebiete wie Waldhof II vorbereiten. Dazu haben wir bereits vor 8 Jahren einen Stadtverordnetenbeschluss initiiert, dessen daraus folgender Bericht nur teilweise verwirklicht wurde. Altbaubestände der GBO wären geeignete Unterkünfte für Studenten.

Besonders wünschenswert ist es, das Angebot qualifizierter Praktikumsplätze der Stadtverwaltung und des Stadtkonzerns auszuweiten, spezielle und flexible Öffnungszeiten an Kindertagesstätten für Studierende mit Kindern einzuführen sowie in der Stadtbibliothek einen schnellen Zugang zur Fernleihe und längere Öffnungszeiten in den Abendstunden einzurichten. Studenten wollen wir auch nach Beendigung ihres Studiums in Offenbach halten. Daher ist eine bessere Verbindung zwischen Studenten und Stadt sinnvoll, etwa durch eine Veranstaltungsreihe für in Offenbach lebende Studenten.

Um den Bekanntheitsgrad von Offenbach als studentischen Wohnstandort zu vergrößern, wird es aus Sicht der FDP auch notwendig sein, an den großen Hochschulorten der Region mit Informationsmaterial an Infoständen bei den Einschreibungen Präsenz zu zeigen. Das Image als Studentenstadt fördert das Image der Stadt und hilft Stadtteilen wie dem Mathildenviertel und dem Nordend.

Eine Strategie massiven Sozialwohnungsbaus lehnen die Liberalen ab. Die Folgen paralleler Bevölkerungsstrukturen mildern wir, indem wir zum Einen in so genannten Problemvierteln – es sind auch Viertel mit Chancen – die Standortqualität durch Identifikationspunkte stärken, damit deren Bewohner sich mit ihren Quartieren stärker identifizieren. Beispielhaft hierfür sind etwa Kulturzentren wie Ostpol oder Angebote wie das vorbildliche Projekt Boxclub Nordend. Zum Anderen ist mit den Wohnbaugesellschaften zu vereinbaren, dass sie für eine angemessene Durchmischung sorgen.

Wir vernetzen diese Orte mit Bildungsangeboten, um sie zu Orten der Integration zu machen, d.h. zu Orten, an denen sich alle an Regeln halten.

Für eine intelligentere Haushaltssteuerung und Finanzpolitik

Auch die Ausschreibungspraxis bedarf einer Überprüfung. So gibt es etwa bei den Lichtsignalanlagen keinen offenen Wettbewerb. Wenig Phantasie zeigt die Stadt auch beim Sponsoring: So sollten beispielsweise kleine Grünanlagen wie Kreisel verstärkt von Unternehmen mit gepflegt und durch Sponsoring mitfinanziert werden.

Ein Alarmsignal ist, dass es viele Jahre nach Einführung der Doppik weder mit dem Stadtparlament abgestimmte Kennzahlen zur sinnvollen Haushaltssteuerung noch eine konsolidierte Bilanz gibt.

Wir fordern eine „Nachhaltigkeitssatzung“ nach dem Vorbild der Stadt Wülfrath, die eine finanzielle Selbstbeschränkung festschreibt – auch für die Zeit nach dem „Schutzschirmvertrag“.

Die Freien Demokraten wollen zudem die Bürger bei der Haushaltsaufstellung stärker beteiligen. Hier regt die FDP statt Bürgerversammlungen regelrechte Bürgersparwettbewerbe nach dem Vorbild von Herzogenrath an.

Nach dem Beispiel der Stadt Hückeswagen soll zudem eine kommunale Sparkommission gebildet werden, in der zusätzlich zu den Mitgliedern des Finanzausschusses kompetente Sparexperten wie der Steuerzahlerbund vertreten sind. Die FDP fordert aber auch ein Umdenken der Landespolitik.

Mit treffsicherer Sozialpolitik den Schwachen helfen.

Libérale Sozialpolitik will die Schwachen treffsicher fördern und Missbrauch bekämpfen. Gerade eine Stadt wie Offenbach braucht eine effiziente Sozialpolitik. Sie ist Teil des Kitts, der die Gesellschaft zusammenhält. Sie muss gerade bei der Förderung benachteiligter, junger Menschen einen Schwerpunkt setzen. Denn wenn junge Menschen keine Perspektive sehen, halten sie sich nicht an die Spielregeln der Gesellschaft.

Der erfolgreiche Einsatz gegen den Missbrauch des Bezugs von Sozialhilfeleistungen ist stärker zu kommunizieren, damit der falsche Eindruck widerlegt wird, Offenbach sei ein Bezugsparadies.

Alle von der Kommune finanzierten sozialen Leistungen – insbesondere in der Jugend- und Sozialarbeit – bedürfen im Rahmen eines professionellen Monitorings einer ständigen Überprüfung/Evaluation, ob sie ihre gesteckten Ziele auch erreichen.

Bei der Beurteilung der jeweiligen Maßnahmen ist nicht ausschließlich der Preis das Kriterium, sondern auch die Qualität der Erstellung. Es hilft nichts, wenn etwa Pflichtleistungen formal abgearbeitet werden, sie aber nicht die gewünschte aktivierende Wirkung erzielen. Dies gilt auch für die Erziehungs- und Schuldnerberatung.

Die Liberalen sehen ausdrücklich in den so genannten freien Trägern die geeigneten Anbieter und Ersteller sozialer Leistungen. Sie können gemäß des Subsidiaritätsprinzips viele Leistungen effizienter gestalten als die Kommune.

Eine Bevorzugung einzelner freier Träger darf es nicht geben. Alle sind bezüglich der Vertragsgestaltungen gleich zu behandeln.

Für die Liberalen funktioniert aktive Sozialpolitik nicht nur über Sozialarbeiter, sondern auch über religiöse Vereinigungen und Kirchen, die oft einen viel nachhaltigeren Zugang zu den Menschen haben. Wo möglich ist die Integration behinderter Kinder in reguläre Kindergärten und Schulen zu fördern. Kontakte zwischen Einrichtungen für Behinderte und Nicht-Behinderte sind durch gemeinsame Aktionen zu unterstützen.

Gerade bei Neuplanungen und Neuanschaffungen – von Webangeboten bis zur Stadtplanung – ist auf eine Behindertengerechtigkeit und Barrierefreiheit zu achten. Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen verlangt die Chancengleichheit behinderter und nichtbehinderter Menschen. Bei der Umsetzung dieser Vorgaben durch Schaffung von weitgehender Barrierefreiheit im öffentlichen Raum hinkt in Offenbach den Möglichkeiten und Bedürfnissen behinderter Menschen hinterher.

Den freien Trägern der Behindertenhilfe sind in den letzten Jahren hohe finanzielle Belastungen zugemutet worden, sei es im Zusammenhang mit höheren Standards für Arbeitsplätze oder mit gestiegenen Brandschutzauflagen. Gleichzeitig stehen sie in Budgetverhandlungen mit den Leistungsträgern unter enormem Kostensenkungsdruck. In den Einrichtungen der Behindertenhilfe, etwa in den Werkstätten Hainbachtal, sind infolgedessen erhebliche Investitionsstaus für Modernisierungen aufgetreten. Um die Einrichtungen zukunftssicher zu machen, sind die Träger auf Zuschüsse des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen angewiesen. Da der LWV Hessen überwiegend von den Kommunen über eine Umlage finanziert wird, setzt sich die Offenbacher FDP für eine stärkere finanzielle Beteiligung des Landes Hessen ein.

Die großen sozialen Probleme in Offenbach erfordern Schulsozialarbeit, die an den bestehenden Standorten fortgesetzt und an weiteren Schulstandorten erforderlich ist. Die Arbeit der Sozialpädagogen, die als Ansprechpartner für Schüler, Eltern und Lehrer fungieren, kann auch helfen, die hohe Zahl der Abgänger ohne jeden Abschluss zu verringern.

Die Liberalen begrüßen Ferienspiele bei der Arbeiterwohlfahrt. Das Angebot gibt aufgrund der Preisgestaltung allen Kindern der Stadt unabhängig von ihrer Herkunft die Möglichkeit, mit anderen Kindern in der Natur zu spielen. Die Kinder fühlen sich erkennbar wohl. Besonders beeindruckend ist der „integrative Ansatz“. Auch behinderte Kinder können teilnehmen und mitmachen. Für die Entwicklung der Stadt ist es entscheidend, junge Menschen aus allen Schichten in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Die Ferienspiele können dazu einen wertvollen Beitrag leisten.

Die Offenbacher Liberalen sprechen sich für eine nachhaltige Förderung der sich bildenden Hospizbewegung aus. Die Last der notwendigen Hospizarbeit ist auch in Offenbach nicht allein den kirchlich-karitativen Einrichtungen aufzubürden. Außerdem ist durch Angebote zur Ausbildung und Betreuung ehrenamtlich Tätiger auch die Initiative von Privatpersonen stärker einzubeziehen.

Die Offenbacher FDP will erreichen, dass die Selbstständigkeit behinderter Menschen gefördert wird. Dazu gehören behindertengerechte Ausführungen bei öffentlichen Einrichtungen, die auch regelmäßig gewartet und überprüft werden. Gegenüber Dritten – zum Beispiel der Bahn – sind defekte Einrichtungen sofort zu reklamieren und schnelle Instandsetzung rechtlich abzusichern.

Schuldnerberatung ist für die Liberalen ein wichtiges Thema. Dabei setzen sie auch auf Präventionsangebote – wie sie etwa die Diakonie anbietet – schon von Kindesbeinen an, damit das Kind nicht erst in den Brunnen fällt.

Die Drogenberatung und Therapieangebote der Freien Träger müssen von der Stadt intensiv gefördert werden. Die mit der Drogensucht verbundenen Probleme können nur von Fachkräften angegangen werden. Das Know-how der niedergelassenen Ärzte vor Ort sollte deshalb unbedingt einbezogen werden.

Die Frauenbeauftragte der Stadt soll zukünftig verstärkt Gleichstellungsfragen insgesamt betrachten und dabei jede Form von Diskriminierung oder von Benachteiligung etwa aufgrund der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität, überprüfen.

Die Arbeit des Vereins „Frauen helfen Frauen“ ist noch stärker zu unterstützen. Dies gilt gerade auch für dessen Beratungsstelle und deren proaktive Tätigkeit gegen Gewalt. Der Verein leistet gerade in einer Stadt mit vielen jungen Migrantinnen, die in ihrer Situation oft ohne Hilfe sind, eine wichtige Arbeit.

Es sind gemeinsam mit den Schulen Programme zu entwickeln, die Frauenfeindlichkeit und Homophobie im Allgemeinen und gerade unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund zurückdrängen.

Eine wichtige soziale Funktion übernimmt auch der Sport. Wir forcieren die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Sportvereinen. Der Leistungssport hat für uns dabei Leuchtturmfunktion. Wir wollen die Vereine dabei unterstützen als Förderstützpunkte interessant zu sein. Für die Kommune ist aber letztlich der Breitensport von größter Bedeutung. Hier ist darauf zu achten, dass nicht nur Großvereine bzw. leistungssportorientierte Vereine gefördert werden. Die Kommune kann auch die Plattform für Kooperationen mit Schulen sein. Die Stadt soll stärker dazu beitragen, Sportabzeichen zu promoten.

II. Neue Firmen willkommen heißen – sonst gehen sie woanders hin

Den Wirtschaftsstandort stärken, die Standortqualität fördern und zeigen: Gezieltes Stadtmarketing, aktive Wirtschaftsförderung und lebendige Kultur stärken das Stadtimage

A. Analyse und Ziele

Für Freie Demokraten ist die Wirtschaft ein wichtiger Partner. Denn Wirtschaft schafft Arbeitsplätze und Unternehmen zahlen Gewerbesteuer. Mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und mehr Gewerbesteuerzahler sind der Schlüssel für die Stadtentwicklung. Die finanzielle Situation der Stadt Offenbach verpflichtet die Stadt, alles dafür zu tun, um neue Gewerbesteuer zahlende und arbeitsplatzschaffende Unternehmen anzusiedeln. Unsere Strategie:

Wirtschaftsförderung als Schwerpunkt der Stadtpolitik verankern

Es ist ein Alarmsignal, dass nach einer Umfrage der IHK die Unternehmen zwar generell Wirtschaftsorientierung der Verwaltung als besonders wichtig ansehen, speziell die Offenbacher Unternehmen damit aber unzufrieden sind und sie schlechter bewerten als die Unternehmen in vielen anderen Kommunen des Kreises.

Die Liberalen bekennen sich zu einem Primat der Wirtschaftsförderung, d.h. im Zweifel geben wir der Wirtschaftsförderung Vorrang. Die FDP tritt für eine aktive Wirtschaftsförderung ein, welche die Interessen Offenbacher Unternehmen in die Stadtpolitik mit einbezieht und günstige Rahmenbedingungen – bei Genehmigungsverfahren und Steuern – schafft. Wir sehen in Planungssicherheit und flexibler Verwaltung ein wichtiges Kriterium für unternehmerische Entscheidungen. Darauf sollte die Stadt noch mehr als bisher Wert legen.

Dazu gehört eine gute Pflege der „Bestandsunternehmen“, weil sie Unternehmen am Standort hält, weil sich gute Betreuung herumspricht und weil Betriebserweiterungen den Standort stärken. Daneben benötigt gerade eine Krisenstadt wie Offenbach eine offensive Rekrutierungspolitik für Unternehmen.

Die Liberalen wissen um die Bedeutung der regionalen Vorzüge. Dabei halten wir Berührungspunkte zur Stadt Frankfurt für falsch. Die Region braucht Frankfurt, Frankfurt braucht aber auch die Region. Wir wollen daher die regionale Vernetzung der Wirtschaftsförderung, die den Standort Frankfurt-Rhein-Main weltweit vermarktet, weiter vorantreiben.

Dabei brauchen wir sowohl Großunternehmen für die Gewerbesteuereinnahmen, aber vor allem auch den Mittelstand, der die entscheidende Stütze für Arbeitsplätze und damit den Zusammenhalt einer Stadt bietet. Der Mittelstand ist das Rückgrat einer funktionierenden Wirtschaft und Gesellschaft. Wir wollen ihn deshalb besonders stärken.

Das Image der Stadt stärken

Offenbach ist viel besser als sein Ruf. Weil der Erfolg aktiver Wirtschaftsförderung vor allem vom Image einer Stadt abhängig ist, arbeiten wir gezielt an der Imagepflege. Konkret wollen wir ein mit der Wirtschaftsförderung vernetztes Stadtmarketing, das die Standortvorteile der Stadt und die verbesserte Standortqualität kommuniziert. Wir positionieren Offenbach im regionalen und überregionalen Wettbewerb, indem wir den längst nicht beendeten Wandel von einer Arbeiter- zu einer Dienstleistungsstadt fördern und Offenbach von einer Stadt mit einer Hochschule für Gestaltung zu einer Kreativstadt weiterentwickeln. Kreativimage ist ein harter und wertvoller Standortfaktor. Die Kreativwirtschaft hat den gleichen Anteil am Bruttoinlandsprodukt und damit die gleiche Wirtschaftskraft wie die Chemische Industrie.

Die von der FDP seinerzeit maßgeblich forcierte Strategie, Offenbach als kreativen Standort zu positionieren, muss wieder Fahrt aufnehmen. Die Kreativstadt-Strategie ist eine Chance, Offenbach im regionalen und überregionalen Wettbewerb sichtbar zu machen. Kreativimage ist wirksame Wirtschaftsförderung. Unsere Kreativstrategie geht davon aus, dass wir mit der HfG über eine renommierte Kreativhochschule verfügen, und für eine Stadt unserer Größe hat die Stadt Offenbach – wie eine Studie ergab – schon heute ein sehr beachtliches KreativCluster. Im Wettbewerb innerhalb der Region und auf nationaler Ebene können wir also unsere komparativen Standortvorteile geltend machen: Darmstadt kann am besten Wissenschaft. Frankfurt kann am besten Banken. Wir können am besten Kreativwirtschaft. Die Kreativstrategie setzt auch auf Effekte für Stadtgestaltung und Sozialstruktur. Wo Künstler und Kreative leben, passiert auch im Umfeld ganz viel Positives. Es steigert die Identifikation mit dem Standort. Es bilden sich Initiativen. Es siedeln sich Unternehmen an, die einen Bezug zu diesen Branchen haben – Business zieht es zu Bohème.

Aufgabe der Stadt ist es hier, unterstützend zu wirken, die Vernetzung zur Kreativszene zu befördern, ihr Selbstbewusstsein als wichtigen Faktor in der Stadt zu steigern und die Wohlfühlbedingungen dieser Branche in der Stadt weiter zu erhöhen – durch ein für Kreative attraktives Kulturangebot ebenso wie durch stadtgestalterische Entscheidungen sowie das Sichtbarmachen von Kultur und Kreativität in der Stadt.

Eine intensive Betreuung in Verbindung mit materieller Förderung ist für die Kreativszene nicht hinreichend. Auch Kulturförderung muss als Motor der Ansiedlungspolitik eingesetzt werden. Kultur bringt Leben in die Stadt, gibt ihr Profil und Identität. Sie ermöglicht den Menschen, gemeinsam zu gestalten oder Gestaltetes gemeinsam zu erleben. Sie bietet ein Forum für die Bürger, sich zu treffen und auszutauschen. Das Gemeinschaftsleben einer Stadt und der Zusammenhalt ihrer Gesellschaft hängen wesentlich von den kulturellen Angeboten ab.

Für eine Stadt, die ihr Image zur Kreativstadt wandeln möchte, besteht eine wesentliche Aufgabe also darin, eigene städtische Kulturprogramme auf- und auszubauen sowie das Engagement von Vereinen, Kirchengemeinden und Kulturinitiativen aktiv zu unterstützen.

B. Was wir anpacken wollen

Das Primat der Wirtschaftsförderung umsetzen: Eine Willkommenskultur für Unternehmen leben

Den früheren Ruf der Stadt, bei Genehmigungsverfahren schneller zu sein als andere, gibt es nicht mehr. Im Gegenteil: Laut IHK-Umfrage haben Kreisgemeinden wie Obertshausen und Langen Offenbach längst abgehängt. Das hat in hohem Maße mit unklaren Strukturen und fehlendem Vertrauen der Mitarbeiter zu tun. Denn nur wenn sie von Ihren Chefs im Magistrat für Ihre Entscheidungen auch gestützt werden, werden sie sich trauen, Ermessensspielräume tatsächlich auszunutzen.

Die Liberalen wollen deshalb dringend bessere Rahmenbedingungen bei Genehmigungsverfahren schaffen. Dazu sind politische Ziele und Vorgaben unabdingbar, denen verwaltungsinterne Prioritätensetzungen folgen können.

Die Liberalen sprechen sich für eine „Baugarantie“ aus: Gewerbliche Bauanträge sollen in der Regel binnen eines Monats entschieden werden. Den Antragstellern soll kurz nach Antragstellung soweit möglich verbindlich ein Enddatum genannt werden. Solche „Turbo-Genehmigungen“ und professionelle Begleitung der Unternehmen fördern die Bindung an den Standort und helfen neue Unternehmen anzusiedeln. Die Koordination übernimmt dabei die Wirtschaftsförderung.

Wir wollen eine Wirtschaftsförderung 2.0 – ein digitales Unternehmerbüro als virtuelles Angebot von Rathaus-Dienstleistungen mit dem Ziel, sämtliche Verwaltungs-Prozesse, auf die Unternehmen angewiesen sind, digital abzuwickeln und somit den Arbeitsaufwand der Unternehmen erheblich zu reduzieren. Dazu könnte bspw. ein individueller Zugang für Unternehmen auf einer Internetplattform der Kommune eingerichtet werden. Dort sind alle relevanten Informationen (von Gewerbeflächen, über Ansprechpartner bis zu Antragsunterlagen, Netzwerke und Fachkräfte) sortiert, werden sämtliche Genehmigungsprozesse abgewickelt (Baugenehmigung, Arbeitsgenehmigung, KFZ An-/Abmeldung, Beschilderung, Sondernutzungen, Meldeangelegenheiten, Anmeldung Kinderbetreuung, Beantragung von Bewohnerparken, Abfallentsorgung) und Anfragen schnell beantwortet.

Das Stadtmarketing lahmt. Wir wollen die unterschiedlichen Treiber des Stadtmarketings (Wirtschaftsförderung, Amt für Öffentlichkeitsarbeit, SOH, OSG) besser vernetzen – am besten in einer eigenen Gesellschaft zusammenführen, ohne neue Overheadkosten aufzubauen. Eine Stadt in der Größe Offenbachs braucht eine eigene Stadtmarketing-Gesellschaft, um Einzelbudgets zu bündeln und die einzelnen Sparten – auch räumlich – enger zusammenarbeiten zu lassen.

Die Wirtschaftsförderung ist stark unterbesetzt. Ein Ausbau der Wirtschaftsförderung soll eine noch intensivere und aggressivere Aktivität für die Abwerbung von Unternehmen aus anderen Städten oder Ländern ermöglichen, aber auch die Bestandpflege weiter professionalisieren.

Die Immobilienkompetenz und die Zusammenarbeit mit Maklerbüros ist weiter ausbauen, um interessante Kunden nach Offenbach zu holen.

Zur Wirtschaftsförderung gehört auch die digitale Infrastruktur. Der Breitbandausbau muss forciert und kostenloses W-LAN in Zusammenarbeit mit Frankfurt und Sponsoren ausgedehnt werden.

Die regionale Zusammenarbeit der Städte und Gemeinden der Region möchten wir beibehalten und verstärken, um das Image der Region zu stärken. Die Region braucht Frankfurt, aber sie besteht nicht nur aus Frankfurt! Das Standortmarketing der einzelnen Kommunen sollte noch enger miteinander verknüpft und koordiniert werden. Dabei ist auch die Zusammenarbeit mit der Hessen-Agentur zu optimieren. Die FDP unterstützt die Idee der Studie des Urban Land Insititutes von einem gemeinsamen Wirtschaftsausschuss, in dem unter anderem Wirtschaft und Wissenschaft beider Städte vertreten sind. „Denn das Kooperationsprinzip ist dem Konfrontationsprinzip überlegen – dies gilt für beide Seiten“.

Bauaufsicht und Wirtschaftsförderung sollen regelmäßig unter Ägide der Wirtschaftsförderung zusammenkommen, um Bauanträge zu begleiten und soweit möglich zum Erfolg zu führen. Im Zweifel ist dabei aus Sicht der Wirtschaftsförderung zu entscheiden. Dabei soll die konstruktive Beratung der Unternehmen im Vordergrund stehen.

Existenzgründungen sind für Offenbach wichtig. Gerade in den Kreativbranchen entstehen hier viele nachhaltig wirtschaftende Firmen. Das bestehende Angebot an Beratungsstellen für Existenzgründungen wollen wir beibehalten. Wir wollen via Wirtschaftsförderung private Existenzgründerzentren positiv flankieren und auch Bürgern mit Migrationshintergrund den Weg zu den leistungsfähigen Beratungsstellen ebnen.

Wir wollen eine stärkere Vernetzung von Handwerk, Kreativwirtschaft und Hochschule.

Bei Ausschreibungen sind mittelstandsfreundliche Losgrößen und Formen zu wählen. Es ist darauf zu achten, dass Ausschreibungen wirklich offen sind und dass in Form und Durchführung Wettbewerbsneutralität herrscht. Folglich sind sie so zu formulieren, dass nicht nur bestimmte Anbieter eine Chance auf Annahme erhalten. Bei Ausschreibungen technischer Elemente (wie z.B. Verkehrsrechner) sollte auf offene Schnittstellen Wert gelegt werden, damit Folgeaufträge nicht gewissermaßen automatisch an das bisher beauftragte Unternehmen gehen. Folge- und Instandhaltungskosten sind mit zu kalkulieren.

Gemeinsam mit dem Gaststättenverband und den örtlichen Hotels und Gastronomen ist die Positionierung Offenbachs auch als Standort für Business-Reisen und Städtetourismus ggf. in Kooperation mit dem Regionalmarketing zu verbessern.

Es ist zu überprüfen, ob mithilfe eines Informationszentrums, das kleine und mittlere Unternehmen bei der Verbesserung ihrer Umweltpraktiken unterstützt, der Transfer und die Nutzung von Umwelttechnologie im Privatsektor verbessert werden kann – gegebenenfalls als regionales Projekt nach dem Vorbild der schwedischen Städte Falun und Borlänge.

Gewerbegebiete gezielt entwickeln

Die Stadt Offenbach hat ein Potential an Gewerbeflächen von insgesamt rund 100 ha. Davon ist die größte neu nutzbare Fläche das Allessa-Areal mit rund 21,5 ha. In der Analyse zeigt sich, dass die Flächen auch hinsichtlich ihrer zeitlichen Verfügbarkeit ausreichend sind – ca. 21 ha stehen kurzfristig zur Verfügung.

Leider zeigt sich auch, dass die Flächen zwar vorhanden sind, ihre praktische Vermarktbarkeit jedoch eher eingeschränkt ist. Das betrifft bauliche Einschränkungen und Vorgaben wie im Kaiserlei oder eine unzureichende verkehrliche Erschließung wie beim Allessa-Gelände, dem Gelände um den Ostbahnhof oder am Lämmerspieler Weg.

Wir unterstützen daher die Überlegungen, das Kaiserlei-Gelände bei den baulichen Vorgaben vermarktbarer zu gestalten, zum Main hin zu öffnen und insgesamt aufzulockern. Für die Gewerbeflächen Osten wird es aus Sicht der Freien Demokraten unabdingbar sein, die verkehrliche Erschließung mit einer direkten Anbindung an die B448 über eine erneuerte Laska-Brücke zu verbessern. Dies würde gleichzeitig die östliche Innenstadt vom Verkehr entlasten.

Es erscheint ebenfalls sinnvoll, für die bessere Vermarktung und eine gezielte Clusterbildung die einzelnen Gewerbegebiete besser zu strukturieren und eine gezielte Adressbildung voranzutreiben. Die FDP teilt daher die Überlegungen der Stadtplaner, einzelne Schwerpunkte zur Profilierung der Gewerbegebiete zu bilden (Dienstleistungspark Kaiserlei, DesignPort mit Kreativcampus oder Quartier 4.0 am Ostbahnhof).

Nach jahrelangem Druck der FDP hat die Stadt die Stellplatzsatzung liberalisiert – aber nicht für Kaiserlei. Auch hier muss es den Unternehmen ermöglicht werden, ausreichend Parkplätze für Mitarbeiter und Kunden zu schaffen.

Das Kaiserleigebiet an der Schnittstelle zu Frankfurt ist ein Filetstück, aber bislang noch nicht ausreichend vermarktet. Die FDP steht einer rein von Privaten finanzierten Multifunktionshalle am Kaiserlei positiv gegenüber. Sie könnte die Schnittstellenfunktion deutlich machen, das Viertel beleben und gestalterisch aufwerten und ein gutes, neues Angebot für Offenbacher Bürger sein.

Über freie Gewerbeflächen und Büroflächen soll auch im Internet verstärkt auf regionalen und überregionalen Seiten informiert werden.

Mit Wirtschaftsförderung den Einzelhandel stärken

In einem „Einzelhändler-Pakt für Offenbach“ wollen wir die großen Kaufhäuser und Filialisten bewegen, wieder verstärkt ihr A-Sortiment in der Offenbacher Innenstadt zu verkaufen, um eine Positivspirale in Gang zu setzen.

Wir wollen den ortsbezogenen Einzelhandel mit Alleinstellungsmerkmalen stärker sichtbar machen und für bestimmte Bereiche (z.B. Kaiserstraße und Herrnstraße) ein Konzept für qualitativ hochwertiges Einkaufen entwickeln.

Die Etablierung einer Zwischennutzungsagentur für leerstehende Büroflächen und Einzelhandelsflächen ist zu prüfen. Für leerstehende Immobilien wenden wir uns gezielt an Unternehmen und Einzelhändler, die sich etwa das Frankfurt Nordend nicht mehr leisten können. Dabei sprechen wir gezielt hippe Modelabels und Szeneboutiquen an. Für sie könnte das Offenbacher Nordend (siehe „Strandperle“) eine geeignete Alternative sein. Daher muss die Wirtschaftsförderung der Stadt Offenbach die Frankfurter Szene genau beobachten, Kontakte knüpfen und proaktiv tätig werden. Die GBO könnte z.B. größere leerstehende Flächen in Innenstadtnähe anmieten, um zum Selbstkostenpreis diese gemeinsam an kleinere Läden zu vermarkten, um so eine Initialzündung für Offenbach auszulösen.

Die neue Qualität des Offenbacher Einzelhandels soll daraufhin durch intensiveres Stadtmarketing in Oberrad, Fechenheim und im Landkreis gemeinsam mit dem Einzelhandel kenntlich gemacht werden.

Offenbachs Image verbessern: Eine Lederstadt kann auch Kreativstadt werden

Es ist für einen gemeinsamen Auftritt, für ein gemeinsames Corporate Design von Stadt und Stadttöchtern zu sorgen und so das Markenimage „Offenbach“ nachhaltig zu verbessern. Dafür ist ein modernisiertes Stadtlogo zu etablieren. Die bisherigen Anregungen eines Wettbewerbs der HfG sollen aufgenommen und ggf. mit Kreativen weiterentwickelt werden.

Offenbach verkauft sich bisher unter Wert. Offenbach ist eine interessante und an vielen Stellen reizvolle Stadt – auf jeden Fall ist sie lebendig. Dies müssen wir den Menschen deutlicher zeigen. Es ist ein Filmwettbewerb zu veranstalten, der einen Imagefilm für die Stadt Offenbach hervorbringt. Ausgezeichnet werden soll ein möglichst kreativer Imagefilm über die Stadt, der die Vorzüge von Offenbach als Wohn- und Gewerbestandort herausstellt und auch über Web 2.0 (YouTube, Facebook) vermarktet werden soll. Der Wettbewerb soll Studenten oder Filmschaffende etwa in Zusammenarbeit mit der HfG und der ortsansässigen Hessischen Film- und Medienakademie animieren, sich Gedanken über Offenbach zu machen und Ideen zu entwickeln, wie sich die Stadt positiv und originell nach außen darstellen kann.

Um Offenbach als kreativen Standort erfolgreich zu positionieren, soll die Wirtschaftsförderung ein schlüssiges Dachmarkenkonzept „Kreativstadt Offenbach“ schaffen.

Gerade Kreative wollen Vernetzung und Kommunikation – dazu wollen wir passende Veranstaltungsreihen wie z.B. den „Kreativen Donnerstag“ etablieren. Wir wollen bestehende Kreativ-Initiativen unterstützen, indem wir ihre Aktivitäten über die Infrastruktur der Stadt zu vermarkten helfen. Auch das stärkt das Image der Stadt. Es sollen stärker unterschiedliche lokale Initiatoren mit einbezogen werden.

Gerade für den Bereich Kreativwirtschaft muss auch die Existenzgründer- und Finanzierungsberatung ausgebaut werden, damit neue Unternehmen mit betriebswirtschaftlich solider Basis an den Start gehen. Dies schließt Hilfestellungen bei der Erstellung von Businessplänen und der Beschaffung von Eigenkapital mit ein.

Um die kulturelle Vielfalt in der Stadt zu sichern, wollen wir Szene- und Subkultureinrichtungen mit Hilfe kreativer Folgenutzungen, Nutzung von Nischen und Schaffung kreativer „Hot-Spots“ unterstützen.

Gemeinsam mit der Messe Offenbach wollen wir versuchen, eine Kreativmesse in die Stadt zu holen, die den kreativen Anspruch der Lederwarenmesse ergänzt. Dabei sollte auch die Zusammenarbeit mit kleinen Sparten- bzw. Nischenanbietern ebenso wie mit etablierten Institutionen wie der „Schule für Mode, Grafik und Design“ intensiviert werden, damit regelmäßige Veranstaltungen in Offenbach stattfinden.

Mit einer gezielten Ansiedlungspolitik soll dazu beigetragen werden, dass Offenbach das größte Atelierhaus der Region wird.

Mit der Vermittlung von Graffitiflächen für Graffiti-Künstler, z.B. in Unterführungen, schaffen wir kreative Räume.

Mit Kultur den Kreativstandort stärken

Wir wollen mittelfristig bei den freiwilligen Leistungen zugunsten des Kreativsektors (z.B. Kunst, Mode, Architektur) umschichten, um das Zielimage als Kreativstadt zu fördern. Wir bewahren und stärken weiter Initiativen wie das Projekt „Musik im Park“, Lichterfest oder das Festival junger Talente.

Die Offenbacher FDP regt weiter die Prüfung einer Kultur-GmbH an, die alle kulturellen Aktivitäten auch in den Veranstaltungshäusern Capitol, Stadthalle und Büsing-Palais koordiniert und die von den Zwängen des kommunalen Haushaltsrechtes unabhängig ist. Ziel sollte vor allem eine einheitliche Außendarstellung und Vermarktung der verschiedenen Angebote sein, aber auch eine engere Abstimmung mit privaten Angeboten. Es braucht ein schlüssiges Spielstättenkonzept, das die unterschiedlichen Veranstaltungshäuser (Stadthalle, Capitol, Hafen II) gemeinsam zukunftsfähig macht. Dabei ist auf eine klare Positionierung der Häuser hinzuwirken. Dabei ist die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Institutionen sicherzustellen. Ein Namenssponsor auch für die Stadthalle wäre zu begrüßen

Das Verhältnis zwischen Stadt und Hochschule für Gestaltung hat sich erheblich verbessert. Das künstlerische Potential der HfG kann aber noch stärker in das Kulturleben Offenbachs hineinwachsen. Dazu müssen die Chancen, welche die Stiftungsprofessur bietet, und der bevorstehende Umzug der HfG an den Hafen zur engeren Verzahnung mit dem Stadtleben besser genutzt werden.

Denkbar wären z.B. Ausstellungsflächen am neuen HfG-Standort, die auch von anderen Offenbacher Künstlern genutzt werden können.

Die Stadtbücherei ist nicht nur ein Schmuckstück und hat sich zu einem wichtigen Zentrum für das kulturelle Leben entwickelt. Sie muss sich ständig weiterentwickeln, moderne Medien integrieren und in ein Konzept lebenslangen Lernens eingebunden sein. Klingspormuseum, Ledermuseum und Stadtmuseum sind städtische Aushängeschilder und brauchen ein dauerhaft sicheres Finanzfundament und zusätzliche Investitionen. Durch die

Stärkung der KulturRegion-Frankfurt-RheinMain könnte die Museumsdidaktik noch der hohen Qualität der Ausstellungsstücke angepasst werden. Auch die Sichtbarkeit der Offenbacher Museen in der Region ist noch steigerungsfähig. Der Ausbau der Museumspädagogik wäre für die engere Zusammenarbeit mit den Schulen und die Einführung neuer Veranstaltungsformen wie z.B. „Art After Work“ erforderlich.

Die Artothek ist gemeinsam mit dem Kunstverein Offenbach zu entwickeln. Daneben ist auch in einem gewissen Rahmen der Ankauf neuer Werke notwendig – vor allem zur Förderung der Künstler vor Ort.

Wenn sich Offenbach als Kreativstadt auch im Bewusstsein der Bevölkerung verankern soll, ist eine stärkere Darstellung von Kunst, Design und Kreativität im öffentlichen Raum nötig. Hierzu gehören Ausstellungen an ungewöhnlichen Orten, aber auch sichtbare Zeichen im innerstädtischen Raum (z.B. größere Werke auf den Verkehrskreiseln oder Plätzen), im Rathaus etc.

Das Isenburger Schloss sollte nach einem Umzug der HfG in den Hafen einer Nutzung überführt werden, die einen Kompromiss zwischen Wirtschaftlichkeit und öffentlichem Anspruch an dieses Kulturdenkmal schafft. Dazu wollen die Liberalen einen Wettbewerb. Die Leos Offenbach haben einen originellen Kurzfilmwettbewerb mit der HfG organisiert. Wir streben an, die Beteiligten darin zu unterstützen, einen jährlichen Kurzfilmwettbewerb durchzuführen oder ein solches Festival mit Filminitiativen (Hafen-Kino und Kino im Ledermuseum) sowie der Hessischen FilmAkademie (im Ostpol) durchzuführen. Dabei könnten die Veranstaltungsorte Hafen2 (auch Festivalzentrum), Kino im Ledermuseum, Kino Messe Offenbach, Kino im Amateurfilmclub in Bernhardstraße sein. Für die Preisverleihung wäre das Capitol OF die passende Adresse.

Die FDP will einen mit privater Hilfe geförderten „Künstler des Jahres“, der nach dem Vorbild des jährlichen Schriftstellers eine besondere Unterstützung genießt. Die Liberalen unterstützen Forderungen nach einem Künstlerwettbewerb.

Wir wollen eine Ausstellungshalle im Zusammenhang mit dem Neubau der HFG erstellen. Die Offenbacher Feste (z.B. der Weihnachtsmarkt) sollen z.B. in Zusammenarbeit mit der Professur „Kreativität im Urbanen Kontext“ der HfG einen künstlerischen Touch erhalten. Auch neue Ideen für städtische Festivitäten sollten durch diese Zusammenarbeit entwickelt werden.

Wir streben an, die Städtepartnerschaft im Jumelage-Ring durch eine Kulturkooperation zu vertiefen. Eine partielle, regionale Neuausrichtung ist zu prüfen. Wir streben eine Städtepartnerschaft mit einer türkischen Stadt bzw. Städten an, aus denen Offenbacher Migranten stammen.

III. Offenbach hat Potenzial

Offenbachs Kinder sollen alles werden können – außer dumm. Integration fördern. Denn jedes Kind hat Talente.

A. Analyse und Ziele

Kaum ein anderes Land der Welt ist so auf gute Ausbildung, auf Wissen und spezialisiertes Können angewiesen wie Deutschland. Bildung ist nicht nur eine notwendige Voraussetzung für den Zugang zum Arbeitsmarkt, sondern sie ist auch Schlüssel für die Lösung vieler sozialer Probleme und für gelingende Integration. Angesichts des bundesweiten Spitzenplatzes, den Offenbach in der Migrationsstatistik einnimmt, hängt die Zukunft unserer Stadt noch mehr als andernorts von guter Bildung ab. Offenbach hat ein großes Potenzial junger Menschen unterschiedlichster Herkunft. Kein Mensch kommt ohne individuelle Talente auf die Welt. Wir müssen dafür zu sorgen, dass sich diese entfalten können und das Potenzial für unsere Stadt gehoben wird. Jedes Kind wächst mit seiner Bildung.

Jeder Mensch kann etwas bewegen – das ist unsere Überzeugung. Jeder soll sich frei entfalten, von seinen Talenten und Möglichkeiten profitieren können. Doch nur ein Mensch, der gelernt hat, seine Welt zu verstehen, wird darin auch seinen Weg finden. Wir wollen eine Stadt der Chancen, in der es darauf ankommt, was ein Mensch kann, und nicht darauf, woher er kommt und welchen Status seine Eltern haben. Armut darf nicht vererbt, Talente dürfen nicht vergeudet werden. Und wir wollen eine Stadt, die von jungen Familien wegen ihres guten Bildungsangebots als Wohnort geschätzt und gezielt ausgewählt wird. Offenbachs Kinder sollen alles werden können. Außer dumm.

Wie ist das zu schaffen? Ganz alleine schaffen wir es nicht. Auch die Rahmenbedingungen müssen sich ändern. Dafür muss die Stadt gemeinsam mit anderen Kommunen stärker und sichtbarer auftreten. Nicht allgemeines Gejammer über die Unterfinanzierung der Kommunen hilft uns weiter, sondern Konzentration auf die entscheidenden Zukunftsaufgaben.

B. Was wir anpacken wollen

Kommunale Bildungsaufgaben brauchen höchste Priorität in der Kommunalpolitik. Offenbach hat vor 10 Jahren eine Bildungsoffensive gestartet, doch sie ist ins Stocken geraten.

Bildung zuerst

Genügend Raum – moderne Ausstattung – intakte Gebäude

Während andernorts Schulen geschlossen werden, platzen Offenbachs Bildungseinrichtungen aus allen Nähten. Hier verläuft die Demographie umgekehrt, die Zahl der Kinder steigt. Das wird lange so bleiben. Die Behebung von Raummangel muss deshalb an erster Stelle stehen.

Moderne Pädagogik braucht moderne Ausstattung. Beispielsweise naturwissenschaftliche Fachräume, aber auch geeignete Räumlichkeiten für andere Fächer. An einigen Schulen wurden sie aktualisiert, an anderen noch nicht. Wir wollen, dass in der Schule experimentiert wird, nicht an ihr! Ebenso muss der Umgang mit digitalen Medien selbstverständlich werden. Und nur mit einer ordentlichen Mensa, Mediatheken und Freizeiträumen kann man gute Ganztagschule gestalten. An einigen Schulen gibt es das schon, an anderen noch nicht.

Die Bereitstellung gut ausgestatteter und intakter Schulgebäude ist kommunale Pflichtaufgabe Nummer 1. Das städtische Programm für Erweiterung, Sanierung und Modernisierung der Offenbacher Schulen – vom damaligen FDP-Bildungsdezernenten Paul-Gerhard Weiß vor 10 Jahren aufgelegt und gut vorangebracht – ist wegen des städtischen Finanzdesasters beim Klinikum ins Stocken geraten und gefährdet. Jetzt muss es konsequent, zügig und mit höchster Priorität in Abstimmung mit der Kommunalaufsicht fortgesetzt werden, alle frei werdenden Mittel – z.B. aus Verkäufen – sollten in das Programm einfließen. Um die Situation an allen Schulen schneller zu verbessern, müssen zur Not wichtige Einzelmaßnahmen vorgezogen werden.

Bildungsmanagement als kommunale Aufgabe

Bildungsangebote koordinieren, die Zusammenarbeit von Kitas, Schulen, Aus- und Weiterbildungseinrichtungen intensivieren, aktuelle Probleme und veränderten Bedarf schnell erfassen und bearbeiten – das sind Aufgaben des Bildungsmanagements vor Ort. Offenbach hat ein gutes Berichtswesen geschaffen und einen Orientierungsrahmen mit Handlungsempfehlungen beschlossen, aber die Stadtpolitik nimmt davon in der Praxis nur wenig Notiz, greift Vorschläge nur zögerlich auf. Sie muss zum aktiven Gestalter der lokalen Bildungslandschaft werden. So können wir die Übergänge zwischen den Bildungsphasen und Einrichtungen verbessern, die jeweils aktuellen Anforderungen der Wirtschaft schneller aufgreifen, Schulsozialarbeit gezielt einsetzen und Patenschaften intensivieren. Der beschlossene „Orientierungsrahmen Bildung“ sollte zum echten Masterplan Bildung weiterentwickelt und umgesetzt werden.

Bildungsberatung und Weiterbildung

Offenbach hat ein Bildungsbüro mit umfassender und individueller Bildungsberatung. Dies wird noch nicht ausreichend angenommen. Hierfür muss – auch bei Abgängern von Bildungseinrichtungen – verstärkt geworben werden. Ob es um die persönliche Weiterentwicklung, das Nachholen von Schulabschlüssen, den Erwerb einzelner Qualifikationen für die berufliche Weiterentwicklung oder das Erlernen neuer Berufe geht, hier kann in enger Zusammenarbeit mit VHS, den Trägern beruflicher Bildung und Berufsakademien der weitere Bildungsweg gefunden werden.

Die Zeit, in der Menschen lebenslang nur einen Beruf ausübten – manchmal sogar bei einem Arbeitgeber – ist weitgehend vorbei. Künftig wird es für die meisten selbstverständlich werden, sich beruflich durch Erwerb neuer Qualifikationen mehrmals zu verändern, also lebenslang zu lernen. Dafür muss Bildungsberatung die richtigen Wege zu den Weiterbildungseinrichtungen und Fördermöglichkeiten aufzeigen. Auch für die viel zu hohe

Zahl an funktionalen Analphabeten und Jugendlichen ohne Schulabschluss in unserer Gesellschaft müssen die Wege geebnet werden.

Ganztägige Schule mit Qualität

Der Bedarf an Ganztagsplätzen an unseren Schulen wächst kontinuierlich. Hier kommen wir viel zu langsam voran, sind sogar stellenweise zurückgefallen. Nicht alle Eltern wünschen dieses Angebot, doch wer es wünscht, soll es anwählen können. Viele sind darauf angewiesen. Und für viele Kinder in unserer Stadt ist das Angebot auch entscheidend für den Bildungserfolg.

Es zählt aber nicht nur Quantität, sondern vor allem Qualität. „Betreuung“ kann nur eine Vorstufe sein. Wir brauchen den pädagogisch vernünftig gestalteten Tag – und zwar schnell. Dazu müssen viel stärker als bisher beispielsweise Sportvereine, Musik- und Jugendkunstschule mit ihren Angeboten in einen rhythmisierten Schultag integriert werden. Wir wollen, dass die ein- oder zweizügige Einrichtung von Ganztagsklassen an möglichst allen Schulen verwirklicht wird. Damit wird die Wahlfreiheit zwischen Halbtags- und Ganztagschule realisiert. Die Personalzuweisung des Landes hierfür geht weiterhin viel zu langsam voran. Deshalb muss die Schaffung von Ganztagsklassen durch Zusammenarbeit von Stadt und Staat – mit Ansiedlung von Hortplätzen und Integration in den Schulbetrieb – wieder Fahrt aufnehmen. Sind die Voraussetzungen für Räume, Ausstattung und Verpflegung noch nicht ausreichend, müssen diese im Sanierungsprogramm der Stadt als Einzelmaßnahmen notfalls vorgezogen werden.

Mehrsprachige Schulen und Schwerpunktschulen

In der globalisierten Welt wählen immer mehr Eltern für ihre Kinder einen mehrsprachigen Unterricht – beispielsweise in deutscher und englischer Sprache – von Anfang an. Mit der privaten Erasmusschule gibt es in Offenbach ein erstes Angebot. Wir wollen ein solches auch an einer staatlichen Schule – der neuen Hafenschule – schaffen und allen Interessenten zugänglich machen. Es muss aber auch Anschlüsse an weiterführenden Schulen in Offenbach geben.

Besondere Schwerpunkte an Schulen – beispielsweise Musik an der Mathildenschule – erhöhen die Attraktivität des Bildungsangebotes nicht nur an der jeweiligen Schule, sondern für die ganze Stadt. Sie schaffen Vielfalt. Es muss sichergestellt werden, dass solche Schulen von allen ausgewählt werden können.

Schulfreiheit und Wahlfreiheit

Kinder sind verschieden, Schulen auch. Das ist gut so und soll auch so bleiben. Wir wollen die Vielfalt der Schulformen und der Schulprofile. Und die Wahlfreiheit. Das Angebot an Schulformen in Offenbach ist ausgewogen, aber nicht jede Schule kann im Wettbewerb um Schüler immer mithalten. Dort muss bei der Weiterentwicklung geholfen werden.

Gymnasien werden derzeit stark nachgefragt. Anders als in Frankfurt müssen Offenbachs Gymnasien keine Schüler abweisen, weil sie in der Amtszeit des FDP-Bildungsdezernenten

vorausschauend erweitert wurden. Auch in Zukunft muss der Bedarf stets neu ermittelt und fortgeschrieben werden. Damit eine Situation wie in Frankfurt erst gar nicht entsteht.

Förderung der deutschen Sprache und Herkunftssprachen

Für den Schul- und Berufserfolg ist die Beherrschung der deutschen Sprache Voraussetzung. Die Sprachförderung in Deutsch muss deshalb mit geeigneten Programmen über Kitas und Schulen bis zu den Angeboten für Erwachsene bei VHS und anderen Trägern in Zukunft weiter ausgebaut werden, denn der Bedarf wird weiter deutlich zunehmen. Neben den Pflichtkursen brauchen wir auch die freiwilligen Angebote wie z.B. „Mama lernt Deutsch“ auf Dauer. Das erfolgreiche Projekt „Deutschsommer“ für Grundschüler mit Intensivtraining in Sprachferien muss finanziell dauerhaft abgesichert werden

Die Sprachen aus den Herkunftsländern der Migranten sind aber auch eine Chance auf dem internationalen Arbeitsmarkt der Region. Kinder, die zu Hause zweisprachig aufwachsen, sollten die Herkunftssprache in der Schule entwickeln können. Kompetenzen in der Herkunftssprache sollten bei Erwachsenen in größerem Umfang als bisher erhoben und für Bewerbungen bescheinigt sowie Kursangebote zur Vertiefung angeboten werden.

Der Offenbacher Brückenschlag

Die Kommune muss sich nicht nur auf Organisation und Ausstattung von Bildung beschränken. Sie kann auch Schule inhaltlich mitgestalten. Schon bisher geschieht dies beispielsweise mit dem „Offenbacher Brückenschlag“, einem Kunstprojekt, das wir dauerhaft sichern wollen. Künstler wirken in den Schulen, gestalten kreativ mit den Schülerinnen und Schülern und stellen anschließend die Produkte aus oder führen sie vor.

Wir wollen den Brückenschlag um ein Projekt erweitern, das die Brücke der Schule zu Offenbach als unserer gemeinsamen Heimat schlägt, zu den äußeren Orten und inneren Werten. Kinder können so zu kleinen „Stadtteilmforschern“ werden und Menschen begegnen, die sich für unsere Stadtgesellschaft engagieren. Wir wollen so unterstützend dazu beitragen, die Stadt, ihre Geschichte und die für unser Zusammenleben zentralen Werte von Mitmenschlichkeit, Toleranz, Offenheit, Gemeinsinn, Freiheit und Demokratie besser kennenzulernen.

Frühkindliche Bildung – in der Kita fängt es an

Kindertagesstätten in Offenbach, ob in freier oder städtischer Trägerschaft, haben meist gute Konzepte für frühkindliche Bildung und Sprachförderung. Aber oftmals nicht genug Personal, um diese immer umzusetzen. Wir müssen verstärkt mit Anreizen um Erzieherinnen und Erzieher für Offenbach werben. Und einen zunehmend anspruchsvolleren Beruf weiter aufwerten. Nur so können Sprachentwicklung, musisch-künstlerisches Talent und mathematisch-naturwissenschaftliches Interesse in den Kitas frühzeitig gefördert werden. Gerade in der Sprachförderung kommt den ersten 4 Lebensjahren die größte Bedeutung zu.

Die Stadt muss sich darauf einstellen, dass der Kita-Bedarf vor allem für Kinder unter 3 Jahren anwachsen wird und zusätzliche Plätze geschaffen werden müssen, um den Rechtsanspruch zu erfüllen. Immer mehr Eltern sind zudem auf flexiblere und erweiterte

Öffnungszeiten angewiesen, weil auch das Berufsleben zeitlich immer mehr Flexibilität erfordert.

Inklusive Schule

Der gemeinsame Schulbesuch von Behinderten und Nichtbehinderten, die sogenannte Inklusion, soll dort realisiert werden, wo es der zum Wohl des Kindes ausgeübte Elternwille ermöglicht. Voraussetzung ist die Verfügbarkeit gut ausgebildeter Förderschullehrer und die Ausstattung der Regelschulen, die auch von den finanziellen Möglichkeiten des Landes und der Stadt Offenbach abhängen.

Die Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die an Regelschulen unterrichtet werden, sollte behutsam erhöht werden. Es wäre ein Fehler, wenn man die Förderschulen für körperlich und geistig Behinderte, für sinnesgeschädigte Kinder oder solche mit einem anderen Förderbedarf ganz ersetzen will, denn viele Eltern wissen es zu schätzen, dass dort hervorragend auf die speziellen Bedürfnisse ihrer Kinder eingegangen werden kann. Es ist kein Makel, sein Kind in eine gute Förderschule zu schicken. Auch diese Schüler sind nicht aus der Gesellschaft ausgeschlossen und haben ein Recht auf beste Bildung.

Dafür müssen wir uns bei Bund und Land starkmachen:

Bildung gesamtstaatlich finanzieren

Beste Bildung braucht nicht nur mehr Geld, aber auch! In Bildung müssen deutlich mehr Mittel fließen als bisher, die Finanzierung zur gesamtstaatlichen Aufgabe werden – mit höchster Priorität. Also auch für den Bund. Und in einer Zeit großer Mobilität und Fluktuation der Wohnorte für Familien brauchen wir auch vergleichbare Bildungsstandards und Abschlüsse bundesweit.

Selbstständige Schulen

Die einzelnen Schulen wissen oftmals selbst am besten, was vor Ort gebraucht wird und können schneller als die übergeordnete Schulbürokratie auf veränderte Anforderungen reagieren. Deshalb brauchen wir möglichst viel Entscheidungsfreiheit und Verantwortung für die Schulen selbst. Für Budget und Personal. Das fördert auch gesunden Wettbewerb. Ansätze hierzu gibt es, die aber ausgebaut und vorangebracht werden müssen, durch erweiterte rechtliche Grundlagen und personelle Ausstattung.

Weltbeste Lehrer für weltbeste Bildung

Viel hängt von der Qualität der Pädagogen ab. Auswahl, Ausbildung und Weiterbildung, berufliche Karrieremöglichkeiten, leistungs- und verantwortungsbezogene Bezahlung sowie das Dienstrecht – vieles muss hier reformiert werden. Wo besondere Aufgaben zu bewältigen sind, beispielsweise in Städten mit großen Integrationsaufgaben, muss die Lehrerversorgung überdurchschnittlich ausfallen. Diesen sogenannten „Sozialstrukturindex“ hat die FDP in Hessen schon eingeführt, jetzt muss er – auch bei der Finanzierung der Kitas – weiter ausgebaut werden.

C. Integration aktiv gestalten

Etwa die Hälfte der Offenbacher Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund. Schon seit Jahrzehnten erlebt unsere Stadt Einwanderung aus unterschiedlichsten Ländern und unterschiedlichsten Anlässen. Dabei konnten in Offenbach viele Erfahrungen gesammelt werden. Es gibt viele Beispiele für gelungene Integration in unsere Stadtgesellschaft, aber auch solche für anhaltende Probleme und Parallelgesellschaften. Wir wollen eine Stadt, in der die Menschen nicht nebeneinander, sondern miteinander leben und das Gemeinwesen auch gemeinsam gestalten. Und in der alle Menschen ihre Chancen ergreifen können. Deshalb ist aktive Integration so wichtig. Mit einer aktiven Integrationspolitik.

Bildung als Schlüssel

Der Schlüssel für gelingende Integration ist Bildung in unseren gemeinsamen Bildungseinrichtungen. Je früher im Leben, desto besser. Hier wird die deutsche Sprache erlernt, unser politisches System und ihre Institutionen, die freiheitlichen Werte unserer demokratischen Verfassung sowie Qualifikationen für ein eigenständiges Berufsleben vermittelt. Und hier kommen die Menschen fast täglich zusammen, lernen sich kennen und entwickeln sich gemeinsam – gerade in Kitas und Schulen. Für die frühkindliche Bildung streben wir kostenfreie Kitas an – finanziert durch das Land.

Wichtig sind an den Kitas und den Schulen ausreichend Sprachförderprogramme, vor allem für „Seiteneinsteiger“. Diese nehmen – sei es durch Flüchtlinge oder durch Einwanderung aus den EU-Ländern Südosteuropas – erheblich zu. Darauf muss sich die Stadt einstellen. Neuankömmlinge sollten automatisch über alle Sprachkurse informiert werden. Neben den regulären Kursangeboten sind auch die ergänzenden Programme wie „Mama lernt Deutsch“ dauerhaft notwendig und niederschwellig in der näheren Wohnumgebung an Kitas und Grundschulen anzubieten. Um alle Angebote besser zu kommunizieren, müssen wir die Migrantenvereine und religiösen Einrichtungen einbeziehen. Wichtig ist die möglichst frühzeitige Elterninformation über unser Bildungssystem, die nicht nur durch Infomaterial, sondern auch auf mehrsprachigen Veranstaltungen erfolgen sollte. Solange gebundene Ganztagsklassen noch Mangelware sind, brauchen wir den verstärkten Einsatz von Hausaufgabenhilfen und Paten am Nachmittag, beim Übergang in den Beruf sind Ausbildungslotsen wichtig. Den Weg zu Jugendkunst- und Musikschule, zu Stadtbücherei, VHS sowie zu unsern Kultureinrichtungen wollen wir verstärkt ebnen.

Beteiligung und Bestandsaufnahme

Städtische Integrationsinitiativen und Projekte müssen die Situation und die Sicht der Migranten einbeziehen. Deshalb brauchen wir eine stärkere politische Beteiligung und das Wissen dieser Hälfte unserer Bevölkerung in den Gremien der Stadt. Bisher sind sie weit unterrepräsentiert. Wir wollen die zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit intensivieren und für die politische Mitarbeit werben. Der Ausländerbeirat wird zwar nur noch mit sehr geringer Wahlbeteiligung bestimmt, dennoch ist er immer noch das Verbindungselement zu aktiven Gruppen, Kultur- und Religionsvereinigungen und zu Elternvertretern. Auch als echter Vermittler bei Konflikten und Kommunikationsdefiziten kann er helfen. Deshalb wollen wir ihn wieder stärken. Wir brauchen mindestens zweijährig einen aussagefähigen Integrationsbericht, der ämterübergreifend die verschiedenen Integrationsprojekte evaluiert

und aktuelle Entwicklungen benennt. Wir wünschen uns zudem Zielvereinbarungen mit allen Akteuren. Den Anteil von Migranten in der städtischen Verwaltung wollen wir erhöhen und hierfür spezielle Mentoringprojekte auflegen.

Fördern und fordern

Aktive Integrationspolitik muss vielfältig fördern, aber auch Integrationsbereitschaft fordern. Dabei geht es sowohl um die Annahme der Angebote als auch um Kenntnis und Einhaltung von Regeln, die nicht nur allgemein in unserer Gesellschaft, sondern auch speziell in unserer Stadt gelten.

Neben den zu Integrationskursen verpflichteten Mitbürgern sollten auch möglichst viele freiwillig einen Integrationskurs besuchen. Dafür wollen wir gezielt werben. Viele haben – bei geringer Eigenbeteiligung – einen Anspruch darauf. Über unsere städtischen Satzungen und Ordnungsbestimmungen muss viel offensiver informiert werden. Kommunikation ist aufgrund der hohen Fluktuation eine Daueraufgabe. Wichtige Bestimmungen könnten schon bei der Anmeldung im Bürgerbüro – auch mehrsprachig – ausgehändigt werden. Auch sollte dabei mit Vereinen, Verbänden, Religionsgemeinschaften, Stadtteilbüros und Jugendtreffs als Multiplikatoren zusammengearbeitet werden.

Landsmannschaftliche Kultur- und Sportvereine sehen wir positiv. Sie stehen nicht – wie manche meinen – im Widerspruch zu Integration, sondern dienen gerade Neuankommenden und neuen Gruppen als erste Orientierungsstelle. Für die Stadt sind sie Integrationspartner. Deshalb wollen wir sie weiter fördern. Die Erfahrung zeigt, dass Migranten, die lange hier sind, gerade beim Sport den Weg in die Offenbacher Traditionsvereine finden. Die gemeinsamen Feste – das Fest der Nationen und das Mainuferfest – sind Orte der Begegnung und sollten beibehalten werden. Das schließt konzeptionelle Weiterentwicklungen nicht aus.

Als Anlauf-, Beratungs- und Unterstützungsstelle haben sich die Stadtteilbüros bewährt, die wir erhalten und ausbauen wollen. Hier begegnet sich auch die Nachbarschaft im Quartier. Integration im Stadtteil kann erleichtert werden, wenn Wohnquartiere eine gute Mischung aufweisen. Deshalb wollen wir mit den Wohnbaugesellschaften nach Frankfurter Vorbild eine Vereinbarung über die gut durchmischte Belegung der Wohnungen erreichen. Wir wollen den interreligiösen Dialog in unserer Stadt unterstützen. Derzeit wird dieser sowohl durch Veranstaltungen in den jährlichen Integrationswochen als auch durch die Tage der „Offenen Moscheen“ angestrebt. Die hessische FDP hat den deutschsprachigen, islamischen Religionsunterricht durch staatliche Lehrkräfte durchgesetzt, der an wesentlich mehr Offenbacher Schulen stattfinden müsste.

Aktuelle Flüchtlingssituation

Die Aufnahme von politisch, religiös oder ethnisch Verfolgten und auch von Kriegsflüchtlingen ist für uns Freie Demokraten ethische Pflicht. Allerdings muss die Aufnahme wieder in geregelten und rechtsstaatlichen Bahnen erfolgen. Auch ist der Aufenthalt in unserem Land bei Kriegsflüchtlingen – genauso wie vor 25 Jahren bei den Kriegsflüchtlingen vom Balkan – auf die Zeit der Kriegssituation begrenzt und darf nicht mit

allgemeiner Einwanderung verwechselt werden. Diese könnte nur nach Kriterien eines Einwanderungsgesetzes erfolgen, das die Liberalen seit langem vehement fordern.

Derzeit stellt Offenbach Erstaufnahmeeinrichtungen zur Verfügung, dauerhafte Zuweisungen gab es aufgrund der schon hier lebenden Flüchtlinge nicht. Die Stadt muss sich aber darauf einstellen, dass Zuweisungen ab 2017 erfolgen werden. Sowohl an Kitas als auch den Schulen werden dann zusätzliche Plätze benötigt, ebenso sind Wohnungen erforderlich. Eine vorausschauende Planung ist hier dringend geboten. Aufgrund des zeitlichen Vorlaufs ist diese – anders als in anderen Kommunen – auch möglich.

IV. Gutes Leben in der Stadt

Wohnen, Mobilität und Natur gehören zu einer Stadt, in der wir uns gut fühlen.

A. Analyse und Ziele

Die Stadt als Organisationsform des Lebens hat Zukunft, sie bildet ein lebendiges Netzwerk. Der Trend zur Urbanisierung ist auch unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit sinnvoll. Dabei hat Offenbach aufgrund seiner Entwicklung im Rhein-Main-Gebiet beste Chancen von diesem Trend zu profitieren, wenn die Weichen von politischer Seite entsprechend gestellt werden. Gerade Offenbach als Stadt mit bescheidenen finanziellen Ressourcen sollte ihre Mittel so einsetzen, dass sie eine größtmögliche Wirkung erzielen und sogar in der Lage sind, neue Investitionen von Privaten anzustoßen, also Multiplikatorwirkung entfalten. Daher setzen wir für die Entwicklung der Stadt auf sichtbare Projekte, die den öffentlichen Raum sichtbar aufwerten und dort heilen, wo die städtebaulichen Mängel am gravierendsten und zugleich am sichtbarsten sind.

Die Attraktivität eines Standorts wird vor allem an der Attraktivität ihres Kernbereichs gemessen. Die Innenstadt ist ein Identifikationskern für die gesamte Stadt und die Region. In Offenbach waren in der Vergangenheit Problemlagen zu einem nicht unbeachtlichen Teil direkt um den engsten Kernbereich der Innenstadt gruppiert, was das Image der Stadt über Gebühr negativ beeinflusst hat. Der Schlüssel der Stadtentwicklung liegt also in der Revitalisierung der Innenstadt.

Wir entwickeln Offenbach aus seinem innerstädtischen Kern heraus und schaffen damit nachhaltig eine Positivspirale. Die von den Bürgern gut angenommenen Veränderungen wie der Wilhelmsplatz, ein Projekt der FDP, und von uns noch zusätzlich angeregten Änderungen, sollen die Kunden aus der Region und die Offenbacher Bürger verstärkt zum Einkaufen in Offenbach bewegen. Wir wollen den Trend verstetigen, dass die Region positiv über die Veränderungen in der Innenstadt spricht. Dadurch entwickeln wir die Stadt noch stärker zum Zentrum der Region und festigen die Oberzentrumsfunktion. Unsere Strategie:

Die Qualität des Standorts steigern

Wir steigern die Qualität des Standortes, indem wir die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt erhöhen, durch zeitgemäße Plätze und attraktive Parks ein großstädtisches Ambiente schaffen, das ein umfangreiches und qualitativ ansprechendes Warensortiment sowie gute Gastronomie anzieht. Wir feilen gemeinsam mit den Einzelhändlern und Verbänden am Image der Stadt.

Wir gehen durch eine präventive Wirtschaftsförderung, ein optimiertes Leerstandsmanagement und mit baurechtlichen sowie steuerlichen Mitteln massiv gegen unerwünschte Nutzungen vor – etwa mit einem Bebauungsplan, der unerwünschte Nutzungen, auch 1 Euro-Shops, ausschließt (s.u.).

Wir fördern gepflegte Wohnquartiere im Innenstadtbereich. Denn eine attraktive City, die man gerne aufsucht, ist auch ein gutes Wohnumfeld. Innerstädtische Einkaufszentren stehen nicht auf der grünen Wiese, sondern sind in ein solches Wohnumfeld eingebunden. Dieses muss in Offenbach durch qualitativ hochwertige Lückenschlüsse und besondere Programme (s.u.) weiter aufgewertet werden: Damit sich Bewohner und Besucher der Innenstadt wohl fühlen. Wir erkennen Urbanität damit als Tugend der Zeit und verschlafen diesen Trend nicht.

Wir nehmen uns besonders der Problemviertel an. Unsere Strategie setzt darauf, das innenstadtnahe Nordend von Hafen und Westend „in die Zange zu nehmen“. Das Nordend, das Mathildenviertel (östliche Innenstadt) sowie die südliche Innenstadt stärken wir durch ein gezieltes Maßnahmenbündel von innen her, fördern dort Kreativwirtschaft und studentisches Wohnen.

Auch wenn die Innenstadt den größten Nachholbedarf hat, liegen uns die Stadtteile am Herzen. Die Identität der Stadtteile stärken wir durch gezielte Maßnahmen für dortige Parks und Plätze – wir setzen dabei auf die Einbeziehung der aktiven Vereine und Bürger. Denn Identifikation kommt vom Mitmachen und Mitbestimmen.

Eine erfolgreiche Stadtentwicklung setzt zudem auf die Stärkung der weichen Standortfaktoren und Freizeit (s.u.), die wir weiter stärken wollen.

Wir engagieren uns gegen Fluglärm und andere Lärmquellen. Damit Bürger sich wohlfühlen.

Das Leitbild der Stadt der kurzen Wege

Die FDP will die Botschaft der „Stadt der kurzen Wege“ reanimieren und weiter die Stärken der einzelnen Verkehrsträger fördern, damit die Bürger der Stadt mobil, die Stadt lebenswert und der Einzelhandel am Leben bleibt. Mobilität muss für alle bezahlbar bleiben. Wir wehren uns gegen eine modische und politisch motivierte Stigmatisierung des Autoverkehrs und den Versuch, Autoverkehre gar nicht in die Innenstadt kommen zu lassen. Große und viele Kofferräume ermöglichen auch große und viele Einkäufe. Die gute Anfahrbarkeit der Innenstadt bleibt ein eminenter Standortvorteil Offenbachs.

Alle verkehrspolitischen Maßnahmen müssen das Ziel im Auge haben, die Einkaufsstadt Offenbach zu stärken. Änderungen der Verkehrsbeziehungen im sensiblen Bereich der City sind allerdings behutsam und gut überlegt vorzunehmen – manch gut gemeinte Idee vom grünen Tisch kann von den Kunden allzu schnell als verkehrspolitischer Amoklauf empfunden werden. Wenn die Stadt auf diese Weise zusätzlich potenzielle Kunden verschreckt, dauert ihre Rückgewinnung sehr lange. Denn positive Entwicklungen benötigen verhältnismäßig viel Zeit, bis sie sich im Umland herumgesprochen haben.

Um die Offenbacher City als Einkaufs- und Aufenthaltsort attraktiver zu machen, wollen wir sie daher noch stärker als Stadt der kurzen Wege profilieren und die gute Erreichbarkeit der City weiterentwickeln. Diese steht nicht im Gegensatz, sondern ergänzt die Maßnahmen zum Wohlfühlklima in der Innenstadt durch Verschönerung des Wilhelmsplatzes, des Marktplatzes und anderer Orte. Die Innenstadt braucht einen gesunden Mix von Zonen der

Ruhe und von Orte des Lebens. Die Schaffung, Sicherung und Weiterentwicklung funktionsfähiger öffentlicher Räume ist ein wesentliches Element zur Bewahrung der Oberzentrumsfunktion der Stadt und damit auch ein Beitrag zur Bewahrung des Systemgedankens der lebendigen „europäischen“ Stadt (im Gegensatz zur amerikanischen Konzeption der Städte).

B. Was wir anpacken wollen

Masterplan umsetzen

Die FDP hat aus der Opposition heraus die Erstellung eines Masterplans zur Entwicklung der Stadt durchgesetzt. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die Inhalte auch mit aller Kraft umgesetzt werden und nicht den politischen Einzelinteressen zum Opfer fallen.

Hier geht mehr als leer – nur billig ist nicht genug:

Abwärtsspirale der Innenstadt stoppen – Offenbacher Plätze schöner gestalten

Wir wollen einen Bebauungsplan für die Kernstadt nach Mannheimer Vorbild, der die Ansiedlung von Postenwarenhops (1-Euro-Läden), Wettbüros und Call-Shops mit dem Argument befürchteter Trading-Down-Effekte und damit den Qualitätswettbewerb reguliert. Wir wollen eine Gestaltungssatzung für die Innenstadt erlassen, die den Fassadenwildwuchs und Werbeschilder an Außenfassaden begrenzt. In Verbindung mit einem Stopp der „Ramschaulagen“ werden dadurch Anreize zur Sanierung der Fassaden geschaffen. Die Geschäfte sollen auf alle Formen von Kundenstoppem im Kernbereich verzichten und damit den Schaufenstern als eigentlichen Auslagen der Geschäfte wieder eine höhere Priorität zubilligen.

Um den Einkaufsstandort zu fördern sind bestimmte Zonen der Innenstadt von der Stadtplanung gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung gezielt zu entwickeln. Die Plätze der Stadt sollen gestalterisch differenziert werden und in ihren Funktionen unterschiedlich akzentuiert werden (Außengastronomie, Märkte, Raum für Kunst und Kultur, etc.). Auch hier hat der Masterplan gute Ansätze erarbeitet.

Wir begrüßen den Umbau des Marktplatz, vor allem das Ziel, ihn bis zum Wilhelmsplatz durch bauliche Maßnahmen attraktiver zu gestalten, um die Trennwirkung zwischen den Einkaufswelten westlich und östlich des Marktplatzes zu mindern und ihn zum beiderseitigen Nutzen näher an den Wilhelmsplatz zu rücken. Eine Sperrung des Marktplatzes oder der Waldstraße für den Autoverkehr lehnen die Liberalen aber ab (s.u.). Für den neuen Marktplatz regen wir an, eine Rekonstruktion des historischen Uhrtürmchens einzubinden als Zitat aus der Vergangenheit.

Ludwigstraße und Goetheplatz wollen wir stärker in das urbane Umfeld integrieren und letzteren auch via Wirtschaftsförderung versuchen, gastronomisch aufzuwerten. Auch sollte die Kaiserstraße zwischen Frankfurter Straße und Geleitstraße zu einem Ort qualitativ hochwertigen Einzelhandels entwickelt werden. Dies ist durch eine Verschönerung dieses Areals zu unterstützen. Der Aliceplatz sollte sukzessive durch Gastronomie belebt werden.

Den aus seinem Dornröschenschlaf erwachten Aliceplatz wünschen wir uns als starken Verknüpfungspunkt zwischen KOMM und Frankfurter Straße. Dies soll durch geeignetes Mobiliar und eine Positionierung als gastronomische Fläche sowie durch gezielte Feste begleitet werden. Der Aliceplatz kann neben dem Wilhelmsplatz zur zweiten gastronomischen Zone werden. Der Platz kann das – vor allem im Zusammenspiel mit dem dann neu gestalteten Stadthof.

Gemeinsam mit Besitzern und Investoren der beiden Gebäude City-Center/Toys-`r-Us-Gebäude ist eine Optimierung der Situation anzustreben. So wäre für den diesen Bereich im Zusammenhang mit dem Marktplatzumbau ein „Wettbewerblicher Dialog“ denkbar. Eine Verbesserung der Situation wäre gerade für die östliche City wichtig. Sie braucht ein optisch verschönertes Entré – etwa ein modernisiertes Spezialkaufhaus mit entsprechendem Parkraum – um die optische Situation zu verbessern und relevante Käuferströme in diesen Bereich zu ziehen.

Gemäß dem Konzept der „Aktiven Innenstadt“ wollen wir in Offenbachs City eine dichte, vielfältige und qualitativ anspruchsvolle Gastronomieszene mit Magnetwirkung auf die Region weiter verwirklichen. Zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität wollen wir für die Innenstadt die Umsetzung eines Lichtkonzepts und eine einheitliche Stadtmöblierung. Den Wilhelmsplatz führen wir am südlichen Teil (Bleichstraße), wie auch von der Gastronomie gewünscht und stadtplanerisch sinnvoll, via verkehrsberuhigter Geschäftsbereich an die südliche Bebauung heran, wie es schon westlich und östlich des Platzes der Fall ist.

Wir wollen, dass die Stadtpolitik im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Immobilieneigentümern hilft, größere Verkaufsflächen (Modulflächen) dem Markt zur Verfügung zu stellen, damit Kundenmagneten wie P+C oder ähnliche Anbieter wieder gewonnen werden können.

Die Wirtschaftsförderung sollte versuchen, zentrale Leerstände an anspruchsvolle kleine Frankfurter Läden zu vermieten, die sich Frankfurt nicht mehr leisten können. In einer Kraftanstrengung sollte gemeinsam mit den großen Ketten ein „Pakt für die Innenstadt geschlossen werden“, verstärkt auch ihr A-Sortiment anzubieten, um ein neues kaufkräftiges Klientel wieder anzuziehen. (s. Kapitel „Firmen willkommen heißen“).

Wir verbessern die Qualität der Feste, indem wir die Standards weiter erhöhen und auch das Potential des neu gestalteten Wilhelmsplatzes nutzen. Wir wollen einen Kümmerer, der die Einhaltung von Normen im engeren City-Bereich umfasst. Wir fördern Sicherheit und Ordnung in unserer Stadt, indem wir einen ehrenamtlichen Ordnungsdienst (bekannt geworden durch den Titel freiwilliger Polizeidienst) einführen, der einfache Ordnungsaufgaben abnimmt.

Wir wollen an vier Sonntagen im Jahr einen verkaufsoffenen Sonntag in der Innenstadt. Damit dieser möglichst nicht in Konflikt mit den verkaufsoffenen Sonntagen in den Stadtteilen gerät, ist das hessische Ladenöffnungsgesetz so zu ändern, dass auch die

Stadtteile eine eigene 4-Sonntagsregelung erhalten. Der sinnfreie Zwang zur Verbindung mit stattfindenden Veranstaltungen sollte entfallen.

Lebensumfeld Innenstadt stärken

Wir wollen für das Nordend einen Pakt mit den großen Wohnbaugesellschaften zur Aufwertung des Quartiers und zum „Facelift“ der teilweise sehr ansprechenden, aber nicht ausreichend gepflegten Bausubstanz. Auch für diesen Bereich sollte ähnlich wie für die Innenstadt ein Fassadensanierungsprogramm aufgelegt werden.

Auch in den Seitenstraßen der Innenstadt können gezielt eingesetzte Spielstraßen zu einer höheren Wohnqualität und einem höheren Wohnniveau beitragen.

Trotz erheblicher Anstrengungen zur Aufwertung der Grünflächen (z.B. Martin-Luther-Park) bedürfen einige Anlagen an verschiedenen Stellen einer verstärkten Unterhaltung. Im Dreieich-Park betrifft dies u.a. den vielgenutzten Hauptweg, der dringend auszubessern ist. Daneben muss in den Parks der Rückschnitt so erfolgen, dass die kleinen Denkmäler, Teichanlagen und Sichtachsen besser zur Geltung kommen. Der Park am Starckenburgring bedarf einer Grundsanierung. Der Park mit dem „Glacisweiher“, einst als „Stadtpark“ oder „Schwanenanlage“ bezeichnet, sollte weiter das Prinzip der natürlichen Landschaft widerspiegeln.

Aufgrund der hohen Pflegekosten (mit die höchsten in ganz Hessen!) sollte bei Umgestaltungen auch immer ein Blick auf die Folgekosten geworfen werden und möglichst ansehnliche und pflegeleichte Flächen geschaffen werden, die leicht einsehbar sind und damit auch weniger vermüllen.

Wir würden eine Rekonstruktion der historischen Wetterstation auf dem Damm im Rahmen der Förderung der Regionalparkroute befürworten.

Vielfältige und qualitativ hochwertige Stadtfeste gehören zu einer belebten Innenstadt. Hier sind die Anforderungen an bestehende Feste sukzessive zu erhöhen. Der Wettbewerbsdruck ist aufrechtzuerhalten und ggf. zu verstärken. Der Weihnachtsmarkt hat sich von seinem Aussehen in den letzten Jahren verbessert. Langfristig ist hier aber die Standortfrage zu klären.

Am neuen Wilhelmsplatz sind – etwa gemeinsam mit Gastronomen und Vereinen – verstärkt kurze Feste zu initiieren, die nicht mit dem Marktbetrieb in Konflikt stehen und zum Platz passen.

Offenbachs Staus beginnen im Rathaus

Es ist eine Verkehrsmarketingstrategie zu entwickeln, die Offenbach als gut erreichbare Stadt der kurzen Wege, mit flüssigem Verkehr und vielen Parkplätzen positioniert. Dazu sind Multiplikatoren im gesellschaftlichen Bereich nach Heilbronner Vorbild zu gewinnen. Die Erreichbarkeit der City ist zu sichern.

Wir wollen von Stadtplanern geschaffene künstliche Staus soweit möglich zurückführen. So wollen wir eine Überprüfung der Ampelschaltungen auf den Zufahrtsstraßen zur Innenstadt (etwa auf der Berliner Straße ab Kaiserlei). Sie schrecken Kunden ab.

Natürlich brechen Kreuzungen mit sehr hohem Verkehrsaufkommen, z.B. Berliner Straße/Kaiser Straße eine grüne Welle. Von diesen Kreuzungen aus sollte allerdings in beide Richtungen ein möglichst flüssiger Verkehr gewährleistet werden – auch auf der Berliner Straße! Hinter dem Kreisel vor der Kaiserstraße verhindern künstliche Verbreiterung des Fußgängerbereichs sowie Fahrbahnmarkierungen und Verkehrsinseln ein frühzeitiges Einfädeln auf die Rechts- und die Linksabbiegerspur. Ampelschaltungen bedürfen einer grundlegenden Überprüfung mit dem Ziel einer wirklichen grünen Welle ohne Staus und ständige Stockungen.

Es ist zudem anzustreben, stadtweit die Anzahl der Ampeln zu reduzieren. Auch hier sprechen sich die Liberalen für eine Überprüfung mithilfe des Sachverständigen der Verkehrsorganisationen aus. Die FDP erwartet, dass alle Möglichkeiten des neuen Verkehrsrechners genutzt werden, um den Verkehr flüssiger zu gestalten und die Ampelphasen nach dem realen Verkehrsfluss zu steuern.

Eine Sperrung der Waldstraße zwischen „PAMPassage“ und „Kleider-Frei“ und die Umwandlung in eine Einbahnstraße lehnen die Liberalen ab. Eine solche Maßnahme wäre auch ein Treppenwitz, nachdem wir die Bismarckstraße in beide Richtungen geöffnet und Mobilitätshürden in der City abgebaut haben. Ein attraktiver von allen Verkehrsteilnehmern genutzter Marktplatz benötigt einen Umbau und eine Aufpflasterung, aber keine komplette Sperrung der genannten Passage. Die Radikalvariante ist nicht immer die beste Lösung. Umwege erhöhen zudem die Umweltbelastung.

Die FDP will, dass nach Vorbild der Stadt Heilbronn zusätzliche „Grüne Pfeile“ im Stadtgebiet von Offenbach an geeigneten ampelgesteuerten Kreuzungen angebracht werden und damit der Verkehrsfluss im Stadtgebiet weiter optimiert wird. Es ist nicht überzeugend, dass in Heilbronn 50 Prozent aller Ampeln mit grünen Pfeil versehen sind und in Offenbach nur rund 10 Prozent.

Die FDP regt ein Forum an, bei dem auch die Erfahrungen der Verkehrsplaner aus Heilbronn genutzt werden, um den Straßenverkehr flüssiger zu gestalten.

Tempo 30 auf Hauptstraßen lehnen die Freien Demokraten ab.

Fahrradfahren weiter fördern

Die FDP will den Fahrradverkehr fördern. Dazu sollen die Busspuren möglichst generell, zumindest aber an der Bieberer Straße, der Waldstraße und Mülheimer Straße für den Fahrradverkehr freigegeben werden. Weiterhin sind Fahrradwege z.B. am Bieberer Berg zu ergänzen, wenn damit der Autoverkehr auf den Hauptachsen nicht behindert wird. So schließen wir die Lücken im Radwegenetz – mit diesem Maßnahmenpaket entsteht ein echtes Fahrradwegenetz – auch in Nord-Süd-Richtung, so dass etwa auch die (während der Öffnungszeiten) reine Fußgängerzone in der City weniger Fahrradverkehr anzieht.

Im Rahmen des Umbaus des Marktplatzes setzen wir auf einen gemeinsamen Raum von Fußgängern, Fahrradfahrern und Autos nach niederländischem Vorbild.

Konflikte vermeiden:

- Die FDP spricht sich gegen die Freigabe der Fußgängerzone während der Geschäftszeiten für Fahrräder aus, um Konflikte mit Fußgängern zu vermeiden.
- Wir setzen auf unechte Einbahnstraßen, auf denen Fahrradfahrer entgegen der eigentlichen Auto-Fahrtrichtung fahren dürfen und begrüßen, dass die Stadt hier endlich einen Schritt vorangegangen ist.
- Vor allem in Bieber und Bürgel sollte es mehr Fahrradabstellmöglichkeiten geben.
- Im Rahmen ohnehin notwendiger Sanierungen sollten Bordsteine abgesenkt bzw. die Absenkungen verbessert werden.

Günstiges Parken

Ziel der Stadtpolitik muss es sein, gerade in einer Zeit, in der die Innenstadt durch öffentliche und private Investitionen aufblüht und zum Flanieren einlädt, die Kunden durch sympathische, flankierende Maßnahmen in die City zu locken. Die Liberalen fordern daher die Einführung der „Brötchentaste“, also des kostenlosen Kurzzeitparkens, flächendeckend in der Innenstadt. Die Zeitdauer der Brötchentaste sollte auf 30 Minuten verlängert werden. Eine flächendeckende, zeitlich verlängerte Brötchentaste passt als nette Geste gegenüber den Kunden exzellent in eine Verkehrsmarketingstrategie und wird neue Kunden in die Innenstadt bringen. Der Strategie der Stadtverwaltung einer sukzessiven Verknappung der Parkplätze und ihrer Verteuerung lehnen wir ab. Wir wollen die Stellplatzablässe für zusätzliche Parkplätze verwendet sehen.

Durch die zusätzlichen Wohnbauten in der Innenstadt ist Parkraum weggefallen (z.B. Parkdeck Berliner Straße) und zusätzliche Nachfrage entstanden. Daher sollte etwa durch Umgestaltungen im Straßenraum neuer Parkraum gewonnen werden, etwa durch Schrägparken statt längs der Fahrtrichtung – dies kann vor allem in Wohngebieten zusätzlichen Parkraum schaffen, wenn die Straße breit genug ist (z.B. in Einbahnstraßen).

Die FDP hält Park & Ride (P&R) in Offenbach für eine wichtige Komponente einer vernünftigen Ergänzung der Verkehrsträger. Viel mehr Autofahrer würden auf die S-Bahn umsteigen, wenn sie eine Station schnell anfahren und ihren PKW dort parken könnten. Nach langem Drängen der FDP wurde 1996 an der S-Bahn-Station OF-Ost ein Park & Ride-Platz eingerichtet – mit großem Erfolg. Sinnvoll wären mehr Park & Ride Parkplätze vor allem im Bereich des Kaiserlei mit der gut erreichbaren S-Bahn-Station. Dazu ist mit privaten Grundstücksbesitzern über die Nutzung freier Flächen als P&R-Flächen bzw. der Mischnutzung von Flächen als Büro- und P&R-Parkhaus zu verhandeln. Im Rahmen des Umbaus des Kreisels sind an zentraler Stelle ebenfalls P&R-Möglichkeiten zu schaffen. Es soll ein regionales Konzept vorgelegt werden, das P&R enthält.

Wir wollen prüfen, ob zusätzlich Parkplätze oder P&R-Plätze im Bereich des ausgedünnten Busbahnhofs geschaffen werden können. Wir treten für ein Parkkosten-

Rückvergütungssystem für die ganze Innenstadt ein wie dies in Teilbereichen des Einkaufszentrum KOMM schon funktioniert.

Um Offenbach als Einkaufsstadt zu positionieren, muss das neue Parkleitsystem alle Parkhäuser umfassen und mittelfristig auch den Mainuferplatz. Daneben sollen zusätzliche dynamische Hinweisschilder des Leitsystems den Verkehr frühzeitig auf freie Parkmöglichkeiten hinweisen und nicht erst im zentralen Innenstadtbereich.

Die FDP regt kostenfreies Parken in der Innenstadt für besonders schadstoffarme und leise Autos, etwa auch Elektrofahrzeuge an. Dafür ist eine Plakette nach Klagenfurter Vorbild zu schaffen.

Wir wollen die Offenbacher Straßen weiter sukzessive sanieren. Nach der Sanierung von Schulen und Kindergärten wird dies das dritte große Sanierungsprogramm der Stadt. Denn wir wollen in Offenbach sparen, aber nicht Offenbach kaputtsparen.

Öffentlichen Nahverkehr attraktiv gestalten

Durch die wieder attraktivere Offenbacher Innenstadt gibt es für eine bessere Verbindung der Frankfurter Stadtteile an Offenbach einen Bedarf. Andererseits ist der Besucherstrom aus Frankfurt stark zurückgegangen, seit die Straßenbahnlinie 16 an der Stadtgrenze endet. Der notwendige Umstieg an der Stadtgrenze ist unattraktiv. Die FDP regt deshalb an, einen durchgehenden Bus zwischen OF-City und Oberrad fahren zu lassen. In die Prüfung ist auch die Option von Klein-Bussen einzubeziehen. Auch die Taktung der Verbindung von Fechenheim ist vor allem an Samstagen verbesserungsfähig. Wir werden Pläne verhindern, nach denen die Linie 101 nach Rumpenheim ausgedünnt wird, um sie im restlichen Stadtgebiet häufiger fahren zu lassen. Der bisherige 10-MinutenTakt hat sich bewährt und ist ausreichend.

Es ist auch mit den Händlern ein Rückvergütungssystem für Tickets des öffentlichen Nahverkehrs anzustreben.

Im Rahmen des angestrebten Electronic Ticketing ist die wabenorientierte Preissetzung durch eine Preissetzung nach Streckenlänge zu ersetzen bzw. zu ergänzen. Dies macht nicht nur Offenbach tendenziell attraktiver, sondern steigert auch die Attraktivität des RMV für Offenbacher. Deshalb setzen wir uns für mehr Engagement der Stadt Offenbach beim RMV ein. Das Thema muss stärker als bisher zur Priorität politischen Handelns werden. Zu einem funktionierenden System des Öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) gehört auch eine bessere Zusammenarbeit der einzelnen Organisationen des Nahverkehrs. Der unterschiedliche optische Auftritt ist ein Hinweis auf Organisationsdefizite im ÖPNV der Region.

Das System „ÖPNV“ muss kundenorientierter werden. Ziel ist ein einheitliches Marketing im RMV-Bereich und eine verständlichere und gerechtere Tarifstruktur. Durch den einzelnen Auftritt aller örtlichen Nahverkehrsgesellschaften parallel zum RMV und den überörtlichen Verkehrsanbietern (insb. der DB) entsteht ein undurchsichtiges Gewirr.

Zur besseren Anbindung an die S-Bahn benötigt Rumpenheim/Waldheim „An den Eichen“ einen S-Bahn-Anschluss, der auch von der Regionalplanung schon vorgesehen ist. Dafür soll sich die Stadt beim RMV einsetzen.

Beim RMV müssen reizvolle Sonderangebote offeriert werden, die mehr Kunden in Busse und Bahnen locken. Andere Verkehrsgemeinschaften machen vor, wie es geht. Beispiel Tageskarten für Gruppen: Erst nach langem Drängen wurden diese eingeführt, doch für das kleine Offenbach ist sie viel zu teuer. Preislich attraktive Lösungen müssen auch für Fahrten nach Frankfurt gefunden werden. Daneben sollte ein Kurzstreckentarif künftig für eine Distanz von 2 Kilometern gelten. So wie in Frankfurt auch. Die FDP setzt sich dafür ein, dass Inhaber der Bahn-Card mit den ermäßigten RMV-Fahrscheinen alle Verkehrsmittel – gleich ob Bahnen oder Busse – vom Start- bis zum Zielpunkt ihrer Reise benutzen können. Derzeit gelten sie nur für den bahneigenen Schienenverkehr. Für die Bahncard 50 ist wieder der entsprechende Rabatt (Kinderfahrschein) zu gewähren. Derzeit wird auch für diese Bahncard nur 25 Prozent Rabatt gewährt.

Kleine Shuttlebusse sind leiser und entlasten die Umwelt. In den Abendstunden und auf schwach frequentierten Linien sollten sie deshalb im Interesse der Anwohner möglichst eingesetzt werden.

Qualitativ hochwertiges, ökologisches Wohnen & Arbeiten schaffen, Denkmäler erhalten
Die FDP lehnt einen „systematischen Wiedereinstieg“ der Stadt Offenbach in den öffentlich geförderten Wohnungsbau ab. Die Stadt hat in vergangenen Jahrzehnten ihren Beitrag zum sozialen Wohnungsbau in der Region übererfüllt. Jetzt sind andere Städte dran. Die FDP befürwortet öffentlich geförderten Wohnungsbau, wo er gezielt und sparsam als Instrument eingesetzt werden kann, um die Struktur und bauliche Qualität eines Quartiers nachhaltig zu verbessern und somit gesamtstädtisch positiv zu wirken. Außerdem muss eine gezielte Belegung gewährleistet werden. Die Strategie der Stadt sollte es weiterhin sein, bestehende Sozialwohnungen zu modernisieren. Hier leistet die städtische GBO gute Arbeit.

Um ein gutes Wohnklima in der Stadt zu erhalten, muss darauf geachtet werden, dass nach und nach eine gesunde Mischung aller Wohntypen entsteht und geförderter Wohnungsbau zu max. 30 % in einem Quartier vorhanden ist.

Wir regen eine Wohnbauflächendatenbank an – am besten gemeinsam mit der Stadt Frankfurt um Wohngebiete besser vermarkten zu können.

Wir lehnen die Hochhausbebauung im sozialen Wohnungsbau ab. Städtebauliche Maßnahmen müssen einer Ghettoisierung durch z.B. kleinteiligere Bebauung entgegenwirken. Wir fordern stattdessen eine bessere Verteilung von sozialem Wohnungsbau im Gemeindegebiet. Es ist zu prüfen, inwieweit sich Offenbach am durch INTERREG III B finanzierten IMAGEProjekt für ein Projekt „Neighbourhood Branding“ nach dem Vorbild von Barton Hill (Bristol) beteiligen kann.

Die FDP begrüßt die Pläne des Masterplans, neue Wohngebiete zu schaffen und drängt darauf, in den Randgebieten auf freistehende Einzelhäuser zu setzen.

Die Förderung von Fassaden- und Altbausanierungen möchten wir vom Projekt der aktiven Innenstadt auf das ganze Kernstadtgebiet ausweiten. Insbesondere eine aktive Beratung auch bei den Fördermöglichkeiten ist hierbei sicherzustellen. Grünringe, Parks und Frischluftschneisen (wie Buchrain und Buchhügel) sind zu erhalten.

[Eine Stadt braucht Luft zum Atmen und Grün zur Erholung.](#)

Der Denkmalschutz sichert das Bewahren der zu wenig verbliebenen Schmuckstücke der Stadt. Die Kompetenz des Denkmalschutzbeirates ist immer proaktiv einzubeziehen. Auch für die Stadt darf es hier keinen Rabatt geben. Neben dem baulichen Denkmalschutz, ist auch das sonstige kulturelle Erbe zu pflegen – es ist die wahrhaftig die „Seele“ einer Stadt (G. Plath).

Gerade bei der Entwicklung des Alessa-Geländes erwartet die FDP auch ein durchdachtes Verkehrskonzept zur Entlastung der Mainstraße und einer vernünftigen Anbindung des Mainzer-Rings. Wir unterstützen daher die Idee der Anbindung der B448 an die Mühlheimer Straße.

Wir sprechen uns für weniger restriktive Bebauungs-Pläne aus, die mehr unterschiedliche Bautypen und Bauweisen und damit mehr Vielfalt ermöglichen.

In Offenbach gibt es derzeit viel ungenutzten Büroraum (z.B. Siemens, alte IHK, Ecke Berliner Str./ Luisenstr.). Hier ist – wie in Frankfurt – zu prüfen, ob mit Änderungen in den Bebauungsplänen auch alternative Nutzungen vorangetrieben werden können. So wurden in Frankfurt Bürogebäude u.a. zu Seniorenresidenzen umgebaut. Wir treten für eine unbürokratische Herangehensweise bei der Umwandlung von für gewerbliche Nutzung vorgesehenen Raum in Wohnraum bzw. zur Mischnutzung ein. Die ständige Veränderung der Anforderungen an Gewerberaum verlangt Flexibilität, um keine imageschädlichen Gewerbebrachen entstehen zu lassen. Sie ist auch gut für das Investitionsklima.

Wir wollen neue Wohngebiete ökologisch profilieren, denn hohe ökologische Standards sind nicht nur ein Werbeinstrument. Es sind auch die Wohngebiete, die langfristig ökonomisch besser verwertbar sind und daher Offenbach als Wohnstandort attraktiv machen. Bei der richtigen ökologischen Profilierung neuer Wohngebiete sollen nicht die Vorgaben des Darmstädter Passivhaus-Instituts willkürlich zum Standard erhoben werden. Es gibt auch andere Richtwerte und Methoden für eine ressourcenschonende Bauweise. Es sollten lediglich Ziele für den Energieverbrauch von Neubauten vorgegeben werden. Wie die erreicht werden, ist dem Wettbewerb zu überlassen. Statt kostspieliger, ökologischer Leuchttürme nach dem modernsten Standard ist es ökologisch effizienter, die Sanierung des Altbestandes des Wohnbestandes der Wohnbaugesellschaften und der öffentlichen Gebäude weiter voranzutreiben. Denn der erste Zentimeter Dämmung hilft am meisten.

Wir wollen die großen Verkehrsachsen unserer Stadt verstärkt bepflanzen und Offenbach noch mehr zu einer grünen Stadt machen.

In Offenbach gibt es zu viele Verkehrsschilder. Dies stört das Stadtbild und führt zu einer geringeren Wahrnehmbarkeit wirklich wichtiger Schilder durch die Verkehrsteilnehmer. Die

FDP fordert den Schilderwald auf überflüssige Verkehrszeichen zu überprüfen. Dazu soll die Stadt Offenbach gemeinsam mit dem ADAC tätig werden.

Die Liberalen streben die Einrichtung eines Tierfriedhofs (analog F-Rödelheim) an. Hierfür muss ein passendes Gelände durch den ESO gefunden werden.

Wir wollen bei der Sanierung des Maindamms eine nachhaltige Lösung, es geht nicht darum, koste, was es wolle, jeden Baum zu retten.

Für mehr Lebensqualität und bessere Stadtentwicklung: Fluglärmbelastung reduzieren
Größter „Unruhestifter“ in Offenbach ist der stetig zunehmende Flugverkehr, da dieser im Landebetrieb bisher komplett über der Stadt gebündelt wird. Etwa 700 Maschinen überfliegen täglich auf 3 Anfluggrundlinien Offenbach. In den nächsten 10 Jahren soll der Verkehr auf 1000 Überflüge täglich anwachsen. Das Stadtgebiet fällt deshalb jetzt bereits weitgehend unter Siedlungsbeschränkungen und Bauverbote für bestimmte öffentliche und soziale Einrichtungen. Dies schränkt nicht nur die Lebensqualität vieler Menschen ein, sondern behindert auch die Stadtentwicklung empfindlich. Bei den Einnahmen des Airports z.B. über Gewerbesteuer oder Dividenden, geht Offenbach hingegen leer aus.

Vor- und Nachteile des Airports müssen in der Region gerechter verteilt und das Prinzip der Lärmbündelung muss aufgegeben werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Lärmbelastung für Offenbach reduziert und die Stadt und ihre Bürger an den Erträgen beteiligt werden, um Kompensation und passiven Lärmschutz finanzieren zu können. Und die Raumverträglichkeit muss bei der Entwicklung dieser Verkehrsinfrastruktur als Kriterium künftig ernst genommen werden.

Aktiver Lärmschutz

Vieles, was in der Vergangenheit als technisch oder fliegerisch „nicht machbar“ eingestuft wurde, ist mittlerweile möglich oder wird erfolgreich erprobt. Dies betrifft vor allem Maßnahmen zur Lärmreduzierung durch größere Überflughöhen und günstigere Anflugkorridore. Erfolgversprechend erprobt wurde der „steeper approach“, bei dem der Anflugwinkel bis Frankfurt-Niederrad von derzeit 3 oder 3,2 Grad auf fast 4,5 Grad angehoben, der Anflug über Offenbach so um 230 Meter erhöht und der Lärm deutlich reduziert werden könnte. Neue Navigationssysteme ermöglichen durch Verkürzung des „Geradeausflugs“ ein phasenweises Umfliegen des Stadtgebietes (segmentierter Anflug) sowohl im Süden über Wald und Autobahn als auch im Norden über Gewerbegebiet. In beiden Fällen muss die Umsetzung – teils durch Änderung von Regeln – in den zuständigen Gremien durch die städtischen Vertreter politisch vorangebracht werden.

Angestrebt werden sollte zudem eine planrechtliche Änderung dahingehend, dass das gesamte Bahnsystem für Starts- und Landungen zugelassen und so – auch mit dem Instrument der Kontingentierung – ein für die Region insgesamt weniger belastendes Betriebsreglement möglich ist. Dies würde auch echte Lärmpausen und damit die Verlängerung der Nachtruhe erleichtern. Die derzeitige Regelung verschiebt den Lärm nur über Offenbach, entlastet die Stadt aber nicht. Die Lärmpausen im Startbetrieb – das so

genannte Drops-Verfahren – sollte zeitlich ausgedehnt werden. Das Instrument der Lärmobergrenze als Anreiz zur Förderung des technischen Fortschritts für „leisere“ Flugzeuge in Forschung und Umsetzung unterstützen wir.

Passiver Lärmschutz und finanzielle Kompensation

Solange eine Beteiligung der meisten belasteten Gemeinden an der Gewerbesteuer rechtlich nicht möglich ist – dies wurde höchstinstanzlich entschieden – muss über einen Regionalfond regelmäßige Kompensation zum Ausgleich der Nachteile für die kommunale Entwicklungsmöglichkeit geleistet werden. Dieser könnte durch Fraport-Landentgelte, aber auch aus Erträgen der öffentlichen Fraport-Anteilseigner gespeist werden. Auf diese Weise würden diese Erträge regionalisiert. Dabei müssen auch jene Offenbacher einen Anspruch auf passiven Lärmschutz erhalten, die über das Fluglärmschutzgesetz keinen oder nur sehr geringen Anspruch geltend machen können. Dies gilt für viele im Süden der Stadt und nahezu alle, die von der neuen Nordwestbahn betroffen sind. Durch zusätzliche Lärmmessstationen sollten die rechnerischen Lärmwerte überprüft werden. Wichtig ist, dass die Stadt an den Schulen mit unzureichendem Schallschutz nachrüstet und ggf. solche Sanierungsmaßnahmen zeitlich vorzieht.

Lärmwirkungsforschung

Die Stadt Offenbach sollte sich auch in Zukunft an Studien der Lärmwirkungsforschung beteiligen und diese auch anregen. Nur so lassen sich Fortschritte in der Gesetzgebung und der Rechtsprechung erzielen. Schon in der Vergangenheit führten diese zu Verbesserungen, etwa beim Schutz der Nachtruhe. Und die neueste Studie belegt Nachteile für Kinder beim Lernen. Studien, die gemeinsam von möglichst vielen Beteiligten – also auch der Luftverkehrswirtschaft – mitgetragen werden, reduzieren zwar oftmals aufgrund der gewählten Fragestellungen das Tempo neuer Erkenntnisse, führen aber zu größerer Akzeptanz in der Politik und bei Gericht.

Lärmquellen reduzieren

Die Pläne zur Verkehrsberuhigung in Wohngebieten sind konsequent und auf den Einzelfall bezogen umzusetzen. Außerdem sollten in Wohngebieten Rechts-vor-Links-Regelungen mit Ausnahmen von Einzelfällen flächendeckend eingeführt werden.

Die FDP wird sich bei Bund und Land weiter dafür einsetzen, dass an der A661 und der B448 Lärmschutzmaßnahmen getroffen werden. Gerade an der A661 hat sich der Verkehr durch den Straßendurchbruch Richtung Bad Homburg erheblich verstärkt. Hinzu kommt eine stärkere Verlärmung durch die „summenden“ Fahrbahnmarkierungen, die Autofahrer auf das Verlassen der Fahrspur hinweisen sollen.

An großen Straßen (Mühlheimer Straße und Ring) sind Lärmschutzmaßnahmen zu treffen. LKW-Verkehr darf Straßen in Wohngebieten nicht als Schleichweg nutzen. Dazu ist die Beschilderung weiter zu verbessern.

Die Lärmbelastung durch vorbeifahrende Züge hat erheblich zugenommen. Hauptsächlich bei Personen- und Güterzügen, aber selbst bei den bisher leiseren ICEs ist eine Lärmzunahme festzustellen. In Zeiten zunehmenden technischen Fortschritts muss eigentlich die Lärmbelastung ab- statt zunehmen. Die Bahn ist aufgefordert etwa die Schienen im Offenbacher Stadtgebiet häufiger zu schleifen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die Lärmbelastung der Anwohner in Grenzen zu halten (Bremserneuerungen etc.).

Attraktive Freizeitmöglichkeiten schaffen

Offenbach ist wohl die einzige deutsche Großstadt ohne Hallenbad. Die Offenbacher FDP hält ein solches weiterhin für sinnvoll, aber – lassen Sie sich nicht täuschen – es ist aus eigener Kraft derzeit nicht realisierbar. Ein privater Investor würde höchstens ein modernes Wellnesscenter errichten, aber kein klassisches Hallenbad. Die Wirtschaftsförderung sollte in diesem Sinne tätig werden. Eine finanzielle Unterstützung der Stadt ist dabei derzeit nicht machbar. Es ist anzustreben, dass ein privater Investor in Offenbach die Möglichkeit eines Badeschiffes oder eines Naturschwimmbads erhält.

Im Rahmen einer nachhaltigen Spielplatzentwicklungsplanung wollen wir gezielt Spiel-, Freizeit- und Bolzplätze ausbauen und auch überarbeiten. So gibt es grundsätzlich große Defizite an Spielmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche über 10 Jahren besonders im Bereich Bürgel/Rumpenheim und der Innenstadt. Wir stehen daher Überlegungen offen gegenüber, u.a. im Mainbogen für diese Gruppe ein Freizeitgelände (Generationenpark) zu entwickeln.

Kinder- und Jugendfarm sowie Waldzoo wollen wir weiter fördern und weiterentwickeln.

Es ist eine Freifläche für Hunde zu schaffen, etwa zwischen Wetterpark und Wohngebiet Tempelsee oder Fläche zwischen Lauterborn und Edith-Stein-Schule. Denkbar wären auch Teilflächen im Kuhmühlgraben oder im Bürgeler Mainbogen, die nicht anderweitig genutzt werden.

In Offenbach gibt es über 1.500 praktizierende Golfspieler – insgesamt hat die Stadt mit Umland ein Potenzial von rund 3.000 Golfern. Golf ist in Deutschland eine nach wie vor wachsende Sportart, gerade in Metropolen und in der Altersgruppe 50⁺. Folglich ist das Potenzial für Offenbach noch nicht ausgeschöpft. Einen privat finanzierten und betriebenen Golfplatz in Bieber, der sich ins Landschaftsbild einpasst und in dem Bürger weiter – wie etwa in Neuhoof – Wege nutzen könnten, würden die Freien Demokraten daher unterstützen. Es wäre auch für den Standort Offenbach eine weitere Attraktion

V. Damit wir uns in Offenbach wohlfühlen

Sicherheit und Sauberkeit als Standortfaktoren

A. Analyse und Ziele

Wir wollen, dass sich die Offenbacher in ihrer Stadt sicher fühlen. In Ihrem Wohnumfeld, auf den Straßen, in den Parks, in der Innenstadt. Denn nur wer sich in seiner Stadt sicher fühlt, tritt für sie ein. Und nur eine Stadt, die als sicher gilt, lädt zum Wohnen und Arbeiten ein.

Unsere Stadt soll aber auch optisch einen gepflegten Eindruck hierlassen. Nur dann fühlen sich Einwohner und Besucher wohl. Nur dann lädt die City zum Einkaufen ein. Auch hängt das subjektive Sicherheitsgefühl vom Zustand des äußeren Umfeldes ab. Leider ließen die städtischen Anstrengungen hierzu in den letzten Jahren wieder nach. In einigen Stadtteilen gibt es große Probleme. Deshalb wollen wir bürgerschaftliches Engagement und städtische Projekte hierfür wieder stärken, die Kommunikation der Regeln und die Ahndung von Regelverstößen verbessern. Hier braucht man Beharrlichkeit und Kontinuität, Engagement und Konzept. Kurzatmige Presseaktionen für das Politikerimage helfen hier nicht weiter.

B. Was wir anpacken wollen

Prävention

Kriminalitätsprävention bei Jugendlichen ist eine der wichtigsten Aufgaben. Besonders an Schulen und Jugendeinrichtungen. Die FDP will erfolgreiche Projekte des Jugendamtes zur Gewaltprävention auf möglichst alle Schulen übertragen. Durch den Ganztagsbetrieb gibt es hierfür auch mehr Einsatzmöglichkeiten. Jugendkriminalität braucht aber auch als Antwort schnelle und geeignete Sanktionen. Wir wünschen uns weiterhin die Einführung der „Gelben Karte“ durch die Führerscheinstellen. den Betroffenen, dass ihre charakterliche Eignung einer Fahrerlaubnis in Frage steht. Modellerfahrungen zeigen, dass diese Androhung erzieherisch wirkt. Die Präventionsarbeit im Präventionsbeirat der Stadt und den Runden Tischen der Stadtteile wollen wir aufwerten und Handlungsempfehlungen schneller in die politischen Gremien der Stadt einbringen, damit sie entsprechend schneller umgesetzt werden.

Zusammenarbeit mit Polizei und Förderverein

In vielen Städten – auch in Offenbach – haben Wohnungseinbrüche zugenommen. Ihre Bekämpfung erfordert eine Einbruchschutzkampagne durch gemeinsames und abgestimmtes Vorgehen von Stadt und Polizei. Neben dem zeitnahen Austausch von Informationen für polizeiliche Ermittlungsarbeit sollten präventive Aktionen wie „Nachbarn schützen Nachbarn“ wieder mehr Bedeutung erlangen. Auch sollte die Polizei bei den städtischen Bürgerversammlungen („OB vor Ort“) über die neusten und besten Sicherungsmöglichkeiten informieren und mit dem Förderverein „Sicheres Offenbach“ stärker für das „Bürgeralarmsystem“ werben können, das zeitnah telefonisch über Gefahren warnt und sich gerade in letzter Zeit durch verstärkte Tätigkeit bewährt hat. Auch

zur Bekämpfung der zunehmenden Delikte Trickbetrug und Straßenraub ist diese Arbeit wichtig.

Stadtpolizei

Zur Durchsetzung von Ordnungsbestimmungen brauchen wir zunehmend die eigene Stadtpolizei, die nicht mit dem Verkehrsdienst zur Überwachung des Parkraums verwechselt werden darf. Ob Verstöße gegen die Abfallsatzung, Ruhestörungen, widerrechtliche in der Fußgängerzone fahrende und dort rasende Radler, Unterstützung des Bahnpersonals in den S-Bahnstationen, Gewährleistung der Sicherheit in Parks und auf Plätzen – hier wird die Stadtpolizei verstärkt eingesetzt, die künftig täglich bis 1 Uhr nachts erreichbar sein sollte. Das streben wir an.

Sauberkeit

Vor 10 Jahren leitete die Stadt unter dem damaligen FDP-Ordnungsdezernenten eine Sauberkeitsoffensive mit einer Vielzahl an Maßnahmen ein, die auch Erfolge brachte und allgemein Anerkennung fand. Doch leider haben die Bemühungen nachgelassen. In einigen Stadtteilen sind die Probleme besonders deutlich sichtbar, so etwa in der erweiterten Innenstadt, dem Nordend und den Wohngebieten nahe der Bahntrasse. Es muss wieder verstärkt gegensteuert werden.

Illegaler Müll

Ein großes Problem stellt illegal entsorgter Haus- und Sperrmüll mitten in der Stadt dar. Damit dieser schnell gemeldet und beseitigt wird, müssen die „Müllhotline“ und der „Online-Mängelmelder“ viel stärker beworben, die Bevölkerung um Hilfe gebeten, das Gebiet der meldenden „Rundgänger“ der Stadtteilbüros aber auch ausgedehnt werden. Um die Aufklärungsquote der „Mülldetektive“ zu erhöhen, muss deren Einsatz öfter erfolgen und die Ermittlungsmethoden auf Effektivität überprüft werden. Denn die Ahndung mit Bußgeldern ist notwendig. Durch den ESO sollte im Verdachtsfall verstärkt kontrolliert werden, ob die Mülltonen an Liegenschaften ausreichen, da einige Vermieter sehr viele Menschen einquartieren, ohne die Entsorgungskapazitäten anzupassen. Die örtlichen Regeln müssen häufiger durch mehrsprachige Informationen – auch schon bei der Anmeldung im Bürgerbüro – vermittelt werden. Das Projekt „Besser leben in Offenbach“ und die Stadtteilbüros sollten diese Aufgaben wieder stärker ins Zentrum rücken.

Saubere Straßen und Parks

Das Freizeitverhalten der Menschen hat sich verändert. Immer mehr Offenbacher nutzen die Parks und Spielplätze, beispielsweise am Mainufer und im Büsing-Park. Saisonal wurden die Reinigungsintervalle schon erhöht, doch reicht dies nicht mehr aus. Durchgänge zur einfachen Kleinmüllbeseitigung und Papierkorbleerung müssen häufiger stattfinden. Auch die Straßenreinigungsintervalle sollten regelmäßig evaluiert werden. In manchen Straßen geht der Bedarf zurück, andernorts steigt er. Die Kampagnen gegen Hundekot wollen wir intensivieren. Zur Verringerung der Kleinabfälle im Straßenraum (Littering) müssen teils zusätzliche Papierkörbe aufgestellt, teils diese häufiger geleert werden. Aufsätze für Zigarettenskippen sollten nach und nach überall angebracht werden. Wichtig sind auch

Kampagnen im öffentlichen Raum für mehr Sauberkeit und pädagogisch sinnvolle Aktionen gemeinsam mit den Schulen und Kitas.

„Graffitis“

Stark zugenommen haben Schmierereien („Graffiti“), ob an privaten Gebäuden, öffentlichen Einrichtungen, Verkehrsanlagen sowie Strom- und Telekomkästen. Die Initiativen zur Verringerung und Beseitigung sind seitens der Stadt zurückgegangen. . Wir wollen über das Projekt „Besser Leben in Offenbach“ und in Zusammenarbeit der Polizei, den Wohnungsbaugesellschaften und dem Förderverein Sicheres Offenbach einen neuen Anlauf nehmen: Zur stärkeren Verfolgung und Ahndung dieser Sachbeschädigungen, aber auch zur schnelleren Beseitigung sowie zur Gestaltung von freien Flächen. Das Pforzheimer Modell mit dem Anti-Graffiti-Mobil - gleichsam einer schneller Eingreiftruppe der Malerbetriebe auf Spendenbasis –, wollen wir erneut einbringen.

Besser Leben in Offenbach

Wir wollen das Projekt „Besser leben in Offenbach“ wieder auf eigentliche Aufgaben konzentrieren, Verwahrlosungszustände zu beseitigen, den öffentlichen Raum kleinteilig zu renovieren und die Pflege in den Stadtteilen dadurch zu verbessern, dass möglichst viele Paten für kleinere Areale gewonnen werden.

VI. Die Bürger aktiv beteiligen

Eine Stadt, die es im Sinne der Bürger macht. Und es ihnen einfach macht.

A. Analyse und Ziele

Die FDP tritt für mehr Bürgerrechte ein. Dies ist ein wesentliches Merkmal des politischen Liberalismus. Die Freien Demokraten wollen die repräsentative Demokratie also ergänzen durch:

- Elemente direkter Demokratie – für Fragen, die viele bewegen: Initiativen, Konsultationen der Bürger und Entscheidungen!
- Bürgerbeteiligung – für die gezielte Problemlösung: zur Verständigung, Beratung und Veränderung.
- Bürgerengagement – für ein vielfältiges Gemeinwesen: ehrenamtlicher Einsatz für das Gemeinwohl.
- Bürgerorientierung – Verwaltung für die Bürger: Leitbild des souveränen Bürgers

Das bedeutet, die Einflussmöglichkeiten der Bürger auf die Entscheidungen ihrer Stadt zu stärken – die liberale Gesellschaft ist mehr als eine reine Kreuzchen-Demokratie. Unsere Strategie:

Wir stärken den Bürger gegenüber der Verwaltung

Wir stärken das Parlament als Bürgervertretung gegenüber der Verwaltung, stellen mehr Transparenz her. In der Stadtverordnetenversammlung darf nicht reine Parteitaktik herrschen, die Qualität der Vorschläge sollte entscheiden – nicht das parteipolitische Rollenspiel. Wir organisieren die parlamentarischen Entscheidungen gemäß des Subsidiaritätsprinzips möglichst auf der untersten Ebene, die am nächsten am Bürger ist. Offenbacher Liberale streiten für mehr Bürgerabstimmungsmöglichkeiten auf allen politischen Ebenen als Ergänzung zur parlamentarischen Demokratie. Bürger sollen bei wichtigen politischen Themen entscheiden dürfen. Entsprechende Landes- und Bundesgesetze wollen wir ändern.

Wir schaffen neue Formen der Bürgerbeteiligung

Wir wollen eine transparente und funktionierende formelle Demokratie durch eine über die gesetzlichen Regelungen hinausgehende Bürgerbeteiligung mit modernen Beteiligungsformen ergänzen. Dadurch werden unnötige Kosten durch teure Fehlplanungen „am grünen Tisch“ vermieden und die Realisierungsprozesse beschleunigt. Denn die Bürger sind Experten.

Die Schwarmintelligenz der Bürger kann der Fachintelligenz der Politik überlegen sein oder sie zumindest ergänzen. Bei allen Formen der Bürgerbeteiligung ist immer explizit auf den jeweiligen Finanzrahmen hinzuweisen. Dies führt zu verantwortlichen Entscheidungen und zu einem besseren Verständnis der Sachzwänge von Politik. Ebenso ist eine gute Darstellung des jeweiligen Rechtsrahmens unabdingbar.

Wir verbessern den städtischen Service

Wie ernst die Stadt ihre Bürger nimmt, zeigt sich auch in der Verwaltung. Die häufigsten Kontakte haben Offenbachs Bürger mit Institutionen ihrer Heimatstadt, wenn sie Dienstleistungen der Stadtverwaltung oder der städtischen Gesellschaften in Anspruch nehmen. Die Offenbacher FDP setzt sich seit vielen Jahren für einen bürgernahen Servicebetrieb ein, der diesen Namen auch verdient. Bürger sind Kunden, die den bestmöglichen Service von ihrem Dienstleistungsunternehmen verlangen können. Mit Hilfe neuer Medien sollten den Bürgern so viele Behördengänge wie irgend möglich erspart werden. Und wo die persönliche Anwesenheit weiter erforderlich ist, könnte diese möglichst wohnortnah erledigt werden. Es ist sicherzustellen, dass die Bürger viele Anliegen an einem Ort erledigen können und nicht von einem Amt zum nächsten laufen müssen.

B. Was wir anpacken wollen

Lokale Demokratiebilanz einführen

Es ist nach skandinavischem Vorbild eine lokale Demokratiebilanz als strategische Konzipierung und Evaluierung der Bürgerbeteiligung einzuführen. Sie besteht aus drei Elementen: Einer repräsentativen und aktivierenden Bürgerbefragung, einer Verwaltungsenquete und der Einbindung des Gemeinderats. Sinn und Zweck ist es, in regelmäßigen Abständen den erreichten Grad der Bürgerorientierung zu prüfen und zu dokumentieren, so dass mögliche Schwachstellen und Probleme erkannt und aufgegriffen werden können. Sie beinhaltet deshalb eine umfassende Bestandserhebung der Bürgerbeteiligung und des ehrenamtlichen Engagements der Bürgerschaft in der Kommune. Als umfassendes Informationssystem lassen sich aus ihm Schwerpunktbereiche mit Verbesserungsbedarf, Handlungsempfehlungen und Projekte zur weiteren Stärkung der Bürgerorientierung ableiten. Um alle Parteien von diesem Weg zu überzeugen, ist ein gemeinsamer Kongress mit der Bertelsmann-Stiftung zu organisieren, die auf diesem Feld in den letzten Jahren viel Knowhow gesammelt hat.

Mehr Bürgernähe durch ein transparentes Stadtparlament

Die Liberalen begrüßen den Informationsservice der Stadtverordnetenversammlung im Internet, der weiter auszubauen ist. Perspektivisch sollten im Rahmen des „Parlamentsinformationssystems“ (PIO) komplett auf ausgedruckte Unterlagen verzichtet werden. Dessen ungeachtet sollten Tagesordnungen in öffentlichen Einrichtungen vor Ort ausgehängt werden, um interessierte Menschen auch jenseits der virtuellen Welt auf das Angebot hinzuweisen. Die Ausschüsse und die Stadtverordnetenversammlung sollen – auch nach der Renovierung des Rathauses jeweils mindestens einmal im Jahr außerhalb des Rathauses tagen. Wir regen an, zur besseren Information, Stadtverordnetensitzungen online zu übertragen. Dazu sind ggf. die gesetzlichen Bestimmungen zu ändern. Die Beteiligung der Bürger beim städtischen Haushalt ist auszubauen. Nur so können die Bürger am politischen Geschehen teilhaben.

Neue Formen direkter Demokratie anwenden

Schaffen wir neue Formen direkter Demokratie:

- Bürgervotum: Die Offenbacher FDP setzt sich dafür ein, den Bürgern eine direkte Meinungsäußerung zu wichtigen Anträgen der Stadtverordnetenversammlung zu

ermöglichen. Auch hier bietet sich eine bessere Nutzung des Internetauftritts der Stadt an, in dem stärker interagiert werden sollte (Kommentarfunktionen). In Diskussionsforen könnten interessierte Bürger ihre Argumente pro und contra eintragen.

- Bürgerantrag: Die FDP tritt für die Verankerung des so genannten „Bürgerantrag“ in der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) ein, um Offenbacher Bürger stärker als bisher an der Tagespolitik zu beteiligen. Der Bürgerantrag ermöglicht Bürgern, selbst Anträge in die Stadtverordnetenversammlung einzubringen. Die Zahl der notwendigen Unterschriften ist dabei klein anzusetzen, da es hier nur darum geht, dass sich das Stadtparlament mit einer Sache befasst. In anderen Ländern ist dies längst selbstverständlich und funktioniert gut.

Neue Beteiligungsforen und -formen schaffen

Eine bürgernahe Kommune verfügt über eine rege partnerschaftliche Zusammenarbeit ihrer Verwaltung mit professionellen Akteuren (Polizei, Feuerwehr etc.) und ehrenamtlich Tätigen (freie Träger, Beiräten, Kirchengemeinden, Initiativen). Bei Planungsprozessen sind Bürgeranhörungen und Bürgerbeteiligung schon in einer frühzeitigen Phase anzustreben.

Bürgerbeteiligung darf nicht mit einer Politik nach dem Motto „wer am lautesten schreit oder am meisten Zeit zur Mitarbeit hat, bekommt Recht“ verwechselt werden. Moderne Instrumente der Bürgerpartizipation müssen dies gewährleisten und daher nicht nur direkt Betroffene und sich betroffen fühlende, sondern auch Verbände oder sogar repräsentativ ausgewählte Bürger einbinden. So arbeiten beim Instrument der Planungszelle per Zufall ausgewählte Bürger in mehreren Zellen zum gleichen Thema und erstellen dann gemeinsam ein Bürgergutachten. Es sind jeweils passende Instrumente zu nutzen – etwa Planungszelle, Zukunftswerkstatt (Intensivveranstaltung an einem Tag mit Kritik-, Ideen- und Umsetzungsphase), Perspektivwerkstatt (verlängertes Wochenende), „Open Space“ (Große Runden und Kleingruppen wechseln sich ab – für längere Prozesse geeignet), Runder Tisch (ausgesuchte Gruppen), Zukunftskonferenz (2-3 Tage, 50-70 Personen: Gruppen werden immer wieder gemixt), Arbeitsbuchmethode (Heterogen zusammengesetzte Redaktionsgruppe erarbeitet einen Katalog für relevante Stadtteilfragen, der dann zunächst mit der Bevölkerung und nach Verbesserungen mit Experten diskutiert wird), „Planning for Real“ (Bewohner werden als Experten anerkannt und als Akteure für den eigenen Entwicklungsprozess am Ort ermutigt) und Anwaltsplanung (Anwaltsplaner erarbeiten mit „benachteiligten“ Gruppen Ergebnisse) und moderierte Arbeitskreise. Es sind ständig arbeitende Beteiligungsforen mit kooperierenden Verwaltungspaten, ausgebildeten Bürgermentoren und Kommunalpolitikern zu schaffen. Integrativ, vernetzt und projektbezogen wird jenseits des klassischen Verwaltungshandelns an den kommunalen Aufgaben gearbeitet. Wir wollen Beteiligungsforen initiieren. Ein Forum könnte die Selbsthilfegruppen aus dem Gesundheitssektor vernetzen, ein interkulturelles Forum für ein besseres Miteinander der Migranten sorgen, eine Sozialkonferenz immer wieder aktuelle gesellschaftlichen Themen herausgreifen.

Mit einem „Politiker fragen - Bürger antworten“ sollte regelmäßig der Diskurs organisiert werden. Es geht dabei nicht um die Darstellung der Position der Verwaltung, sondern um einen echten interaktiven Prozess, an dem nicht nur der Magistrat als Akteur, sondern alle

Fraktionen zu beteiligen sind. Internet-Umfragen über wichtige Vorhaben der Stadtpolitik könnten helfen, Meinungsbilder zu erhalten. Das Interesse für die kommunalen Belange würde damit geweckt und die Politiker nicht gelegentlich, sondern permanent mit Rückmeldungen der Bürger konfrontiert werden. Die verbesserte öffentliche Darstellung des Stadthaushalts ist mit einer auf Offenbach angepassten Form des „Bürgerhaushalts“ zu verwirklichen. Dabei können Bürger ohne politisches Mandat an der Erstellung eines Haushaltsplans teil, dabei vor allem an den Sparprozessen. Es setzt auf Interaktion, nicht nur auf mehr Öffentlichkeit. Dadurch sollen einerseits die Ergebnisse verbessert, andererseits soll mehr Vertrauen in die Ergebnisse des politischen Handelns und mehr Verständnis für Sachzwänge geschaffen werden.

Vielen Bürgern sind die unterschiedlichen politischen Mitwirkungsmöglichkeiten auch nicht bewusst. Daher sollte eine Internetseite eingerichtet werden, auf der in verständlicher Weise alle Beteiligungsformen dargestellt werden.“ Diese Seite kann etwa Informationen zu Wahlen, Parteien, Bürgerinitiativen, Beteiligung an Planungsverfahren und Ähnlichem beinhalten. Dort könnten sich die Bürger darüber informieren, wie sie sich einbringen und die Stadtpolitik mitgestalten können.

Jugend besser beteiligen

Das Kinder- und Jugendparlament ist eine gute Sache. Jugendliche können allerdings besser ermutigt werden, sich politisch zu engagieren, wenn sie mit ihren Anliegen wirklich ernst genommen zu werden. Deshalb sollte das Jugendparlament ein Antragsrecht zur Stadtverordnetenversammlung erhalten. Bei jugendrelevanten Themen sollte zudem einem Sprecher des Jugendparlamentes Rederecht in der Stadtverordnetenversammlung zugestanden werden.

Die Liberalen regen ein Tu-Was-Tagebuch nach dem Vorbild der Stadt Nürtingen an. Sinn des Tagebuches ist es, dass Schülerinnen und Schüler, die sich freiwillig in Vereinen und Initiativen, im Jugendrat, in der Behindertenarbeit oder im Umweltschutz engagieren, ihre geleisteten Dienste dokumentieren können. Am Schuljahresende dient das Tu-Was-Tagebuch als Grundlage für ein vom Oberbürgermeister und dem Vertreter des Staatlichen Schulamts unterzeichnetes Zertifikat, welches als Nachweis für erworbene soziale Kompetenz dient.

Neben dem Zertifikat erhalten alle Schülerinnen und Schüler einen Kinogutschein, freien Freibadeintritt, einen Tag schulfrei für eine sogenannte Halbjahreskonferenz oder die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen die Ehrenamtskarte erwerben zu können.

Gemeinsam mit der Hochschule für Gestaltung (HfG) ist ein Projekt „Service Learning“ zu starten. Zukünftige Akademiker sollen sich als Gesellschaftsträger begreifen und so ausgebildet werden, dass sie entsprechend verantwortungsbewusst handeln. Die vielgefragten Schlüsselqualifikationen und sozialen Kompetenzen werden durch konkrete Projekte vermittelt. Vom Projektträger erhalten die Studierenden ein Zertifikat zur Anerkennung ihrer Leistung. Die Kooperation unterschiedlicher Partner ist Voraussetzung. Zum Gelingen von „Service-Learning“ müssen Hochschule, Unternehmen, Vereine, Initiativen, Stadtverwaltung, ASTA, und Studierende Hand in Hand arbeiten. Die Betreuung

erfolgt durch eine zentrale Stelle. In den USA ist Service Learning fester Bestandteil im Campus-Alltag. Vorreiterin ist hier die Universität Mannheim. Dort fanden 2003 die ersten Service-Learning-Seminare im Fach Pädagogische Psychologie statt, aus der sich die studentische Initiative „CampusAktiv“ entwickelte. Die deutschen Hochschulen, die Service-Learning in ihrer Lehre umsetzen, haben sich zusammengeschlossen und das Netzwerk „Bildung durch Verantwortung gegründet“. Die Stadt Offenbach sollte hier mit der HfG Gespräche über eine mögliche Beteiligung führen

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Mittel für den Ring Politischer Jugend, dort sind die politischen Jugendorganisationen vertreten, auch in Zukunft im Gegensatz zu früherer Übung ausschließlich für gemeinsame politische Aktivitäten verwendet werden – etwa zur Wählermobilisierung – und nicht eine Finanzierung der Jugendorganisationen darstellen.

Bürgerengagement besser honorieren – Vereine fördern

Die in Vereinen und Initiativen engagierten Menschen leisten einen wichtigen Dienst für die Gesellschaft, sie organisieren Gesellschaft. Daher ist ihre Arbeit zu fördern und zu unterstützen. So könnte etwa die GBM zentral die Vermietung der Schulcafeterien an Vereine übernehmen.

Den Vereinen sollte von der Stadt eine Informationsplattform im Internet zur Verfügung gestellt werden. Um ihre Bewohner besser für den Gemein Sinn zu motivieren, sollen die in den vergangenen zwölf Monaten volljährig gewordenen Einwohnerinnen und Einwohner ihren „Bürgerbrief“ im Rahmen eines Empfangs in der Stadthalle erhalten. Mit diesem symbolischen Akt kann ihnen vor Augen geführt werden, dass sie mit ihrer Volljährigkeit neben dem Wahlrecht weitere umfangreiche Rechte und Pflichten erworben haben. Sie werden ermuntert, an der Gestaltung ihres öffentlichen Lebens mitzuwirken und ihre Zukunft selbstverantwortlich in die Hand zu nehmen. Der Bürgerbrief wird den jungen Menschen gemeinsam mit einer Ausgabe der Hessischen Verfassung und des Grundgesetzes überreicht.

An gleicher Stelle, im selben feierlichen Rahmen, soll Offenbach einmal im Jahr das ehrenamtliche Engagement vieler Frauen und Männer würdigen. Dabei sollen fällige Ehrungen von Stadt und Land erfolgen. Die mit der Ehrenamts card verbundenen Vorteile sollen in Zusammenarbeit mit Sponsoren ausgebaut werden. Das Freiwilligenzentrum ist weiter auszubauen.

Bürokratie abbauen

Die Mühlen der Bürokratie mahlen noch immer zu langsam. In Offenbach fehlt eine Anlaufstelle für die vielen kleinen Probleme, die schnell und unbürokratisch behoben werden könnten. Nur wenn die Verantwortlichkeit für solche Aufgaben bei einer Person liegt, die von den Bürgern auch direkt für nicht behobene Mängel verantwortlich gemacht werden kann, ist eine Verbesserung der Situation zu erwarten. Die Offenbacher FDP setzt sich deshalb dafür ein, einen ehrenamtlichen Stadtrat zum Bürgerbeauftragten zu ernennen. Dieser Bürgerbeauftragte soll zu festen Sprechstunden im Rathaus und über eine Rufnummer, die in der Stadt bekannt gemacht wird, Ansprechpartner für alle Bürger sein.

Städtische Regulierungen bedürfen immer der Überprüfung. Beispiel: Baumschutzsatzungen waren in einer Zeit sinnvoll als Natur im Betonwahn unterzugehen drohte. Jetzt führen Baumschutzsatzungen nur dazu, dass die Bürger in der Gestaltung ihrer Umgebung eingeschränkt werden. Entscheidet sich z.B. ein Bürger einen Baum zu fällen, weil er zu groß geworden ist oder weil einfach zu viele Bäume in seinem Garten stehen, muss er eine Neupflanzung durchführen oder eine Ausgleichszahlung zahlen. Die FDP spricht sich daher für eine Abschaffung der Baumschutzbestimmungen für private Wohngrundstücke aus. Die Offenbacher sind sensibel genug, um selbst zu entscheiden, ob ein Baum in ihrem Garten gefällt werden soll oder nicht. Damit spart die Stadt auch Arbeitskraft und Kosten, denn jeder Antrag muss aufwändig geprüft und überprüft werden.

C. Bürgerbüro und Verwaltung weiterentwickeln

Ein serviceorientiertes Bürgeramt – in Offenbach „Bürgerbüro“ genannt – bietet möglichst viele Dienstleistungen an einer Stelle, um den Hürdenlauf durch die Ämter zu ersparen. Bei seiner Einführung war das Bürgeramt ein Quantensprung. Doch nach über 15 Jahren ist eine systematische Überprüfung und Weiterentwicklung sinnvoll, zumal das Bürgerbüro trotz des Engagements der Mitarbeiter eher ein Synonym für Serviceunfreundlichkeit ist.

Erweiterung der Dienstleistungen

Ziel sollte es sein, etwa nach dem Vorbild der Stadt Hagen, das Bürgeramt um weitere Dienstleistungen zu erweitern. Grundsätzlich soll es möglich sein, alle Schriftstücke, Unterlagen und Anträge zur Weiterleitung an Fachämter einzureichen. Zusätzlich zum Pass- und Meldewesen, dem Verkehrswesen und dem Service der städtischen Gesellschaften sind Lösungen zu finden, um folgende Bereiche ebenfalls im Bürgerbüro abwickeln zu können:

- das kommunale Steuer- und Finanzwesen,
- das Standesamtswesen (z.B. Urkunden, Geburtenanzeigen usw.),
- Teile des Sozialwesens (z.B. Ermäßigungsausweise, Befreiung von Rundfunkgebühren),
- Wohnberechtigungsscheine, Antragsabgabe Wohngeld), Ausländerangelegenheiten
- Umweltangelegenheiten sowie
- Beglaubigungen/Ortsgerichtsfunktion (räumlich).

In vielen Kommunen übernehmen die Bürgerbüros Funktionen der Ausländerbehörden, um auch für diesen Bevölkerungskreis den Service zu verbessern und Behördengänge zu bündeln. Den Offenbacher Freien Demokraten ist dies ein wichtiges Anliegen.

Bürgeramt vor Ort

Wirkliche Bürgernähe bedeutet, dass möglichst viele Serviceleistungen der Stadt auch vor Ort angeboten werden. Dazu gibt es unterschiedliche Modelle. In Bergisch-Gladbach stellen drei Kreditinstitute ihre Räume zur Verfügung. Notebook und Standleitung verbinden die Anlaufpunkte mit dem kommunalen Rechenzentrum. In Rheinberg gibt es ein „rollendes Bürgeramt“, das z.B. An-, Ab- und Ummeldungen, Ausstellung von Meldebescheinigungen, Führungszeugnisse und Passangelegenheiten erledigt. Es besteht aus einem Koffer, der unter anderem mit Notebook, Drucker, Scanner und Karten-Lesegerät ausgestattet ist. Damit

könnten auch in Offenbach städtische Mitarbeiter regelmäßig direkt in die Stadtteile kommen – oder zu spezifischen Fällen: Von Seniorenheimen über die Kfz-Zulassung vor Ort, wenn beispielsweise eine Firma an einem Tag gleich Dutzende neuer Autos anmelden will, bis zu dringenden Einwohnermelde-Angelegenheiten zuhause bei Bettlägerigkeit oder beim Einsatz für Behinderte. Ein solcher mobiler Koffer kostet zwischen 8.000 und 9.000 Euro.

Virtuelles Bürgeramt: Digitales Rathaus 2020 – Papier war gestern

Bürgernahe Verwaltung bedeutet im Netz aber vor allem möglichst viele Behördengänge zu ersparen. Viele Anliegen können heute bequem via Internet oder E-Mail erledigt oder zumindest erleichtert werden. Das persönliche Erscheinen in einer Behörde wird so immer seltener nötig. Doch Offenbach entwickelt sich hier zu langsam, es fehlt an einem Projektmanager mit E-Government-Erfahrung.

Dazu sollten E-Government-Anwendungen, der elektronische Bürgerservice, über eine einheitlich gestaltete Oberfläche angeboten werden, die dann etwa elektronisches Bezahlen und Signieren zur Verfügung stellt. Nach dem Vorbild von „Mein Olsberg“ schaffen wir ein Portal „Mein Offenbach“, das das komplette Meldewesen, Abholungen von Sperrgut und anderen Abfällen bis zur Reservierung von Kindergartenplätzen integriert. Die Nutzer erhalten dann. z.B. nach Anmeldung von Sperrgut, nach Bearbeitung in Echtzeit ihre Bestätigung in ihr Dokumentensafe. Nach einmaliger Registrierung können zudem alle Daten vorausgefüllt werden. Dies ist auch ein Teil des langen Weges zu einem papierlosen Rathaus.

Auch Bauanträge sollen online eingereicht werden können, was in Berlin und Hamburg schon möglich ist.

Für die Unternehmen schaffen wir umfassende Möglichkeiten virtueller Behördengänge (s. Kapitel: „Firmen willkommen heißen“)

Zusammen mit dem kommunalen Rechenzentrum ekom21 sollten die dort vorhanden Module für internetgestützte Dienstleistungen genutzt werden. Mit den Modulen epay21 steht ein Bezahlssystem zur Verfügung, mit dem Modul owi21 ein System zur Abwicklung (z.B. Anhörung) und Bezahlung von Ordnungswidrigkeiten. Ziel muss es sein, vorhandene und erprobte Systeme möglichst kostengünstig zu implementieren.

Da die Bundesregierung mit dem Programm Digitale Verwaltung 2020 eine umfassende Verwaltungsmodernisierung schaffen will, muss es mittelfristig auch zu einer Vernetzung mit anderen Behörden kommen. So sollte z.B. die Online-Antragstellung für Führungszeugnisse beim Bundesamt für Justiz u.ä. mit in das Leistungsspektrum mit aufgenommen werden. In Summe lassen sich nach Berechnungen des Normenkontrollrats der Bundesregierung über ein Drittel des bürokratischen Aufwands von Bürgern und Verwaltung durch integrierte online-Anwendungen einsparen.

Die Freien Demokraten werden sich dafür einsetzen, Anreize zur Nutzung von online-Angeboten der Stadtverwaltung in Form von niedrigeren Gebühren zu schaffen, so wie dies in Österreich schon der Fall ist und damit die Kostenvorteile bei der Bearbeitung von Verwaltungsvorgängen auch an die Bürger weiterzugeben.

Hotline Frankfurt & Offenbach

Wir unterstützen den Weg zu einer aus Kostengründen regional organisierten Hotline, die die wichtigsten Fragen der Bürger abarbeitet und bei diffizileren Fragen weiterverbindet. So bleiben Bürger am Telefon seltener ohne Antwort.

Gezielter Einsatz der ehrenamtlichen Magistratsmitglieder

Die FDP spricht sich für einen gezielten Einsatz der ehrenamtlichen Magistratsmitglieder an den Schnittstellen zu den Bürgern aus. So sollte es wieder eine feste Zuständigkeit eines ehrenamtlichen Magistratsmitglieds für das Bürgerbüro geben. Weitere Zuständigkeiten könnten (wie in anderen Kapiteln vorgeschlagen) Migration, Bürgerbeteiligung oder Bürgerbeauftragter sein.

Anlaufstelle für Verbraucherschutz

Gemeinsam mit Fachverbänden und Vereinen oder ggf. der Agenda-Gruppe ist eine Anlaufstelle für den Verbraucherschutz zu schaffen, auch eine virtuelle Verbraucherschutzzentrale der Stadt ist denkbar. Dazu gehört auch städtisches Engagement gegen betrügerische Machenschaften durch „Pseudo-Verlosungen“, die in Offenbach stark präsent sind.

VII. Die Vororte nicht außen vor lassen

Gemeinsinn, Eigensinn und Entwicklung der Stadtteile fördern, echte Ortskerne entwickeln.

A. Analyse und Ziele

Die Stadtteile tragen einen beachtlichen Teil zur Gewerbe- und der Einkommenssteuer bei. Sie müssen daher angemessen bei der Stadtentwicklung Berücksichtigung finden. Von der Entwicklung der traditionsreichen Offenbacher Stadtteile Bieber, Bürgel, Waldheim und Rumpenheim mit ihrer eigenen Identität hängt wesentlich ab, wie attraktiv Offenbach als Wohnstandort ist. Ansprechende Wohnbebauung, möglichst geringe Umweltbelastung durch Lärm und Abgase und ein gutes Angebot an Einrichtungen für Kinderbetreuung, Schule und Einkauf werten die Gesamtstadt wesentlich auf. Auch das hier gelebte Engagement in Vereinen und Initiativen belebt die Stadtteile und damit die Stadt. Hier funktioniert Gesellschaft. Insofern sind die Stadtteile neudeutsch „Benchmark“, also Zielsystem auch für die Stadt. Aber auch die – historisch gesehen – „neuen“ Stadtteile wie Lauterborn, Tempelsee und Rosenhöhe pflegen ihre Identität ebenso wie bestimmte Siedlungen, etwa die Carl-Ulrich-Siedlung. Unsere Strategie:

Identität stärken

Die Offenbacher FDP kennt die Bedeutung der Stadtteile, setzt sich in der Stadtverordnetenversammlung deshalb stets für ihre Belange ein und fördert ihre Identität.

Vereinsleben und Umgebung fördern

Liberaler Stadtteilpolitik setzt vor allem bei Förderung des Vereinslebens, der Schaffung von Infrastruktur für Kinder und dem Erhalt und der Profilierung der dörflichen Umgebung an.

B. Was wir anpacken wollen

Die alten Ortsteile pflegen

Die Rhein-Main-Region ist polyzentrisch aufgebaut. Auch Offenbach lebt nicht nur von seinem Zentrum, sondern von seinen gewachsenen Stadtteilen. Daher sollen deren Zentren sukzessive modernisiert bzw. restauriert werden. Dies kann geschehen, wenn die Investitionen aus dem Bereich „aktive Innenstadt“ vollendet sind. Dabei sollten die historischen Ortskerne Bieber, Bürgel und Rumpenheim als Sanierungsgebiete ausgewiesen werden. Vorbild sind Fechenheim, Dörnigheim und insbesondere Alt-Steinheim. Bei der Erhaltung, Erneuerung und Entwicklung sollen Belange des Denkmalschutzes starke Berücksichtigung finden. Die Konzeption der Sanierung als eine gebietsbezogene Gesamtmaßnahme nach Baugesetzbuch hat sich in der Praxis vielfach bewährt. Auch durch Fördermittel des Landes kann eine Stadtteilsanierung unterstützt werden, wenn hierfür ein einheitliches Konzept vorliegt. So wird eine Sanierung aus einem Guss ermöglicht. Hier ist zu prüfen, ob auch unterschiedliche Förderprogramme und Sanierungswege unter einem einheitlichen Dach – wie es das Baugesetz erlaubt – gefunden werden können. Es ist eine städtische Beratung und Vermittlung von Fördermitteln für Hauseigentümer durch Stadtarchitekten zu installieren. Gegebenenfalls ist die Kombination mit einer

Erhaltungssatzung denkbar, die erhaltenswerte dörfliche Gebäudegruppen und typische Altstadtbereiche sichert.

Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode den Einstieg in die Revitalisierung der Kernbereiche der Stadtteile schaffen. Wir legen dabei aber Wert auf eine umfassende Beteiligung der Bürger.

Ortsbeiräte für Bieber, Bürgel und Rumpenheim

Die Stadt soll die Voraussetzungen für die Wahl von Ortsbeiräten schaffen. Ortsbeiräte sind Stadtteilparlamente in kleinem Maßstab. Sie sind in der Hessischen Gemeindeordnung vorgesehen. Ihre Einführung scheiterte aber bisher an den anderen Parteien, die Ortsbeiräte ablehnen. Ortsbeiräte haben Vorschlags-, Antrags-, und in von der Stadt genehmigten Fällen auch Entscheidungsrechte. Sie müssen in jedem Fall von der Stadt gehört werden, wenn Bieberer, Bürgeler oder Rumpenheimer Interessen berührt werden. Die Erfahrung mit Ortsbeiräten in umliegenden Gemeinden zeigt: Sie helfen kostspielige Fehlentwicklungen in den Vororten zu vermeiden, indem sie rechtzeitig und unkompliziert die Interessen und Probleme der Bürger aufnehmen. Ortsbeiräte werden so kompetente Ratgeber.

Stadtteilbegehren

Die FDP setzt sich dafür ein, dass nicht nur in Städten und Kreisen, sondern auch in einst eigenständigen Stadtteilen in stadtteilbezogenen Fragen „Bürgerantrag“ und „Bürgerbegehren“ durchgeführt werden können (Änderung der Hessischen Gemeindeordnung). Weiterhin sind die Anzahl notwendiger Unterschriften für das Zustandekommen eines solchen Stadtteilbegehrens zu verringern. Damit soll den Bürgern in einem Stadtteil ermöglicht werden, stadtteilbezogene Themen zur Abstimmung zu stellen.

Stadtteile besser informieren

Die Stadt Offenbach soll dafür Sorge tragen, dass auch in den Stadtteilen und nicht nur im Rathaus die jeweiligen Tagesordnungen der (öffentlichen!) Stadtverordnetenversammlung ausgehängt werden. Insbesondere damit die Bürger in den Stadtteilen die sie besonders berührenden Sitzungen gezielt besuchen können. Somit könnte mehr Transparenz erreicht werden. Dazu sollte die Stadt die Tagesordnung an Vereine vor Ort, Sparkassen, Bankfilialen, Bildungseinrichtungen, Kirchen, etc. mit der Bitte um Aushang verschicken.

Dezentrales Bürgeramt

Die FDP fordert, in den Stadtteilen Bieber, Bürgel und Lauterborn bestimmte Bürgeramtsfunktionen in Zusammenarbeit mit den örtlichen Kreditinstituten oder ein entsprechendes mobiles Konzept.

Selbstkehren weiter ermöglichen

Wo Bürger Verantwortung zwangsdelegieren, geht gesamtwirtschaftliche Verantwortung verloren. Wo die Bürger noch selbst Straße und Bürgersteig kehren, sparen die Menschen Geld, ist die Pflege am besten und achten die Bürger am meisten auf Ihre Umgebung. Dies kann in den Stadtteilen noch gut funktionieren. Wir wehren uns dagegen, dass das Selbstkehren weiter eingeschränkt wird. Wir werden ständig überprüfen, ob der ESO wirklich

überall dort kehren muss, wo er derzeit kehrt. Das Ziel ist bestmögliche Sauberkeit mit möglichst geringen Kosten und nicht mit möglichst hohen Einnahmen für den ESO.

Wir wollen den Stadtteilen ermöglichen, an vier Sonntagen im Jahr einen verkaufsoffenen Sonntag durchzuführen. Damit dieser möglichst nicht in Konflikt mit den verkaufsoffenen Sonntagen in der Innenstadt gerät, ist das hessische Ladenöffnungsgesetz so zu ändern, dass Kernstadt und Stadtteile eine eigene 4-Sonntagsregelung erhalten. Die sinnfreie Verbindung mit stattfindenden Veranstaltungen sollte entfallen.

Kompetenz für Bieber

Den „neuen“ Stadtkern an der Hauptstraße entwickeln: Spätestens mit dem Abriss des alten Rathauses 1937 hat Bieber seinen Stadtkern verloren. Durch den vielfältigen Bieberer Einzelhandel und die zahlreichen Aktivitäten des Gewerbevereins hat Bieber inzwischen ein ansehnliches Gesicht und eine Art neues Zentrum bekommen – rund um die Aschaffener Straße. Es ist geschäftliches Zentrum – aber kein wirklicher Ortskern. Die FDP schlägt als Zukunftsvision für Bieber vor, einen Ortskern an der Aschaffener Straße/Seligenstädter Straße (von der Grazer Straße bis zur Oberhofstraße und in diese hinein – mindestens aber vom Rebstock bis zur Langener Straße) zu entwickeln, in dem die Straße aufgepflastert und durch Baumbepflanzung verschönert wird. Damit könnte der faktische Ortskern für Bürger und Einzelhandel noch attraktiver werden. Auch der Bereich Aschaffener Straße bis Philipp-Reis-Straße und das Bahnhofsumfeld sollten in die Verschönerungen einbezogen werden. Voraussetzung ist allerdings die Schaffung von ausreichend Parkraum an der S-Bahn-Haltestelle Bieber und die Aufhebung von Halteverbotszonen in bestimmten Bieberer Einbahnstraßen. Damit erhielte Bieber einen echten und attraktiven Ortskern. Viele so genannte „Reihendörfer“, die ohne gewachsenen Stadtkern an einer Hauptstraße liegen, haben ein ähnliches Problem mittlerweile in ähnlicher Weise gelöst. Die Umlage der Kosten auf die Anlieger ist zu vermeiden. Das Konzept ist gemeinsam mit dem Bieberer Gewerbeverein zu entwickeln.

Als weitere Zukunftsvision wollen die Liberalen im alten Stadtkern einzelne Verschönerungsmaßnahmen sowie eine Förderung der Fassadenerneuerung vornehmen. Dazu ist eine Farbleitsatzung zu entwickeln. Die Eigentümer sind bei der Erhaltung der alten Bausubstanz zu beraten. Außerdem schlagen die Liberalen im engeren alten Stadtkern eine verkehrsberuhigte Zone vor.

Den neuen Ostendplatz wollen wir sukzessive weiterentwickeln: Den Kinderspielplatz wollen wir um einen Seniorenspielplatz nach dem Vorbild von Buseck oder Lampertheim ergänzen.

Bieber-West weiterentwickeln: Die Grünanlagen am Einkaufszentrum Bieber-West sollten aufgepeppt werden, damit das Einkaufszentrum aus den 70er Jahren neuen Charme gewinnt. Es ist eine pflegeleichte Bepflanzung vorzunehmen. Auch die Spielmöglichkeiten am Einkaufszentrum sind weiter zu verbessern. Hier sind Gespräche mit den Eigentümern des Zentrums erforderlich.

Die Bushaltestellen Erich-Ollenhauer-Straße und Geschwister-Scholl-Schule sowie die Glascontainer vor dem Kindergarten sollten verstärkt vom ESO gesäubert und kontrolliert werden.

Die Freien Demokraten fordern zudem ein Schallschutzprogramm für die B 448.

Im Busverkehr sollten vor allem in den Abendstunden kleinere und damit leisere Shuttlebusse eingesetzt werden.

Die FDP setzt auf gezielte verkehrsberuhigende Maßnahmen, z.B. Rechts- vor Linksstraßen und Tempo 30. Einige davon haben wir angeregt und sie wurden umgesetzt, auch wenn die ungezielt eingeführten Tempo-30-Zonen in Teilen Biebers und im alten Stadtkern nicht erforderlich waren.

Stadion Bieberer Berg: Die FDP hat vor vielen Jahren mit Erfolg Pläne abgelehnt, nach denen das Stadion knapp 30 Mal, d.h. jedes Sommerwochenende im Jahr als Konzertbühne benutzt wird. Eine angemessene Nutzung für Veranstaltungen im Rahmen des Stadionneubaus wird für sinnvoll erachtet. Dabei sind angemessene Verkehrslösungen und Lärmbegrenzungen zu schaffen.

Bieberer Heimat- und Vereinshaus schaffen: Die Bieberer FDP hat die Vision eines „Bieberer Heimathauses“, das von den Bieberern, vielleicht dem Heimatverein, verwaltet und zum kulturellen und geistigen Bieberer Zentrum werden soll. In der aktuellen finanziellen Situation ist eher die perspektivische Fusion von Vereinshäusern, soweit von den Vereinen gewünscht, realistisch. Wie vom Heimatverein angedacht, könnte ein privat finanzierter Wiederaufbau des in der Folge der Zwangseingemeindung abgerissenen alten Bieberer Rathauses diesem Zweck dienen – gegebenenfalls mit Nutzungsfenstern. Alternativ wäre an eine Mitnutzung des Bieberer Bahnhofs zu denken, der leider verkommt. Für beides gibt es aber derzeit noch keine realistische Perspektive.

Bieber-Waldhof: gestalten statt verwalten: Die Liberalen fordern die Ausweisung des „Areal Waldhof II“ als reines Wohngebiet mit geringem Flächenausnutzungsgrad. Nur wenn es gelingt, mehr Einwohner anzusiedeln und insgesamt die Sozialstruktur dieses Gebiets zu heben, wird es auch mehr qualitativ hochwertige Angebote in Waldhof geben. Die FDP fordert zudem ein Kultur- und Freizeitprogramm „Waldhof 2020“ in Zusammenarbeit mit Kirchen und Vereinen, um den Ortsteil, attraktiver zu gestalten.

Kompetenz für Bürgel

Die Liberalen wollen sich für die historische Gestaltung von Ortskern und Altstadt (um „Dalles“) einsetzen. Im Rahmen der Gestaltung des Ortsmittelpunktes wollen wir eine Stärkung des Einzelhandels und die Aufwertung des öffentlichen Raums. Darüber hinaus muss es zu verkehrsberuhigenden Maßnahmen an einzelnen Stellen, wie z.B. der Langstraße, Arendstraße, Rumpenheimer Straße kommen.

Wir setzen uns für eine neue Diskussion um eine faire Verteilung der Verkehrsbelastung bei der Anbindung des Gewerbeparks Gerhard-Becker-Straße ein. Ziel soll eine gerechtere Lastverteilung bei der Andienung des Geländes sein. Im Moment erfolgt die Andienung nur über die Arendstraße – weitere Alternativen über die Arnoldstraße oder Anhalter / Brandenburger Straße sollten mit in die Überlegungen einfließen. Aktuell werden nur einige Anwohner einseitig und massiv belastet. Wir wollen einen Ausgleich der Interessen erreichen und gemeinsam eine tragbare Lösung finden.

Wir wollen den Umbau des „Dalles“ als Bürgerplatz, der auch wirklich nutzbar ist. Ziel könnte eine Piazza mit wassergebundener Decke sein.

Wir wollen, dass es zu einer Überprüfung der Planung für das Mainufervorgelände Bürgel / Rumpenheim kommt. Hierbei wollen wir eine kritische Bestandsaufnahme, denn Ziel ist für die FDP die weitgehend historische Herstellung des Geländes mit Ausblicken auf eine harmonische Mainaue als Kulturlandschaft und keine „Verbuschungen“ der Aue. Wir wollen einen freien Blick auf den Fluss und den Blick über die Weite der Fluss-Aue.

Kompetenz für Rumpenheim

Um den historischen Stadtkern wieder aufzuwerten, wollen wir, dass der historische Kern als Sanierungsgebiet ausgewiesen wird. Ähnliches hat bereits erfolgreich in einigen Bereichen unserer Nachbarstadt Frankfurt stattgefunden.

Im Rahmen der Idee, die historischen Orte des Rhein-Main-Gebiets erfahrbar zu machen, wollen wir wie in Hanau eine Bootsanlegestelle am Schloss Rumpenheim.

Der Schlosspark Rumpenheim ist ein Kleinod – und wir sehen ihn als historischen Landschaftsgarten und nicht wie manche als eine Art „Biotop“. Daher setzen wir uns weiter dafür ein, historische Wegebeziehungen des Parks wieder herzustellen. Der Park ist für die Menschen als Erholungsort da. Er soll auch begehbar und erfahrbar an allen Stellen sein. Die Freien Demokraten kritisieren, dass Bäume nicht ausreichend nachgepflanzt werden und die bereits vom Stadtparlament beschlossenen Maßnahmen (Rundweg um die Zarenlinde, Aussichtshügel) verschleppt werden. Damit der Schlosspark sinnvoll genutzt wird, unterstützen wir die Ausweitung der bisherigen Kulturveranstaltungen im Park (z.B. durch ein „Gartenfest“ wie in Schloss Wolfsgarten oder Schloss Wilhelmsbad oder auch eines Weihnachtsmarktes im Schlosshof). Dabei ist darauf zu achten, dass die Festivitäten vom Ambiente und Ausmaß zum Ort und Umfeld passen – Beschädigungen oder Parkplatzprobleme, wie beim früheren Mittelaltermarkt, sollten vermieden werden.

Der Damm in Rumpenheim ist neu ertüchtigt worden und erfreut sich wachsender Beliebtheit – schade, dass man an vielen Stellen den Main gar nicht sieht. Wir setzen uns gegen „Verbuschungen“ direkt am Main ein. Wir möchten, dass der Main wieder sichtbar gemacht wird – ähnlich wie im Bereich des Mains in Mühlheim oder Maintal.

Auch das Mainvorgelände insgesamt sehen wir als Erholungs- und Freizeitgebiet für die Menschen vor Ort. Das „Reiterdorf“ Rumpenheim soll seinen Charakter behalten und Reiter und andere Nutzer nicht vom Main verdrängt werden. Wir streben den Bestand von Reitplatz und anderen Nutzungen an – so wie dies für die Hunderennbahn in Bürgel bereits gelungen ist.

Der Mainzer Ring ist soweit fertig gestellt – eine Ortsumfahrung um Rumpenheim gibt es nicht. Um die Wohnqualität zu erhöhen, wollen wir eine Verkehrsberuhigung der innerörtlichen Straßen in Rumpenheim erreichen.

Wir regen an, die Vision eines Offenbacher Bürgers von einem Geschichtspfad zwischen Rumpenheim („steinzeitliche Siedlung“) und Bürgel („Römerbrücke) aufzunehmen und diese zunächst virtuell und dann mit der Regionalparkgesellschaft zu verwirklichen.

Kompetenz für Waldheim

Die FDP wird sich weiterhin für einen S-Bahn-Halt in Waldheim einsetzen. Dieser Haltepunkt würde sich auch für eine Park&Ride-Anlage eignen.

Die Friedrich-Ebert-Schule sollte längst saniert sein. Wir werden darauf drängen, die städtischen Zusagen in der Priorisierung einzuhalten.

Im Rahmen eines Sanierungsprogramms für die Offenbacher Straßen müssen auch die Straßen in Waldheim erneuert werden. Vor allem die Hauptdurchgangsstraße – was in Rumpenheim bereits gelungen ist, soll auch in Waldheim möglich sein. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Lärminderung.

Die Identität der neuen Stadtteile stärken: Kompetenz für Tempelsee, Rosenhöhe und Lauterborn

Wir schützen den Charakter des Tempelseegebiets, indem wir den Buchhügel weiter als städtisches Naherholungsgebiet entwickeln und vor Bebauung schützen.

Wir wollen perspektivisch die Puteaux-Promenade bis zum Buchhügel verlängern, einen Höhenweg Buchhügel („Blick ins Rhein-Main-Gebiet“) und eine Weiterentwicklung der Freiflächen (z.B. Streuobstwiesen).

Wir unterstützen das Lauterborngebiet durch Videoüberwachung und Förderung der Initiativen der Bewohner für Sauberkeit und Sicherheit.

Impressum

Haben Sie Fragen oder Anregungen? Nehmen Sie einfach und unkompliziert Kontakt mit uns auf.

FDP Offenbach-Stadt Kreisverband (v.i.S.d.P.)

Kreisvorsitzender
Paul-Gerhard Weiß

Friedrichstr. 16
63065 Offenbach
Telefon: 069 – 82 20 29 oder 069 – 89 99 84 06
E-Mail: service@fdp-of.de

Ortsverbände – Vorsitzende

FDP-Bieber

Monika Rinke
Rubensstraße 5
63073 Offenbach
E-Mail: rinke@fdp-of.de

FDP Bürgel, Rumpenheim und Waldheim

[Dominik Schwagereit](#)
Elsa-Brändström-Straße 22
63075 Offenbach
E-Mail: schwagereit@fdp-of.de

FDP Nord

Bedrettin Yesirci
Bahnhofstraße 43
63069 Offenbach
E-Mail: yesirci@fdp-of.de

FDP Süd

Dr. Vera Langer
Wilhelmstraße 94
63071 Offenbach
E-Mail: langner@fdp-of.de

So können Sie die Offenbacher FDP stärken!

Das Wahlsystem ist viel einfacher als viele meinen. Wenn Sie die Offenbacher FDP stärken wollen, haben Sie 3 Möglichkeiten:

1. Möglichkeit: Sie wählen einfach FDP – und fertig! Bitte beachten Sie: Sie dürfen immer nur eine Liste ankreuzen!
2. Möglichkeit: Sie wählen einzelne Personen aus dem Angebot der FDP. Dann haben Sie insgesamt 71 Stimmen zu vergeben. Davon an jede Person, die sie wählen wollen, 1 bis maximal 3 Stimmen (oder Kreuze).
3. Möglichkeit: Sie wählen einzelne Personen aus dem gesamten Angebot des Wahlzettels und zusätzlich FDP (durch ein Kreuz oben bei der Liste). Dann gehen keine Stimmen verloren, falls Sie weniger als 71 Stimmen (Kreuze) insgesamt an einzelne Personen vergeben. Der Rest der Stimmen (Kreuze) kommt automatisch den Freien Demokraten zugute.

Unser Tipp: Wenn Sie einzelne Personen durch 1 bis max. 3 Stimmen (Kreuze) wählen: zusätzlich (auf dem Stimmzettel oben) die FDP ankreuzen. Das stärkt die Offenbacher Freien Demokraten im Stadtparlament!

In diesem Fall kann auch nichts passieren, was Ihren Stimmzettel ungültig macht... es sei denn Sie geben noch einer anderen Partei ihre Listenstimme...

Es gibt auch die Möglichkeit der Streichung innerhalb der von Ihnen angekreuzten Liste. Dadurch erhält der von Ihnen in der Liste gestrichene Kandidat keine Stimme.

Näheres finden sie unter <http://fdp-of.de/kommunalwahlrecht>



**Die Wahlplakate zur
Kommunalwahl 2016**